Nr. 17. Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Freitag, den 20. Januar 1928

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustrierten Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk und Zeit". Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Große Märkerstraße 6, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24667, 26605. Persönliche Auskunfterteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugspreis monatlich 1,70 Mk. und 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,— Mk., für Abholer 1,90 Mk. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt oder vom Postboten zugestellt 2,40 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteil der Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle u. Verlag: Hall. Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Große Märkerstraße 6. Fernruf Nr. 24605, 24667, 26605. Postscheckkonto 20319 Erfurt.

Der Kampf der Metallarbeiter geht weiter

Die Einigungsverhandlungen an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert – Was wird der Reichsarbeitsminister tun?

Der Kampf der Mitteldeutschen Metallarbeiter um menschenwürdige Löhne geht weiter. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien, die im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen scheiterten am Donnerstagabend, weil die Vertreter der mitteldeutschen Metallindustriellen kein Entgegenkommen zeigten.

Wie wird der Reichsarbeitsminister nun entscheiden? Die Arbeitnehmer haben den völlig unmöglichen Schiedsspruch abgelehnt; die Arbeitgeber haben Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Unterhändler der Arbeiterschaft haben bei den Verhandlungen dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums noch einmal eingehend die Gründe dargelegt, warum der Dreipfennigschiedsspruch unmöglich für verbindlich erklärt werden kann. **Allem Anschein nach wird es auch nicht zu einer Verbindlichkeitserklärung kommen. Das Reichsarbeitsministerium kann den Wunsch der mitteldeutschen Metallindustriellen unmöglich erfüllen.** Diese Erfüllung wäre ein **brutaler Faustschlag gegen die Metallarbeiter und gegen nur allzu berechtigte Forderungen.**

In der mitteldeutschen Metallindustrie herrscht jetzt ein tarifloser Zustand. **Der Kampf um die Verbesserung des Lohnes wird von der Arbeiterschaft nun mit doppelter Energie fortgeführt und — daran ist nicht zu zweifeln — mit Wucht und Elan durchgeführt werden.** Die Streiklage ist vorzüglich. Ende der Woche werden wiederum einige tausend Metallarbeiter, diesmal im Anhalter Gebiet, zur Streikfront stoßen, da dort jetzt die Kündigungsfrist abläuft. **Einige Betriebe haben sich bereit erklärt, die Forderungen der Arbeiter anzunehmen und sind sogar gewillt, bei Abschluß eines Tarifvertrages, der evtl. geringere Lohnsätze bringt, als sie bereits bezahlt werden, die ausgezahlten Mehrbeträge nicht zurückzufordern.** Namhafte Teile der mitteldeutschen Metallindustriellen wären für eine Einigung zu haben; die Leitung der Metallindustriellen dagegen will von einer Verständigung nichts wissen, weil sie fest und steif damit rechnet, daß das Reichsarbeitsministerium den unzureichenden, unerträglichen Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Wir wollen hoffen, daß sie sich verrechnet.

*

In einer zum Sonnabend einberufenen Konferenz wird von der Führung der Metallarbeiterbewegung zu der Lage Stellung genommen und weiteres für die Fortführung des Kampfes beschlossen werden.

„Die leichtfertigste Regierung"

Sozialdemokratische Kritik am Marx-Kabinett im Reichstags-Bildungsausschuß

Am Donnerstag legte der Bürgerblock im Bildungsausschuß des Reichstags eine neue Fassung des § 17 des Reichsschulgesetzes vor. Es soll dadurch das verwaltungsgerichtliche Verfahren, wenn Anträge von Erziehungsberechtigten abgelehnt werden, auf die §§ 14 Abs. 2 oder 15 beschränkt werden. Heinze (DVp.) übernahm die Begründung. **Der preußische Vertreter, Ministerialdirektor Kaestner, und der sächsische Vertreter lehnten aber auch die neue Fassung ab, da kein Land in der Lage sei, den notwendigen Apparat zu errichten.** Wenn die soeben geschlossene Länderkonferenz Vereinfachung der Verwaltung verlange, so stehe das, was hier geschehe, dazu im schärfsten Gegensatz.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schreck bezeichnete die Arbeit der Regierung als die leichtfertigste, die überhaupt möglich sei. Irgendeine Führung der Reichsregierung sei nicht vorhanden. Es sei deshalb verständlich, wenn seit einigen Tagen im Lager der Regierungsparteien große Unzufriedenheit mit dem Minister v. Keudell herrsche. Aber auch die Regierungsparteien, die schon seit Monaten den Entwurf im Besitz hätten und durch dessen einmütige Ablehnung im Reichsrat gewarnt worden seien, schienen an sachlicher Arbeit kein Interesse mehr zu haben. Aehnlich äußerten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Biester und Fleißner.

Vor der Abstimmung über die §§ 16, 16a, die den Religionsunterricht und das Recht der Ueberwachung durch Geistliche festlegen, machte der sozialdemokratische Abgeordnete Biester Mitteilung von einer im Hannoverschen Lehrerverein erfolgten Abstimmung. **Danach sind 99 Prozent Lehrer bereit, Religionsunterricht nach erziehungswissenschaftlichen Grundsätzen zu leisten. Sollten aber die vorliegenden Bestimmungen des Reichsschulgesetzes angenommen werden, dann würde die größere Mehrzahl der Lehrer den Religionsunterricht niederlegen.** Auf die Frage Biesters, was die Reichsregierung in diesem Falle tun wolle, erfolgte — wie üblich — keine Antwort. Bei der Abstimmung über die §§ 14 bis 16 wurde der Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung abgelehnt. Der § 16a war inzwischen von Dr. Runkel (DVp.) zurückgezogen worden. Der ganze Abschnitt wurde dann mit kleinen Aenderungen angenommen.

Profit, Sowjetbotschafter!

Berlin, 20. Januar. (Privattelegramm.)

Gestern abend gab Dr. Stresemann sein erstes Diner in diesem Winter. Es nahmen daran teil der Sowjetbotschafter Krestinski mit Gattin, der türkische Botschafter Kemaleddin-Sami-Pascha, der griechische Gesandte und der chilenische Gesandte, sowie verschiedene Mitglieder der Berliner Botschaft. Heute nachmittag veranstaltet der Reichsaußenminister ein Frühstück zu Ehren des hier weilenden Präsidenten der internationalen Handelskammer, des italienischen Großindustriellen Pirelli.

Die Geheimnisse um Gilbert

Seine Aufgabe: Nur Dawes-Plan und endgültige Schuldenfestsetzung. – Die interalliierten Schulden gehen ihn nichts an

Paris, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Entgegen den von der Pariser Presse verbreiteten Nachrichten ist der Reparationsagent Parker Gilbert nicht direkt von Paris auf seinen Berliner Posten zurückgekehrt, sondern gestern nach Brüssel gereist, wo er ähnliche Besprechungen wie in Paris führen will. Auf Grund dieser Information glaubt „New York Herald" heute versichern zu können, daß es sich **bei den Verhandlungen Parker Gilberts mit Poincaré und Briand ausschließlich um den Dawes-Plan und die endgültige Festsetzung der deutschen Schulden, nicht aber um die interalliierten Schulden gehandelt habe,** zumindestens nicht insofern, als an eine Verquickung der beiden Fragen gedacht werden könne. Der Reparationsagent habe im Gegenteil in Paris noch einmal klar unterstrichen, daß die Haltung der Vereinigten Staaten in der Reparations- und Schuldenfrage vollkommen unverändert sei. **Die Washingtoner Regierung halte an einer scharfen Trennung der beiden Fragen unbedingt fest.** Darüber hinaus habe Parker Gilbert ausdrücklich betont, **daß er sich auf Grund seines Amtes als Reparationsagent in keiner Weise um die interalliierten Schulden kümmern dürfe.** Der „New York Herald" glaubt dann weiter versichern zu können, daß Poincaré seine Haltung in der Reparationsfrage wesentlich geändert habe. (?) Wenn er auch prinzipiell an dem Standpunkt festhalte, daß die Endsumme der deutschen Verpflichtungen formell und juristisch im Beschluß der Londoner Konferenz am 5. Mai 1921 festgesetzt sei, so sei er doch praktisch einer Aenderung dieser Gesamtsumme nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß Frankreich dabei Garantien für die volle Wahrung seiner berechtigten Forderungen erhalte.

Wehrminister Groener

Die Widerstände von rechts – Welche Gefahr und welche Aussichten bietet der ehemalige kaiserliche General und spätere Verkehrsminister des Kabinetts Wirth?

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag von seinem Amt entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Dazu bemerkt der Sozialdemokratische Pressedienst:

Groener galt in unterrichteten Kreisen seit Tagen als der aussichtsreichste Kandidat für das Reichswehrministerium. Aber ehe seine Ernennung erfolgen konnte, mußte eine Reihe von Widerständen überwunden werden. Vor allem bemühten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, seine Ernennung zu hintertreiben und den Reichspräsidenten gegen den General einzunehmen. Ihre Beweggründe liegen ziemlich klar auf der Hand.

Die Deutsche Volkspartei berief sich darauf, daß ihr vor einem Jahre bei der Bildung der gegenwärtigen Regierung für den Fall eines Abgangs von Geßler das Reichswehrministerium in sichere Aussicht gestellt worden sei. In der Tat sprach man damals allgemein davon, daß bei einem Abschied des jetzt von seinem Amt entbundenen Reichswehrministers wahrscheinlich der Admiral Brüninghaus an seine Stelle treten würde. Die Deutsche Volkspartei hat in den letzten Tagen an dieser sehr bedenklichen Kandidatur zwar nicht mehr festgehalten, aber sie hat verschiedene andere Mitglieder ihrer Fraktion für das Amt des Reichswehrministers in Vorschlag gebracht. Auch damit stieß sie auf Widerstand. Das Zentrum wollte von irgendwelchen verpflichtenden Abmachungen nichts mehr wissen und bei Herrn v. Hindenburg fand selbst Herr Scholz taube Ohren.

Die neueste Aufnahme des Reichswehrministers Dr. Groener.

Die Deutschnationalen hatten andere Einwendungen gegen den General Groener. Er paßt ihnen politisch nicht. Sie wollten möglichst einen Mann ihrer Parteirichtung oder, wenn der nicht zu haben war, zum mindesten einen, der ein Werkzeug in ihrer Hand zu werden versprach. Groener hat sich unmittelbar nach dem Umsturz der Revolutionsregierung für die Organisation des Rückmarsches der Truppen zur Verfügung gestellt. Später war er Verkehrsminister unter dem Reichskanzler Wirth. Da er außerdem in dem nicht unbegründeten Verdacht steht, sich auch — ohne überzeugter Republikaner zu sein — mit der republikanischen Staatsform abgefunden zu haben, gilt er den Deutschnationalen selbstverständlich als höchst verdächtig. Auch sie haben sich deshalb Mühe gegeben, den Reichspräsidenten in persönlichen Unterredungen von seiner Wahl abzubringen.

Die Stellungnahme der Rechtsparteien kann die Sozialdemokratie natürlich nicht veranlassen, den General Groener mit Begeisterung zu begrüßen. Die Dinge liegen auch nicht so, als ob seine Berufung sozusagen ein Zugeständnis an die Linke und so etwas wie eine Vorwegnahme der Wirkung kommender Wahlergebnisse sei. Die Regierung und der Reichspräsident haben ihn einfach für die aus sachlichen und fachlichen Gründen geeignetste Persönlichkeit gehalten. Politische Erwägungen dürften dabei nicht mitgespielt haben. Die Sozialdemokratie wird deshalb seine Leistungen abwarten und ihm nicht von vornherein mit unüberwindbarem Mißtrauen entgegentreten.

Groener war, wie gesagt, zumindest bis zum Umsturz ein überzeugter Monarchist, der sich der Abdankung Wilhelms II. widersetzte. Er hat während des Krieges streikenden Arbeitern das üble Wort zugerufen: ein Hundsfott sei, wer streike, wenn Hindenburg befehle. Er besitzt auf der andern Seite aber auch gewisse Verdienste. Er ist der Profitmacherei der Großindustrie im Jahre 1917 als Chef des Kriegsamtes entgegengetreten, und er hat in den letzten Kriegswochen als Generalquartiermeister die Fehler seines Vorgängers, des Generals Ludendorff, zu vermeiden gesucht. Für die Zukunft wird es nun darauf ankommen, wie er sich auf dem schwierigen Posten des Reichswehrministers bewährt. Wird er — was Geßler nicht gelungen ist — die Reichswehr zu einem Instrument des republikanischen Staates

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0001

machen? Hat er dazu den Willen und hat er dazu die Kraft?

Man mag es an sich bedauern, daß nicht ein Zivilist, sondern ein General an die Spitze des Wehrministeriums gestellt wurde. Aber vielleicht kennt der Offizier besser die Methoden, die bei der Behandlung von Offizieren anzuwenden sind. Vielleicht wird er den widerspenstigen und intrigierenden Elementen gegenüber diejenige Autorität aufbringen, die wir bei dem bisherigen Inhaber des Postens vermißten. Aber erst die Zukunft wird lehren, ob wir uns mit dem Personalwechsel befriedigt erklären können. Wir werden es dann tun, wenn er einen Systemwechsel bedeutet.

Verärgerung bei den Deutschnationalen und der Volkspartei

Klage gegen den Reichspräsidenten. Die Volkspartei ist befremdet.

Berlin, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag eine mehrstündige Sitzung ab, in der man sich ausschließlich mit der Ernennung Groeners zum Reichswehrminister befaßte. **Allgemein wurde gegen den Reichspräsidenten wegen seiner Handlungsweise bittere Klage geführt.** Im Anschluß an die Fraktionssitzung stellte die deutschnationale Pressestelle fest, daß die Ernennung trotz größter Bedenken des deutschnationalen Parteivorstandes gegen dessen Willen erfolgt ist. Trotzdem sagt der „Lokalanzeiger", die Deutschnationalen hätten „eine schwere Verantwortung auf sich genommen", indem die Ernennung Groeners von ihnen gelassen hingenommen wurde.

Die „Tägliche Rundschau" stellt fest, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die **Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen mit einem gewissen Befremden verfolgt** und das dem Reichskanzler gegenüber auch zum Ausdruck gebracht habe. Der Anspruch der Volkspartei auf das Reichswehrministerium sei unzweifelhaft berechtigt gewesen, und sie habe deshalb ein Mitglied ihrer Fraktion vorgeschlagen, das früher der Reichsmarine (Brüninghaus. — D. Red.) angehörte. Es sei indessen gegen diesen Vorschlag eingewendet worden, daß ein früherer Angehöriger des aktiven Militärstandes für die Uebernahme des Reichswehrministeriums nicht in Frage komme. Dieser Einwand habe aber dann bei der Ernennung des Generals Groener keine Rolle mehr gespielt, obgleich er mit dem gleichen Recht auch hier hätte erhoben werden können.

Groener macht Antrittsbesuche.

Heute Amtsübernahme.

Berlin, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Der neue Reichswehrminister stattete am Donnerstag sowohl dem Reichspräsidenten wie dem Reichskanzler einen Antrittsbesuch ab. Groener wird bereits heute das neue Amt übernehmen.

Waldecks Anschluß an Preußen

Berlin, 20. Januar. (WTB.)

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, wird sich das preußische Staatsministerium heute, Freitag, mit dem Vertrag beschäftigen, durch den die Angliederung Waldecks an Preußen erfolgen soll. Mit der Annahme dieses Vertrages würde die vorgesehene Volksabstimmung über den Anschluß Waldecks an Preußen überflüssig werden.

Koehlers Etatsrede

Vom Pessimisten zum Optimisten -- Zweifelhafte Versprechungen -- Er will erfüllen bis zum letzten Heller

Berlin, 20. Januar. (Soz. Pressedienst.)

Eine große Etatsdebatte? War das der Auftakt dazu? Ein sterbensmüder Reichstag ließ die Haushaltsrede des Reichsfinanzministers einer zerklüfteten Regierung über sich ergehen. Trostlosigkeit in den Mienen, saß der Reichskanzler Marx an der Spitze der im übrigen nur durch Staatssekretäre und Geheimräte verzierten Regierungsbank. Vollendete Unaufmerksamkeit im ganzen Hause. Wiederholt muß der Reichstagspräsident um Dämpfung der lebhaften Gespräche bitten. Anderthalb Stunden spricht Minister Dr. Köhler. Als er geendet hat, geht Marx auf ihn zu und reicht ihm die Hand. War es Dank? Glückwunsch? Beileid? Wer kennt sich in dieser Regierung noch aus.

Der Reichsfinanzminister Köhler tut sehr stolz. Er hat in allem Recht behalten. Voriges Jahr war er Pessimist, jetzt ist er Optimist. Zwischendurch hat ihm die Wirtschaftskonjunktur, an der **er doch wohl unschuldig ist, durch die Aufblähung** des Einganges von Massensteuern geholfen. Darum ist Herr Köhler voll sonnigen Gemütes. Er will auch dem Volk etwas Angenehmes sagen. **Was hört man draußen so gern?** Senkung der **Steuern. Also verspricht er Herabsetzung der unerträglichen Steuerlasten.** Welcher Steuern? So fragen neugierige Zwischenrufer. Herr Köhler schweigt und läßt der Phantasie des Millionärs, des kleinen Mittelständlers und des Lohnarbeiters gleichermaßen weitesten Spielraum. Er redet auch von Zollherabsetzungen, hier aber besonders vorsichtig von etwaigen Zollsenkungen. Worte, zweifelhafte Versprechungen, von denen niemand etwas hat.

Selbstzufrieden rühmt Herr Köhler die Gesundheit seines Haushaltes, denn er ist ohne Fehlbetrag. Nur verschweigt der redselige Finanzminister, wie er das Kunststück fertiggebracht hat: Spekulative Höchsteinschätzung der Einnahmen, gewaltsame Senkung der Ausgaben, insbesondere bei wichtigsten Kulturaufgaben, weniger bei der Reichswehr, und Heranziehung der letzten offenen Reserven. So kann man schon rechnerisch auf dem Papier alles in Ordnung bringen, aber das Jahr 1928 ist doch nicht das letzte der deutschen Finanzgeschichte. Dahinter kommt das **düstere Jahr 1929 mit seiner Höchstbelastung an Reparationszahlungen**, die Reserven erfordern, denn an den Erfolg von Reichsanleihen glaubt wohl der Finanzminister selbst nicht. Noch sind ja von den außerordentlichen Haushalten der Jahre 1925 bis 1927 Ausgabenbewilligungen in Höhe von 914 Millionen ungedeckt, da die Anleihen, aus denen diese Bewilligungen bestritten werden sollten, nicht aufgenommen werden konnten. **Eine Hälfte dieser Riesensumme ist trotzdem bereits ausgegeben.**

Wie will er diese finanziellen Abgründe, die in den kommenden Jahren sich noch erweitern werden, ausfüllen? Das war die Frage, auf die der Minister sich um eine Antwort zu mühen hatte. Er hat sich die Antwort geschenkt und damit kaum besser gehandelt als sein Unglückskollege v. Keudell, der die Deckung der Kosten des Schulgesetzes dem Vater aller Dinge vertrauensvoll überläßt.

Eine kleine Zwischenbemerkung des Reichsfinanzministers einer Regierung unter deutschnationaler Führung verdient dick unterstrichen zu werden. Unmittelbar vor dem Beginn des ersten Dawesjahres mit voller Belastung gelobte der Reichsfinanzminister feierlich, daß Deutschland seine Zahlungsverpflichtungen bis auf den letzten Heller erfüllen werde. Wir haben gegen diese Erklärung nichts einzuwenden, denn **was bleibt** Deutschland anderes übrig als zu zahlen? Wie aber steht es mit den Deutschnationalen? Da saßen zu Dutzenden auf den deutschnationalen Bänken dieselben Herren, die jahrelang ihrem Abgeordneten Helfferich zugejauchzt haben, als er von dem Platze, von dem jetzt Herr Köhler spricht, die Wirth und Rathenau und ihre Erfüllungspolitik heruntergerissen hat. Schweigend hören die Deutschnationalen ohne Ausnahme die Erklärung des Reichsfinanzministers an. **Demütiger, erfüllungsfreudiger, gehorsamer, nachgiebiger gegen die Ententevögte, wie es im Jargon der deutschen Nationalisten heißt, ist nie eine Reichsregierung gewesen als die der angeblich so nationalen Männer.** Sehr begreiflich, daß die Entente dieser Reichsregierung weniger entgegenkommt als jeder der vorhergehenden. Warum sollte denn Herr Poincaré dem Entgegenkommen zeigen? **Die Erfahrung lehrt, daß niemand leichter und tiefer kuscht als die Deutschnationalen, wenn sie vom Ausland her scharf angepackt werden.**

Stumm hören die Regierungsparteien ihren Minister an. Stumm ließen sie ihn ziehen. Severings Oppositionsrede, die heute, Freitag, die Sitzung einleiten wird, dürfte dem Regierungsblock das Schweigen unmöglich machen.

Ausschuß-Hoffnungen

Begräbnis- oder Entwickelungsinstitut zur Förderung der Reichseinheit?

Berlin, 20. Januar. (Privattelegramm.)

Nachdem die Länderkonferenz gestern abend zu Ende gegangen ist, wurden heute bereits die ersten Schritte zur Durchführung der Beschlüsse getan, die in der bekannten Verlautbarung der Konferenz niedergelegt worden sind. Die Reichsregierung hat die Länder heute aufgefordert, ihre Vertreter für den Achtzehneranusschuß zu benennen. Die Reichsregierung wird die Mitglieder des Ausschusses, die sie zu entsenden beabsichtigt, ebenfalls in den nächsten Tagen nominieren. Voraussichtlich werden außer dem Reichskanzler, dessen Stellvertreter der Vizekanzler und Reichsjustizminister sein wird, noch drei Reichsminister dem Ausschuß angehören, darunter voraussichtlich der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister. Dazu kommt weiter der Reichs-Sparkommissar. Außerdem wird an die Zuziehung eines Historikers und eines Staatsrechtlers gedacht, so daß dann noch zwei Posten offenbleiben, die wahrscheinlich mit Sachverständigen für wichtige Spezialfragen besetzt werden. In Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß vielleicht schon Ende nächster Woche die Einladungen zu der ersten Sitzung der Kommission erfolgen können. In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen sieht man die Bildung dieses Achtzehneranusschusses als wesentlichstes Ergebnis der Konferenz an. Man betont, **daß selbst die föderalistisch eingestellten Ländervertreter diesen Ausschuß keineswegs als eine Stätte auffaßten, wo die weitere Entwicklung begraben werden kann, vielmehr rechnet man damit, daß der Ausschuß schnelle und positive Arbeit leisten wird.** (!) Seine Bedeutung geht schon daraus hervor, daß er in der Schlußsitzung der Länderkonferenz der umstrittendste Gegenstand war. Die Länder hatten bekanntlich vorgeschlagen, alles dem Verfassungsausschuß des Reichsrats zu überlassen, unter Umständen unter Zuziehung einiger Vertreter der Reichsregierung. Hiermit erklärte sich aber eine einflußreiche Reichsseite nicht einverstanden, so daß es zu einem **schweren Konflikt mit den Ländern kam.** Die Sitzung wurde alsdann um eineinhalb Stunden unterbrochen, während dessen das Reichskabinett zusammentrat, um einen Ausweg zu suchen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß in dieser Kabinettssitzung sogar die **Möglichkeit der Zurückziehung der volksparteilichen Minister angekündigt worden** ist, für den Fall, daß die Angelegenheit tatsächlich dem Verfassungsausschuß des Reichsrats und damit den Ländern allein überlassen würde. Darauf kam dann die Lösung zustande, die zu der Einsetzung des Achtzehneranusschusses führte, von dem man nunmehr eine erfolgreiche Weiterentwicklung der zur Debatte stehenden Probleme erwartet.

*

Wir haben die Erwartungen, die an die Ausschuß-Arbeit geknüpft werden können, gestern genügend charakterisiert. An dieser Charakteristik ändert die Hoffnung, die das oben wiedergegebene Privattelegramm ausspricht, nicht das geringste. Die Meldung läßt vielmehr zwischen den Zeilen erkennen, daß der Ausschuß mehr Scherben- als Einheitsstaatsarbeit leisten wird.

Ungemütliche Sachsen.

Das sächsische Zentrum hat beim Staatsgerichtshof die letzten sächsischen Landtagswahlen wegen der Ungültigkeit der Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes angefochten. Das gleiche gilt von der sogenannten „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei", die 1926 wegen Mangel an Geld und an einer nicht genügenden Zahl von Unterschriften sich an der Landtagswahl nicht beteiligen konnte.

Feigling, aber Weltrevolutionär.

Der kommunistische Redakteur Bernhard Schmidt in Nürnberg hatte den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Josef Simon schwer verleumdet. Simon klagte. Der Angeklagte aber wählte den besseren Teil der Tapferkeit. Er erschien nicht vor Gericht und kniff. Sollte er noch so viel Schamgefühl besitzen, sich seiner Lügen zu schämen?

Eine interessante Frau.

Ein Interview mit Frankreichs populärster Schriftstellerin. — Wie Colette die Bücher ihres Mannes schrieb. — Ein literarischer Scheidungsgrund. — Das „heilige Feuer" ist heute nicht mehr nötig.

Ein dänischer Journalist hatte vor kurzem Gelegenheit, die durch ihre Bücher auch in Deutschland sehr bekanntgewordene französische Schriftstellerin Colette zu interviewen, die sich sonst nur selten von Journalisten sprechen läßt. Colette ist, so schreibt der Journalist, eine große Tierfreundin. Wenn sie arbeitet, muß ihre große graue Katze immer auf dem Tisch sitzen. „Ich glaube", sagte Colette zu mir, „daß ich die Tiere mehr liebe als die Menschen. Besonders wenn ich an Toreros oder an Tierbändiger denke, habe ich immer den Wunsch, das Tier möge sich auf den Menschen, der es quält, stürzen und ihn in Stücke reißen. Die Tiere erinnern uns an eine Zeit, in der wir schön und frei in der Natur lebten. Der Zentaur erscheint mir als die schönste menschliche Auffassung der Urkraft. Wir Menschen können übrigens sehr viel von den Tieren lernen. Was tut der Hahn anders, als das er für seine Henne Nahrung schafft und sie schützt, solange die Brut noch klein ist? Das müßte ein Prinzip auch im menschlichen Zusammenleben sein. Die Natur hat sich den Mann nicht in der Rolle des Vaters gedacht. Die Sorge für die Kinder müßte ausschließlich eine Angelegenheit der Mutter sein. Ich gehe, auch wenn man mich unmoralisch nennt, so weit, daß ich sage, der Vater soll seine Kinder überhaupt nicht kennen. Die Männer", so fuhr sie fort, „sind übrigens daran schuld, daß ich Schriftstellerin geworden bin. Willy, mein erster Mann, war Kritiker und hatte niemals Geld genug. Eines Tages schlug er mir vor, meine Jugenderinnerungen aufzuzeichnen. Ich tat es, und aus meinen Aufzeichnungen wurde ein interessantes Buch; mein Mann behauptete es wenigstens. Ohne ein Wort daran korrigiert zu haben, unterschrieb es Willy mit seinem Namen und ließ es als erstes Buch in der später berühmt gewordenen Claudine-Serie erscheinen. Der Erfolg war groß, und so mußte ich nach und nach Fortsetzungen schreiben. Nach dem vierten Claudine-Buch verlor ich die Geduld und ließ mich scheiden. An keinem der Bücher, die sämtlich unter dem Namen meines Mannes erschienen, obwohl ich allein sie geschrieben hatte, habe ich etwas verdient. Ich saß ohne einen Sou da, als meine Freunde mir den Rat gaben, das fünfte Claudine-Buch zu schreiben. Dann wird man schon sehen, wer in Wirklichkeit die ganze Serie geschrieben hat, sagten sie. So blieb ich Schriftstellerin und lebe heute von meiner Feder. Ich arbeite prinzipiell ohne das sogenannte „heilige Feuer", das ich übrigens bei den heutigen Verhältnissen für vollkommen unnötig halte. Ich stehe überhaupt in einem sehr kühlen Verhältnis zu meiner Muse. Das gibt mir die Möglichkeit, ohne im Rausch der Inspiration zu sein, meine Arbeit zu kontrollieren. Das Geheimnis der Schriftstellerei besteht in der Fähigkeit, alle Eindrücke in sich aufzuspeichern und sie dann in gut geschliffenen Formen von sich zu geben. Da ich ein ausgesprochen nichthysches Temperament habe, laufe ich niemals Gefahr, die Zügel meiner Gedanken zu verlieren. Ich halte aber, ehrlich gesagt, nicht viel von Literatur. Wäre ich pekuniär unabhängig, so würde ich lieber kochen und mich mit meinem Haushalt beschäftigen. Ich liebe es auch nicht, in eine gewisse Berufsklasse registriert zu werden. Ich gehöre keiner bestimmten Klasse an und bin in genau demselben Grade Schriftstellerin wie Hausfrau oder Schauspielerin, um so mehr, als ich das Theater sehr viel höher schätze als die Literatur. Wie Sie wissen, habe ich Rollen in Stücken gespielt, die ich nach meinen Romanen geschrieben habe. Ich komme jetzt allmählich in die Jahre und lerne aus eigener Erfahrung dabei die große Kunst, alt zu werden."

Zwei Arbeiterdichter.

Auf einem Dichterabend des Verbandes deutscher Erzähler im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin las Heinrich Lersch aus eigenen Werken. Sein letzter Gedichtband „Der Mensch im Eisen", aus dem er einige Proben vortrug, kreist ganz um den Urstoff Eisen und den ewigen Schöpfungsprozeß der Bearbeitung dieses Urstoffs, die diesem heute noch tätigen rheinischen Kesselschmied innerstes Erlebnis geworden sind. Lersch weiß aus inbrünstiger Hingabe die Materie zu beseelen und die an sich so alltägliche und einförmige Darstellung der mannigfachen realen Vorgänge der Metallarbeit durch sprachlichen Rhythmus und Wucht und Tempo der Vortragsreihen zu starkem künstlerischen Eindruck zu steigern. In zwei kleinen Novellen „Der erste Kuß" und „Der Monteur" ist die Berufstragik des Industriearbeiters mit lebendigster Anschaulichkeit und grandioser Unerbittlichkeit gestaltet. Im zweiten Teile der Veranstaltung las Oskar Maria Graf die Schilderung des Zusammenbruchs der Münchener Räterepublik aus seinem im vorigen Jahre erschienenen, vielbesprochenen Buche „Wir sind Gefangene". Hier wird wirkliches Tatsachenmaterial nach den Erlebnissen des Verfassers wiedergegeben, freilich in so ungeheuer packendem, dichterisch gesteigertem Aufbau der Darstellung, daß der Zuhörer (oder Leser) von Grauen und tiefster Erschütterung ergriffen wird. Das ganze Buch gehört unstreitig zu den lebensvollsten Dokumenten des proletarischen und revolutionären Freiheitskampfes unserer Zeit. In zwei anderen Vorlesungen gab Graf Proben eines durch Ursprünglichkeit und Treffsicherheit sehr wirksamen bajuvarisch kräftigen Humors. Bz.

Thomas Hardys Herz.

Der kürzlich verstorbene Romanschriftsteller Thomas Hardy hatte testamentarisch bestimmt, daß seine Leiche in Stinsford in der englischen Grafschaft Dorchester, wo er geboren war und lebte, und wo auch die Mehrzahl seiner Romane spielt, neben seiner ersten Frau und seinen Eltern begraben werden sollte. Entgegen dieser Bestimmung wurde indessen die Verfügung getroffen daß die Leiche verbrannt und die Urne mit der Asche des Verstorbenen in der Westminster-Abtei, wo alle Großen der britischen Nation ruhen, beigesetzt werden soll. Man kam dem letzten Willen des Dichters insoweit entgegen, als man anordnete, daß vor der Verbrennung der Leiche das Herz des großen Romanciers von dem behandelnden Arzt aus dem Körper geschnitten und auf dem kleinen Friedhof in Stinsford neben den Gräbern der Eltern und der ersten Frau seine letzte Ruhestätte finden sollte. Die Geheimheit, daß Herz eines Toten fern von der Ruhestätte des Körpers beizusetzen, ist übrigens in der englischen Geschichte nichts Ungewöhnliches. Als der Dichter Shelley in Italien ertrank, wurde seine Leiche verbrannt und die Asche in Rom feierlich beigesetzt, während das Herz nach England gebracht und in Bournemouth beigesetzt wurde. Auch die Herzen der englischen Könige Heinrich I., Richard I., Heinrich III. und Eduard I. sind getrennt von den Körpern der Verstorbenen bestattet. Unter anderem wurde auch das Herz des Marquis of Bute, der im Jahre 1900 starb, nach Jerusalem überführt und dort bestattet, während der Körper in England verblieb.

Kant — der Erfinder der Strumpfhalter.

Wer würde wohl auf den Gedanken kommen, daß die mehr oder weniger kokett ausgestatteten Strumpfhalter der eleganten Damen von keinem Geringeren als Kant erfunden worden sind? Und doch ist der Anspruch des Königsberger Philosophen auf die Priorität der Erfindung dieses intimen Toilettengegenstandes unbestreitbar. Kant machte die Erfindung allerdings nur für seinen persönlichen Bedarf, ohne sich auch nur träumen zu lassen, daß seine Erfindung einmal eine so bedeutsame Rolle spielen würde. Zur damaligen Zeit trugen die Herren seidene Strümpfe, und, wie alle Welt, verwandte auch Kant zum Festhalten der Strümpfe Strumpfbänder. Aber diese bereiteten ihm arge Verdrießlichkeiten und waren ihm um so unsympathischer, als sie nach seiner durchaus richtigen Ansicht die Blutzirkulation hemmten. Er nahm deshalb die Zuflucht zu zwei Schnallen, die an einem elastischen Band befestigt waren, das seinerseits wieder durch die Hosen hindurchgeführt und am Bund befestigt wurde. Zu jener Zeit gab es noch kein Patentgesetz; wenn es ein solches gegeben hätte, hätte sich der Philosoph auch wohl schwerlich bestimmen lassen, seine Erfindung gesetzlich schützen zu lassen. Es blieb den anderen überlassen, sie nutzbringend zu verwerten.

*

Diese Mitteilung wird unseren Lesern nicht so absonderlich erscheinen, wenn wir ihnen mitteilen, daß der Philosoph Immanuel Kant nicht nur in dem Ruf großer Eitelkeit stand, sondern auch tatsächlich sehr eitel war. Er trug sich stets nach der neuesten Mode und der kleine, schwächliche, etwas nach vorn gebeugt gehende Mann machte mit seinen seidenen Strümpfen und silbernen Schuhschnallen stets einen sehr eleganten Eindruck. Einmal über seine Modeansichten gefragt, antwortete er: „Ein Narr in der Mode ist besser als ein Narr außer Mode."

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Gastspiel des Anna-Pawlowa-Ballettes im Stadttheater. Es ist der Intendanz gelungen, die berühmte russische Tänzerin Anna Pawlowa mit ihrem Ensemble zu einem einmaligen Gastspiel im Stadttheater für den 4. Februar zu verpflichten. Der Vorverkauf beginnt Sonnabend, den 21. Januar an der Theaterkasse (Gastspielpreise).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0002

Preußischer Landtag.

Mangelhaft ausgebildeter Pferdeverstand.

Berlin, 20. Januar. (Soz. Pressedienst.)

Der Preußische Landtag setzte am Donnerstag die zweite Lesung des Staatshaushaltes mit der Aussprache über den Gestütsetat fort. Das Haus zeigte aber bei allen Fraktionen — ausgenommen die Sachverständigen — so wenig Interesse an der Züchtung von Warm-, Kalt-Halb- und Vollblutpferden, daß Herr Flögel von der Wirtschaftspartei dem Landtag **„wenig ausgebildeten Pferdeverstand"** vorwarf. Natürlich wurde von den Rednern der Rechtsparteien und auch des Zentrums ein Hochschutzzoll auf die Pferdeeinfuhr gefordert. Wie unberechtigt diese Forderung ist, bewiesen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Peters (Hochdonn), der nachweisen konnte, daß die Zahl der eingeführten Arbeitspferde sich mit 97 000 im letzten Jahre verdoppelt hat. Im übrigen sei die Motorisierung auch des kleineren und mittleren bäuerlichen Besitzes nicht aufzuhalten. Wirksam wurden seine Ausführungen unterstützt durch die Abg. Frau Wohlgemuth (Soz.), die sich besonders der kleineren Gestütsbeamten annahm. Der Kommunist Kasper schimpfte schließlich noch über die Zustände im Buchmachergewerbe. Zentrumsabgeordnete hätten sich bei Vergebung von staatlichen Konzessionen zusammen mit Ministerialbeamten des Landwirtschaftsministeriums der Korruption schuldig gemacht. Selbstverständlich sei es wieder die böse Sozialdemokratie, die diese Cliquenwirtschaft stütze. Landwirtschaftsminister Dr. Steiger nahm die verdächtigten Ministerialbeamten gegen die Vorwürfe des kommunistischen Redners in Schutz.

Das Haus vertagte sich zur Beratung des Domänenetats in zweiter Lesung auf Freitag, den 20. Januar. — Außerdem sollen die Abstimmungen über den Forst- und Gestütsetat stattfinden.

Nur äußerlich.

Der Konflikt Marx-Stegerwald beigelegt.

Berlin, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Der persönliche Konflikt zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Zentrumsabgeordneten Stegerwald hat inzwischen nach außen hin seine Beilegung erfahren. Es ist so gekommen, wie zu erwarten war: In einer längeren Erklärung beteuert Marx seine Unschuld. Alles war nicht so schlimm gemeint. Es handelt sich nur um Mißverständnisse. Der Brief über die Haltung Stegerwalds zur Beamtenbesoldung sei nur eine private Arbeit und nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen. Außerdem habe sich die Kritik des Parteivorsitzenden auf die von Stegerwald referierend wiedergegebenen Aeußerungen Dritter über einen Teil der Wartekantsbeamten bezogen und keineswegs gegen die Stellungnahme Stegerwalds zur Besoldungsfrage gerichtet. Schließlich seien auch die Worte Stegerwalds und einiger Gewerkschaftssekretäre keineswegs in geringschätzigem Sinne gedacht gewesen. Also ein **Rückzug des Herrn Marx auf der ganzen Linie.** Er wird vollendet mit einem persönlichen Brief an Stegerwald, in dem Marx auch noch seine soziale Gesinnung beteuert.

Der Konflikt ist unseres Erachtens damit zwar äußerlich aus der Welt geschafft, aber die inneren Gegensätze bestehen nach wie vor fort, und das wird sich bei den Verhandlungen der Zentrumsfraktion des Reichstags immer und immer wieder zeigen. Die Meinungen über die Handlungsweise des Herrn Marx sind in den letzten Tagen so scharf aufeinandergeprallt, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Auswirkungen von heute auf morgen zu beheben. Gewiß, man wird sich nach außen wieder als Freunde geben, aber **innerlich als bittere Feinde gegenüberstehen.**

Der Konflikt Marx-Imbusch dürfte in den nächsten Tagen an die Reihe kommen. Es wird sich wahrscheinlich schon dann zeigen, daß es mit der Versöhnung in Wirklichkeit nicht sehr weit her ist.

Etat des Auswärtigen.

Kritik Dr. Breitscheids.

Der Reichsaußenminister hat den Präsidenten des Reichstages gebeten, mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wegen seines bevorstehenden Urlaubs schon in der nächsten Woche zu beginnen. Da die Ausschußberatungen über den Etat in einigen Tagen abgeschlossen sein dürften, wird dem Antrag Dr. Stresemanns entsprochen und voraussichtlich am kommenden Donnerstag mit der auswärtigen Debatte begonnen werden.

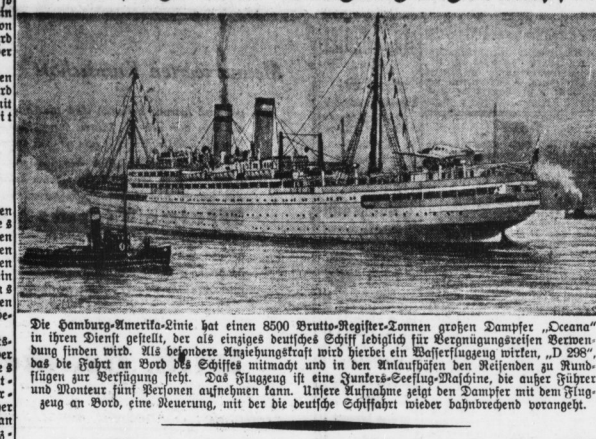
Im Verlauf der am Donnerstag im Haushaltsausschuß des Reichstags geführten Debatte über die Kosten des Auswärtigen Amtes nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid Gelegenheit, zunächst die Unklarheiten des Etats unter Anführung zahlreicher Einzelheiten auf das Schärfste zu tadeln. Man könne diese Unklarheiten schon fast als Bilanzverschleierung bezeichnen. Die vorgebrachten Daten erschienen auch dem Ausschuß so schwerwiegend, daß ein Unterausschuß beauftragt wurde, sich des genaueren mit dem Etat des Auswärtigen Amtes zu befassen. Breitscheid tadelte weiter die **Ausbreitung des plutokratischen Systems im Auswärtigen Amt und kritisierte, daß die Leitung des Amtes der vielfach in den Kreisen der Attachés vorherrschenden republikfeindlichen Einstellung nicht scharf genug entgegentrete.** Auch die Regelung der Frage der Sozialattachés sei gänzlich ungenügend. Das Völkerbundsreferat müsse weiter ausgebaut werden. Die deutschen Delegationen zum Völkerbund seien viel zu groß und kostspielig. Der Etat für den Völkerbund solle ein Betrag von jährlich 60 000 Mk. zur Verfügung gestellt werden.

Erklärung eines kommunistischen Stadtverordneten.

Leipzig, 20. Januar. (Eig. Drahtb.)

In der letzten Sitzung der Leipziger Stadtverordneten wurde ein sozialdemokratischer Antrag zwecks Gründung einer Wohnungs-Fürsorge G. m. b. H. mit 42 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Für Ablehnung stimmten auch die Kommunisten mit Ausnahme des Stadtverordneten Lungwitz, der eine Erklärung abgab, daß er als Vertreter der Arbeiterschaft die Verantwortung für die Ablehnung nicht übernehmen könne. Es gebe auch noch andere Organisationen, die den Klassenkampf hochhielten und führten, wenn auch in anderem Sinne als die KPD. Wutschnaubend und in gehässigster Weise wandte sich der kommunistische Fraktionsführer Lieberasch gegen Lungwitz und bezeichnete ihn als ein gekauftes Subjekt der SPD. In aller Ruhe erklärte Lungwitz, daß er auf das Kraftmeiertum der kommunistischen Größe nichts mehr gebe, auch habe er **keine Lust mehr, die verräterische Politik seiner Partei mitzumachen.**

Rundflüge vom Vergnügungsdampfer



Die Hamburg-Amerika-Linie hat einen 8500 Brutto-Register-Tonnen großen Dampfer „Oceana" in ihren Dienst gestellt, der als einziges deutsches Schiff lediglich für Vergnügungsreisen Verwendung finden wird. Als besondere Anziehungskraft wird hierbei ein Wasserflugzeug wirken, „D 298", das die Fahrt an Bord des Schiffes mitmacht und in den Anlaufhäfen den Reisenden zu Rundflügen zur Verfügung steht. Das Flugzeug ist eine Junkers-Seeflug-Maschine, die außer Führer und Monteur fünf Personen aufnehmen kann. Unsere Aufnahme zeigt den Dampfer mit dem Flugzeug an Bord, eine Neuerung, mit der die deutsche Schiffahrt wieder bahnbrechend vorangeht.

Ein Ehepaar ermordet.

In Alexandrowo, dem bekannten Eisenbahnknotenpunkt bei Thorn, wurde eine furchtbare Bluttat entdeckt. Als der Hilfsarbeiter Wirth von Einkäufen aus der Stadt heimkehrte, öffnete ihm trotz wiederholten Läutens niemand. Er kletterte über den Zaun, um so in seine Wohnung zu gelangen. Dort **fand er seine Frau in einer großen Blutlache tot am Boden.** Die Mörder, die anscheinend auf die Rückkehr Wirths gewartet hatten, **erschlugen auch ihn unmittelbar, nachdem er die Wohnung betreten hatte, durch mehrere Axthiebe.** Erst am folgenden Tage wurde die furchtbare Mordtat durch eine Nachbarin entdeckt.

Schiffskatastrophen an der dänischen Küste.

Am Mittwoch wurden an der dänischen Küste bei **Maribo** infolge des plötzlich einsetzenden Ostwindes **über 30 dänische Fischkutter von den Eismassen abgetrieben.** Der größte Teil von ihnen ist mehrere Kilometer entfernt gestrandet. **Fünf Motorkutter sowie ein offenes Boot sind bisher noch nicht wiedergefunden.** — Ebenfalls durch die Eismassen abgetrieben wurde bei Nakskov ein Fährdampfer, der in Gefahr schwebt, von den ihn umgebenden Eismassen zerdrückt zu werden. Zwischen Esbjerg und der Insel Fanö ist ein Fährdampfer zwischen die Eismassen geraten. Die an Bord befindlichen Passagiere konnten erst nach Stunden von einem anderen kleineren Dampfer an Land gebracht werden.

Vermißt.

Seit Montag ist der 2¼ Jahre alte Sohn Fredy des Ingenieurs Kurze aus der Birkenstraße 19 in Forstfelde bei Tegel spurlos verschwunden. Da das Haus des Ingenieurs nur etwa 25 Meter von der Havel entfernt liegt, ist damit zu rechnen, daß das Kind ertrunken ist.

Auch die Nachforschungen nach der vor einiger Zeit verschwundenen achtjährigen Berliner Schülerin Elli Reinfeld sind bisher ohne Erfolg geblieben. Ueber das Ergebnis einer vor einigen Tagen durchgeführten Durchsuchung sämtlicher Zigeunerlager im ganzen Reich liegt noch keine Meldung vor. Der am Mittwoch von der Berliner Polizei verhaftete Chauffeur Karl Rose bestreitet, Elli Reinfeld verschleppt zu haben. Er hat aber **zugegeben, Sittlichkeitsverbrechen an anderen kleinen Mädchen verübt zu haben.**

Verhaftung einer Einbrecherbande

Der witzige Bandenführer.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zahlreiche Konfektionseinbrüche aufzuklären, die seit der Vorweihnachtswoche in Berlin verübt worden waren. Ein weitverzweigtes Hehlernetz von 14 Personen wurde festgenommen und ein Teil der Beute zurückgeschafft. Der Führer der Bande, ein 22jähriger Erich Dunkel, konnte sich seiner Festnahme durch die Flucht entziehen. Die Polizeibeamten hatten seine Wohnung in Reinickendorf besetzt. Dunkel schickte aber seine Geliebte vor und stürzte sich, als er merkte, daß ihm Gefahr drohte, im Hechtsprung durch ein Fürstenfenster in die Tiefe. Bei diesem Sprung zog er sich Verletzungen im Gesicht zu. Obwohl die Beamten ihm zahlreiche Schüsse nachfeuerten, entkam der Verbrecher in ein benachbartes Zigeunerlager. Er besaß dann noch den Witz, nach seiner Flucht im Polizeipräsidium telephonisch anzurufen und **sich über die Schwierigkeiten zu beschweren, die ihm die Polizei mache.** Es handelt sich bei den von der Bande verübten Einbrüchen um Wertobjekte von rund 50 000 Mk.

Sittlichkeitsverbrechen. Auf dem Grazer Bahnhof wurde der 40jährige Lokomotivführer Josef Trieber, ein verheirateter Mann und Familienvater, verhaftet, weil er am 15. Januar ein schwachsinniges Mädchen zum Besteigen seiner Lokomotive veranlaßt hatte, es neun Stunden mit Gewalt zurückhielt und auf der in Fahrt befindlichen Maschine wiederholt mißbrauchte. Der Sittlichkeitsverbrecher wurde in das Landesgericht in Graz eingeliefert.

Der Wilmersdorfer Krematoriums-Skandal. Die beiden Heizer des Krematoriums Wilmersdorf, die unter dem Verdacht, die Leiche des Gastwirts Winkler beraubt zu haben, verhaftet wurden, sind am Donnerstag auf Antrag ihres Verteidigers aus der Haft entlassen worden. Die Staatsanwaltschaft scheint sich davon überzeugt zu haben, daß die Verdachtsmomente nicht ausreichen, um eine Haft zu rechtfertigen. Das Rätsel der Vorgänge im Wilmersdorfer Krematorium bleibt also immer noch ungeklärt.

Brandstiftung in einer Kieler Fabrik

Die verdächtigen Inhaber verhaftet.

Am Mittwochabend entstand in der Automobil-Reparaturwerkstatt der Firma Emil Schlu u. Ko. in der Deliusstraße in Kiel ein Brand, der außerordentlich schnell um sich griff und dem drei Automobile und mehrere Motorräder zum Opfer fielen. Nur dem rechtzeitigen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu verdanken, daß unübersehbare Folgen vermieden worden sind. Die Feuerwehr stellte bei den Aufräumungsarbeiten fest, daß eine gefährliche Brandstiftung vorliegt. **Durch die gesamten Werkstatträume lief eine Lunte aus öl- und benzolgetränktem Werg; außerdem waren sämtliche Räume zentimeterhoch mit Benzin bedeckt; zwei Karbidfässer waren angebohrt worden.** Es ist nur einem glücklichen Zufall zuzuschreiben, daß die Lunte nicht in Brand geraten ist. Wäre eine Explosion der Karbidfässer erfolgt, so hätte man es mit einer Katastrophe zu tun gehabt, die die letzten Explosionsunfälle in Berlin noch übertroffen hätte. Bei der weiteren Untersuchung der Brandstelle stellte es sich heraus, daß **sämtliche Benzol- und Benzinfässer ausgegossen waren.** Unter dem Verdacht, die Brandstiftung begangen zu haben, wurden die drei Inhaber der Reparaturwerkstätte verhaftet.

Ein Geisteskranker bei Hindenburg

Der „Oberbefehlshaber von Gottes Gnaden".

Am Donnerstagvormittag erschien im Palais des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße ein 21jähriger Arbeiter Hermann Simowski aus der Sparstraße 17, der den Reichspräsidenten zu sprechen wünschte. Er wurde vom Diener an das Bureau verwiesen, wo Simowski das Ansuchen stellte, beim Reichspräsidenten eine Audienz erhalten zu können. Den Beamten, denen das wirre Reden Simowskis auffiel, gelang es, ihn zu vertrösten und fortzuschicken. Er begab sich nun in den Hof, wo er an den Reichswehrposten herantrat, ihn in militärischer Weise grüßte und sich dabei für einen „Oberbefehlshaber von Gottes Gnaden" ausgab. Dann lief er auf dem Hof umher, bis er schließlich von einem herbeigerufenen Polizeioberwachtmeister in das zuständige Polizeirevier gebracht wurde. Wie festgestellt wurde, war Simowski, der anscheinend geisteskrank ist, **über die Mauer des Gartens des Auswärtigen Amtes geklettert und so in das Präsidentenpalais gelangt.**

Der wütende Tornado.

Berlin, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Aus Neuyork wird gemeldet, daß ein von einem heftigen Regenguß begleiteter Tornado **Süd-Ohio und Kentucky** heimgesucht hat. Es sollen dabei **ganze Gebäude umgeweht und Bäume entwurzelt worden sein.** Viele Personen sind nach den vorliegenden Meldungen verletzt worden. **Tote scheinen nur wenige zu verzeichnen zu sein.**

Raubüberfall. In der Nacht zum Donnerstag wurde vor dem Hause Boxhagener Str. 123 in Berlin der 31jährige Arbeiter Hans George aus der Koppenstraße bewußtlos aufgefunden. Er gab auf der Rettungsstelle an, daß ihn mehrere Burschen, von denen einer um Feuer bat, zu Boden geschlagen und seines Portemonnaies mit 35 Mk. beraubt hätten. Der Ueberfallene, dessen Verletzungen nicht erheblich sind, wurde in die elterliche Wohnung gebracht. Die Nachforschungen nach den Tätern sind bisher ergebnislos geblieben.

Doppelte Zellen.

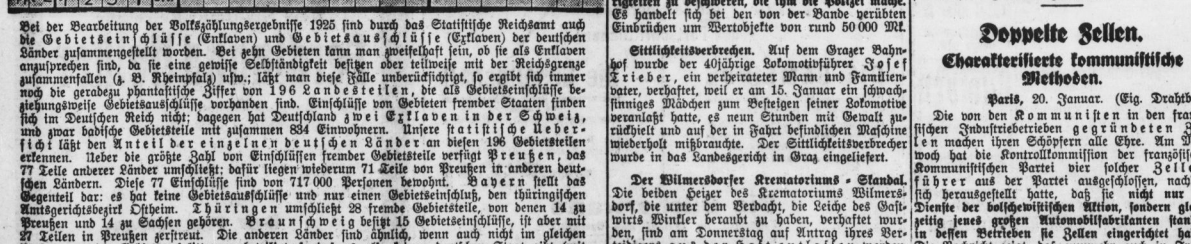
Charakterisierte kommunistische Methoden.

Paris, 20. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die von den Kommunisten in den französischen Industriebetrieben gegründeten Zellen machen ihren Schöpfern alle Ehre. Am Mittwoch hat die Kontrollkommission der französischen Kommunistischen Partei vier solcher Zellenführer aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie **nicht nur im Dienste der bolschewistischen Aktion, sondern gleichzeitig jenes großen Automobilfabrikanten standen, in dessen Betrieben sie Zellen eingerichtet haben.** Die Nachricht zeigt, daß nunmehr auch in Frankreich die Ueberwachung der Fabrikarbeiter durch Geheimagenten, wie sie in den Vereinigten Staaten blüht, zur Einführung gelangt. Ausgerechnet bolschewistische Weltrevolutionäre haben sich hier dazu hergegeben.

Das traurige Erbteil tausendjähriger Dynastien-Herrschaft

Außer den Ländern über 200 zerstreute Länderteile



Bei der Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse 1925 sind durch das Statistische Reichsamt auch die Gebietseinschlüsse (Enklaven) und Gebietsausschlüsse (Exklaven) der deutschen Länder zusammengestellt worden. Bei zehn Gebieten kann man zweifelhaft sein, ob sie als Enklaven anzusprechen sind, da sie eine gewisse Selbständigkeit besitzen oder teilweise mit der Reichsgrenze zusammenfallen (z. B. Rheinpfalz) usw.; läßt man diese Fälle unberücksichtigt, so ergibt sich immer noch die geradezu phantastische Ziffer von 196 Landesteilen, die als Gebietseinschlüsse beziehungsweise Gebietsausschlüsse vorhanden sind. Einschlüsse von Gebieten fremder Staaten finden sich im Deutschen Reich nicht; dagegen hat Deutschland zwei Exklaven in der Schweiz, und zwar badische Gebietsteile mit zusammen 834 Einwohnern. Unsere statistische Uebersicht läßt den Anteil der einzelnen deutschen Länder an diesen 196 Gebietsteilen erkennen. Ueber die größte Zahl von Einschlüssen fremder Gebietsteile verfügt Preußen, das 77 Teile anderer Länder umschließt; dafür liegen wiederum 71 Teile von Preußen in anderen deutschen Ländern. Diese 77 Einschlüsse sind von 717 000 Personen bewohnt. Bayern stellt das Gegenteil dar: es hat keine Gebietsausschlüsse und nur einen Gebietseinschluß, den thüringischen Amtsgerichtsbezirk Ostheim. Thüringen umschließt 28 fremde Gebietsteile, von denen 14 zu Preußen und 14 zu Sachsen gehören. Braunschweig besitzt 15 Gebietseinschlüsse, ist aber mit 27 Teilen in Preußen zerstreut. Die anderen Länder sind ähnlich, wenn auch nicht im gleichen Umfang, an der Gebietszersplitterung beteiligt, so daß es also keinen deutschen Staat gibt (mit Ausnahme Bayerns, Schaumburg-Lippes und Waldecks), der nicht irgendwelche Verwaltungsteile in anderen Ländern besitzt. Der vierte Teil der in Frage stehenden Gebiete ist unbewohnt. Bei der Hälfte handelt es sich um Gebiete, die zusammen nicht mehr als 2351 Einwohner zählen. Ueber 500 Einwohner haben nur 51 Gebietsteile. Die heute zu Ende gehende Reichskonferenz hat leider wenig fruchtbringende Arbeit in der Richtung der Beseitigung des Staatensplittertums geleistet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0003

Versuchen Sie bitte meine Dresdner Früh-Würstchen ca. 7 Paar auf 1 Pfd. 120 Pfg. | Wiener Früh-Würstchen 110 Pfg. | Knoblauch-Früh-Würstchen 100 Pfg. | A. Knäusel

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg. — Sekretariat der SPD. Halle a. S., Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen. Fernruf 21029

Halle

Frauen-Ausschuß. Freitag, den 20. Januar, 8 Uhr abends, im „Gewerkschaftshaus": Sitzung. Wichtige Tagesordnung, daher vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Aus dem Bezirk

Selben. Freitag, den 20. Januar, abends ½8 Uhr: Generalversammlung beim Genossen Mehlhose. Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. Genosse Buhle hat das Referat übernommen.

Dölau. Sonnabend, den 21. Jan., abends 8 Uhr, im „Heideschlößchen" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Ferchlandt (Halle) Das Erscheinen sämtl. Mitglieder ist Pflicht.

Gröbers-Osmünde. Sonnabend, den 21. Jan., abends 8 Uhr, findet bei Möslein, Osmünde, unsere Generalversammlung statt. Es ist Pflicht, daß alle Mitglieder erscheinen.

Corbetha. Sonnabend, 21. Jan., abds. 8 Uhr, im Gasthaus Wagner Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahlen. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Bornstedt. Sonntag, 22. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Helling: Ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vortrag über „Die politische Lage" und „Die Eingemeindung der Gutsbezirke". 3. Bericht von der letzten Kreistagssitzung. 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 5. Anträge und Verschiedenes. An alle Mitglieder ergeht die Aufforderung, restlos zu erscheinen und nach Möglichkeit Gäste (Verwandte und Bekannte) mitzubringen. Den Vortrag zu Punkt 2 wird voraussichtlich der Landtagsabgeordn. Gen. Christange (Eisleben) halten, der uns über die unseren Ort besonders interessierende Eingemeindungsfrage Aufklärung geben wird.

Torgau. Sonnabend, den 21. Jan., abends 8 Uhr, in der Quelle Generalversammlung. Alle Genossen müssen erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Gr.-Kayna. Sonntag, 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Ohmes Gasthof Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bockwitz-Naundorf-Grünewalde. Sonntag nachmittag pünktlich 2 Uhr im „Volkshaus" in Bockwitz Frauenkonferenz für das Bockwitzer Ländchen. Tagesordnung: Einleitung 2 Lieder (Gesangverein). 1. Begrüßung und Eröffnung der Konferenz (Genossin Marie Wackwitz) 2. Wahl der Leitung. 3. Referat des Reichstagsabgeordn. Franz Peters: „Warum brauchen wir eine proletarische sozialistische Frauenbewegung?" 4. Rezitationen und Mitwirkung der Jugend. 5. Gemeinsames Lied.

Deutleben. Sonntag, 22. Januar, (nicht Sonnabend), abends 8 Uhr, im Gasthof Deutleben Mitgliederversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Gäste können eingeführt werden.

Eisleben. **Frauengruppe und Arbeiter-Wohlfahrt.** Heute Freitag abend 8 Uhr Frauenabend. Vollzählige Beteiligung erwünscht.

Gerbstedt. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus" Versammlung. Redner Landrat Genosse Dr. Fitzner (Eisleben). Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Reichsbannerkameraden und Republikaner mit ihren Frauen als Gäste willkommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanisch. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle.

Montag, den 23. Januar, pünktlich abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Sitzung des engeren Vorstandes, zu der alle Vorstandsmitglieder erscheinen müssen.

Karten zum „Tirolerfest" am 4. Februar sind im Vorverkauf erhältlich bei allen Unterkassierern, Volksblattbuchhandlung (Gr. Ulrichstraße), Zigarrengeschäft Albrecht (Lindenstr.), Textilhaus Otto Müller (Harz 42-44). Vorverkaufspreis 50 Pfg.

2. Abteilung. Sonnabend, 21. Jan., abends 8 Uhr, im Restaurant „Schmelzers Höhe" (Eichendorffstraße 19) Familienabend der 2. Abteilung. Die Kameraden aller Abteilungen mit ihren Angehörigen sowie die Damen v. Republikanischen Frauenbund sind herzlich eingeladen. Eintritt frei. Humor, Stimmung.

4. Abteilung. Am Freitag, dem 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Kam. Schustack (Grasweg 15), außerordentliche Funktionärsitzung. Es ist Pflicht aller Funktionäre, auch der neugewählten, pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppe Sangerhausen.

Freitag, den 20. Januar, 20 Uhr, im „Herrnkrug" Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Helbra.

Sonntag, 22. Januar, nachm. 3.00 Uhr, im Vereinslokal Außerordentliche Versammlung. Es ist Pflicht aller Kameraden, wegen wichtiger Tagesordnung zu erschein. Republikaner sind besonders eingeladen. 373

Sonstige Vereine.

Eisleben. **Kleinkaliber-Schützenverein „Republik".** Am Sonntag, dem 22. Januar, nachm. 2 Uhr, auf allen Ständen Wiederbeginn des Uebungs- und Preisschießens. Allseitige Beteiligung der Kameraden dringend erwünscht. Der Vorstand.

Stadttheater
Heute, Freitag, 20—22¾ Uhr: Kilian oder Die gelbe Rose 380
Sonnabend, 20—23¼ Uhr: Carmen
Zahlung der III. Stammkarten-Rate erbeten.

Stadttheater-Restaurant Treff aller Theaterbesucher!!

Walhalla
Täglich 20 Uhr. Hartstein in seinen Glanzrollen
Drei grüne Jungen mit Hartstein in den drei Titelrollen.
Vorher: Adam und Eva mit Hartstein in der Hauptrolle. 388
Sie lachen Tränen!!

Expander-Club „Othello"
Mitglied d. Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Sonnabend, den 21. Januar 1928, im „Landhaus", Merseburger Str.: **Maskenball**
Anfang 7 Uhr.
Hierzu laden wir alle Arbeitersportl. sowie Freunde mit Angehörigen herzlich ein. 379
Der Vorstand.

Karneval-Artikel
Riesenauswahl billigste Preise.
Perückenverleih
Puppendoktor Krolow nur Geiststr. 16.

Leistungsfähigste Bezugsquelle für

Metall- u. Holzbettstelle.
Auswahl enorm. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Bettenhaus Bruno Paris 374
Kl. Ulrichstr. 2
Eing. Kanzleigasse
2 Min. vom Markt.

R. Schmidt's
Ein- und Verkaufs-Haus Gr. Klausstr. 12
zahlt für guterhalt. Herr.-Garderobe
Möbel aller Art
Musikinstrumente Betten usw.
allerhöchste Preise

Lumpen
sowie alle Rohprodukte kauft 181
Ph. Schwabach Raffineriestr. 44

Papier Zeitungen
Lumpen, Knochen kauft 5878
A. Bode Gr. Klausstraße 22

Meiner werten Kundschaft

gebe ich hiermit bekannt, daß ich leider gezwungen wurde, die von mir seit 31 Jahren innegehabten Räume in dem Grundstück Gr. Ulrichstraße 37 frei zu machen.

Da es mir nicht möglich war, geeignetere Lokalitäten zu erhalten, setze ich nunmehr meinen soliden Ausverkauf in den neuen provisorisch hergerichteten Geschäftsräumen

Kleine Ulrichstraße 24a

(Eingang Jägergasse, *schrägüber meinem bisherigen Geschäft) weiterhin fort.*

Ich bleibe stets bemüht, im Preise äußerst entgegenzukommen und bitte um Ihren geschätzten Besuch.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Wilh. Brackebusch

Eröffnung: Sonnabend, den 21. Januar 1928.

Theater- u. Masken-Kostüme

Zeugner & Riedel
Inh. Gebhardt (vorm. Gottschalk)
Halle a. d. S.
Obere Leipziger Straße 61/62
Hof, 2 Treppen. 224

Gewerkschaftshaus
Halle, Harz 42—44
Restaurant
Sitzungszimmer
Guter Mittag- und Abend-Stamm
Vorzügliche Küche
Saubere Uebernachtung 92

Louis Ackermann
Halle, Olearíusstraße 13
Empfehle besonders preiswert
ff. Kassler Pfund 1,20 Mark
Pa. Schlack- u. Salamiwurst Pfund 2 Mark 90
Spezialität: Kalbsleberwurst

Im Volkspark
erhalten Sie kräftigen preiswerten **Mittagstisch**

Arbeiter Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Afabundes, des Allgem. deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-aktiengesellschaft
Auskunft ert. bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle in
Leipzig, Zeitzer Str. 32 Zimmer 122
oder der Vorstand der Volksfürsorge in
Hamburg 5, An der Alster 58-59.

Eingetroffen mehrere Waggons
Küchen
dabei allerneueste Modelle.
Bei mäßigen Preisen allergünstigste Zahlungsbedingungen.
Außerdem auf alle Preise bis Ende Januar 5 Prozent Sonderrabatt.
Gemeinnützige Deutsche **Hausrat** G. m. b. H.
Halle, Mittelstraße 5a. 360

Hasen
ganz frisch u. billig am Sonnabend, dem 21. Januar, auf dem Wochenmarkt.
Max Hödicke Staßfurt

Schlafzimmer
auch einzelne Teile, preiswert 31
H. Quente Thomasiusstrasse 10/11

Die Zeitschriften des Verlages J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Der Wahre Jacob
Das Witzblatt des Republikaners
16 Seiten stark, 8 Seiten farbig. Kupfertiefdruck.
Erste künstlerische und literarische Mitarbeiter.
Preis pro Nr. 0.30 M.

Die Frauenwelt
Die Zeitschrift der schaffenden Frau
Kostbar in Bild und Text.
Preis nur 0.30 M.
Mit übersichtlichem Schnittmuster-Bogen 0.40 M.

J·R·Z
Illustrierte Reichsbanner-Zeitung
Die Illustrierte des republikanischen Deutschland
Reich illustriert, erste Beiträge, Humor-Ecke.
Preis 0.25 M.

Dietz-Zeitschriften
die Zeitschriften des Fortschrittlichen!

DIE GEMEINDE
Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land
Unentbehrlich für jeden Kommunalpolitiker, Kommunalbeamten, und in der Wohlfahrtspflege Tätigen.
Bezugspreis monatlich 0.90 M.

Die Gesellschaft
Internationale Revue für Sozialismus und Politik
Herausgegeben von Dr. R. Hilferding
Die Mitarbeiter sind erste sozialistische Wissenschaftler u. Praktiker.
Preis pro Nr. 1.50 M.
Vierteljahrsabonnement 4.50 M.
Jährlich 17.— M.

Die Bücherwarte
Zeitschrift für sozialistische Buchkritik
Mit Beilage Arbeiterbildung. Erscheint monatlich
Vierteljährlich 1.50, Einzelnummer 0.75 M.

Zu beziehen durch jede Volksbuchhandlung

Masken, Narrenkappen
in Stoff und Papier
Karnevalplakate :: Girlanden :: chinesische Fächer :: Schirme
Laternen :: Luftschlangen :: Konfettibeutel :: Schneebälle usw.
Hervorragende Neuheiten. — Auswahl unübertroffen. 387
Albin Hentze, Schmeerstr. 24.

Auf **Teilzahlung** liefern wir
Möbel
Konfektion
Schuhwaren
Kleine Anzahlung
Wöchentlich RM. 3,— bis RM. 5,— 353
Kreditgeschäft **Merkur** G. m. b. H.
Halle a. S.
Gr. Ulrichstraße 4/5, I. Etage

Saalekrug · Leuna
Sonnabends und Sonntags:
Bayr. Stimmungsbetrieb
Sonntag von 11—1 Uhr:
Frühschoppen-Konzert der Trachtenkapelle. 381

Täglich Konzert ● Täglich Konzert
„Roland" Merseburg
Sonntag vormittag 11.30 Uhr: Frühschoppen
Nachmittag von 4 Uhr an: Konzert!
Kapelle We-Ka-Te
Neue Kapelle! ● Neue Kapelle!

Elegante **Damentaschen**
Koffer, Mappen, Portemonnaies
und alle anderen Lederwaren in Qualität — jetzt billigst
Hugo Krasemann
Koffer- u. Lederwarenhaus
Gegründet 1875 372
nach wie vor nur **Schmeerstr. 19**

F. E. M. Zigarren
zu Fabrikationspreisen nur an Verbraucher in kleinen Mengen.
Friedrich Ey
Zigarrenfabrikation 8236
Merseburg, Friedrichstr. 12

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Tagesordnung für die außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 23. Januar 1928, 17 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Antrag betr. Mittelbewilligung für die streikenden Metallarbeiter.

Halle, den 19. Januar 1928.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Busse. 38[illegible]

Personenkraftwagen-Führer
(Autoschlosser) im Alter von 30 bis 40 Jahren, mit guten Umgangsformen und Zeugnissen langjähriger Fahrpraxis sucht 385
Arbeits- u. Berufsamt Halle
Abteilung: Handels- und Transportgewerbe
Gr. Berlin 14, Zimmer 6

Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift
DIE MODERNE FRAUENZEITSCHRIFT, DIE ZEITSCHRIFT DER SCHAFFENDEN FRAU
Beiträge erster Literaten und Künstler!
Unterhaltung + Belehrung über Erziehung + Hygiene
Haus- und Gartenwirtschaft + Ratschläge für Küche und Keller + Ärztliche Sprechstunde usw.
Glänzend ausgestatteter Modeteil
Preis nur 30 Pf.
mit übersichtlichem Schnittmuster 40 Pf.
Zu beziehen durch jede Volksbuchhandlung oder vom Verlag
J. H. W. DIETZ NACHF., BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Familien-Nachrichten

Nachruf.

Am 18. Januar entschlief nach schwerem Leiden

Herr Stadtmusikdirektor

Ferdinand Neißer

Dem Dahingeschiedenen, der sich um das Musikleben unserer Stadt besonders verdient gemacht hat, werden wir über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Eisleben, den 19. Januar 1928. 382

Der Magistrat.

Dr. Waltsgott, Bürgermeister.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0004

Bilder vom Metallarbeiterstreik.

Die große Umstellung: Streikfieber!

Tag für Tag regte der Metallarbeiter seine Hände, ließ er die Muskeln seiner Arme spielen, ließen die Füße in der Werkstatt geschäftig hin und her. Tag für Tag. Und das jahre- und jahrzehntelang. Von Zeit zu Zeit wurde das Tempo seiner Bewegungen beschleunigt, durch einen Druck von irgendwoher. Die Stelle war nicht immer richtig zu erkennen.

Da kam die Abstimmung am Montag. Arbeitsruhe. Er muß sich umstellen. Wohin aber nun mit den eingeimpften Bewegungen. Ihn packt das Streikfieber. Alles will er wissen. Von allem gleich unterrichtet sein. Tausend Fragen tauchen in ihm auf, die oft genug erst das Ende des Streikes beantworten kann. So läuft er geschäftig herum. Auch seine Streiktätigkeit soll eine saubere und einwandfreie Leistung sein. Das verlangt er von sich selbst. Er kann die Zeit kaum erwarten, daß er seine Streikkarte erhält, und die konnte doch nicht schon am ersten Tage fertig daliegen. Er will sie jeden Tag stempeln lassen und drängt auf Errichtung von Stempelstellen.

Er hat hundert Anliegen an die Streikleitung, daß dieser der Kopf brummt. „Ja, es gibt vom ersten Tage an Unterstützung. Selbstverständlich." Der Frager ist befriedigt. Für den Augenblick. Dann geht's weiter. „Die erste Auszahlung erfolgt in der zweiten Streikwoche." Schön. Es ist gut. Dann die Notstandsarbeiten. Geht da auch alles richtig zu? Da ist es schon schwerer, ihn zufrieden zu stellen.

Nur in einem Punkt zeigt er besondere Ruhe: die Verbandsleitung wird den Streik nicht abwürgen; die Ueberzeugung hat er. So wird er sich nach und nach in das Tempo des Streikens hineinfinden, das wesentlich gemächlicher ist, als das des Arbeitens.

Die Notstandsarbeiten.

Ueber den Begriff der Notstandsarbeit gehen die Ansichten der Unternehmer und Arbeiter natürlich weit auseinander. Wenn — wie in vielen anderen Angelegenheiten der Wirtschaft — die Ansicht der Unternehmer allein maßgebend wäre, dann müßte der größere Teil der Streikenden zur Erledigung von Notstandsarbeiten in die Betriebe gehen. Da ist die Firma Dicker u. Werneburg. Sie will während der Streikzeit einen Motor auseinandernehmen und reinigen lassen, damit er nach dem Streik besser läuft. Natürlich abgelehnt. Da ist die Brauerei von Freyberg. Sie möchte einen Kessel reparieren haben. Abgelehnt. Usw.

Absolutes Siegesbewußtsein.

Zum Streik gehört das Streikpostenstehen. Das ist eine alte Erfahrung und wird stets ausgeübt. Die Belegschaften mancher Werke fühlen sich aber so sicher vor Ueberraschungen, so siegesbewußt, daß sie es für überflüssig hielten, die Fabriktore durch Streikposten beobachten zu lassen. Erst die Ortsverwaltung muß sie auf diesen Fehler aufmerksam machen, und nun wird er korrigiert.

Nichts-zu-tun ist zwar das Kampfmittel im Streik, nichts tun aber nur im kapitalistischen Produktionsprozeß, nichts tun in der Werkstatt, sonst aber lieber Streikfieber als nichts tun.

Neueste Nachrichten.

In den „Volksblatt"-Filialen hängen die Nachrichten über das Ergebnis der Verhandlungen am Donnerstag aus. Der eine, der schon zu Ende gelesen, meint: „Nu, was sagt Ihr dazu". „Laß mich doch erst fertig lesen", der zweite. „Das habe ich mir schon vorher gedacht," der dritte. „Wenn am Montag die Anhalter Kollegen herausgehen, dann kommt's zur Entscheidung," ist die Ansicht des vierten. Sie gehen ruhig weiter. Andere treten an ihre Stelle, lesen die Nachrichten, führen ähnliche Gespräche und werden wieder von anderen verdrängt.

„Wir stehen fest!" ist das letzte Wort, das ich im Fortgehen höre.

Die neuen Ehrendoktoren der Universität.

Traditionsgemäß feiert die Universität Halle alljährlich den 18. Januar, beileibe nicht in Erinnerung an die am 18. Januar 1701 in Königsberg erfolgte Krönung des Hohenzollern Friedrich I. zum preußischen König, oder die gleichfalls am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles unter so eigentümlichen Umständen erfolgte Kaiserkrönung, sondern im Gedenken an die an jenem Tage erfolgte „Einigung der deutschen Stämme" — im Kaiserreich der Hohenzollerndynastie. Es werden an jenem Tage keine Vorlesungen, sondern große Reden über natürlich höchst gelehrte Dinge gehalten, und die Namen der Ehrendoktoren bekanntgegeben.

Den theologischen Ehrendoktor erhielt diesmal Professor Lic. Hermann Baucke (Kiel), ehemals Pfarrer an der Marienkirche, den der Juristischen Fakultät Geheimrat Dr. Gottfried Meyer, der ehemalige Kurator der Universität, der über die Schneidewind-Affäre stürzte. Die Philosophische Fakultät ernannte den anhaltischen Staatsminister Kurt Müller zum Ehrendoktor. Und endlich gab der Rektor die Verleihung der Würde eines Ehrenmitgliedes der Universität an den Zeitungsverleger Robert Birkner (Apolda) bekannt.

„Der risikolose Mensch"

Die mitteldeutsche Wirtschaft gegen Lohnforderungen und Achtstundentag. Besserung der Konjunktur nicht gleichbedeutend mit Ertragssteigerung!?

Die Industrie- und Handelskammer Halle versammelte sich erstmalig im Jahre 1928 am Donnerstagmittag im Kammergebäude in Halle. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand eine

Rede des Kammerpräsidenten Steckner,

in der er in Gestalt eines Rückblicks auf das verflossene Jahr Ausführungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik machte, die unsere besondere Aufmerksamkeit und Kritik erfordern. Nachdem Herr Steckner betont hatte, daß das Jahr 1927 in freundlicherer Art zum Abschluß gekommen ist, als man erwartet habe, indem in fast allen Zweigen der Wirtschaft eine

Steigerung der Produktion und der Umsätze

zu verzeichnen war, gab er zu, daß damit eine Besserung der Konjunkturverhältnisse eingetreten sei, die die Arbeitslosenziffer auf ein Minimum herabdrückte, was wiederum zu einer starken Erhöhung der inländischen Kaufkraft geführt hat. Diese Steigerung läßt sich ziffernmäßig nachweisen durch die um 20 Prozent eingetretene Erhöhung der Erträge der Reichsumsatzsteuer, eine Belebung, die weit über das Maß der Vorkriegsjahre hinausgehe.

Trotz dieser günstigen Diagnose geht der Handelskammerpräsident dann dazu über, zu behaupten, daß sich aus dieser Feststellung noch nicht das Ergebnis ziehen lasse:

„Der Wirtschaft geht es gut!"

Denn nicht immer brauche „eine lebendige Wirtschaft eine erfolgreiche zu sein", „denn Umsatz und Verdienst ist nicht dasselbe." „Ja, die Herren Wirtschaftsführer, die mit dem Worte „Mengenkonjunktur" arbeiten, wüßten jetzt noch nicht einmal, ob sich mit der Steigerung der Produktion und des Umsatzes auch der Verdienst gehoben habe. „Ein endgültiges Urteil darüber — so sagt Herr Steckner — wird sich wohl erst später bilden lassen, wenn die Rationalisierungsmaßnahmen, die ja noch dauernd im Fluß sind, einen gewissen Abschluß erreicht haben." Und er fährt fort, daß die „Mehrbeschäftigung von Arbeitern bei erhöhten Löhnen" auch die sozialen Lasten in erheblichem Maße gesteigert hätten.

Und da sind wir auch schon bei dem springenden Punkt der ganzen Beweisführung unserer Wirtschaftskreise. „Allgemein sind deshalb wieder die Klagen," läßt sich der Präsident der Handelskammer vernehmen, „über die zu hohen Steuern und Abgaben", „allgemein" (!?) sind „die **Forderungen nach Verringerung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte", „sind die dringenden Hinweise auf eine vernünftige Sozialpolitik, die nicht durch vorbehaltlose Erfüllung der bekannten Washingtoner Beschlüsse aus politischen Erwägungen heraus — Achtstundentag — die Wirtschaft wieder weit zurückwirft.**" Und ebenso „allgemein" sind die

Klagen über die aus der belebten Wirtschaft hergeleiteten Lohnforderungen,

die vielfach durch das Schlichtungswesen Unterstützung gefunden haben." Zu diesen „allgemeinen" Klagen nimmt dann der Referent näher präzisierend dahin Stellung, daß er behauptet, für „unser verarmtes Volk" sei die Arbeitszeitverordnung, die freiwillige Ueberarbeit verbiete und die Bezahlung von Ueberstunden auch für die Angestellten fordere, „völlig unverständlich." Diese Maßnahme sei nur geeignet, „auf dem schon erheblich weit beschrittenen Wege zum rijikolosen Menschen in unserem Reiche ein gutes Stück weiterzukommen."

Herr Steckner wird uns gestatten, wenn wir ihm hier eine andere Beweisführung entgegenstellen. Er — und die hinter ihm stehende Wirtschaft — will „unserem armen Volke" helfen. Zu diesem „armen Volke" gehören doch aber in erster Linie die großen Massen, die den eigentlichen Namen „Volk" tragen. Aus den eben gehörten Darlegungen geht aber mit einer solchen Offenherzigkeit hervor, daß die Wirtschaftsführer unter „armes Volk" hauptsächlich sich selbst, d. h. ihre Profitrate, meinen. Zur Erhöhung ihrer Profitrate stehen ihnen auch sehr viele Wege offen. Und sie wären keine Geschäftsleute, wenn sie nicht ihre Profitrate zu steigern suchten. Dann mögen sie aber doch das Kind beim richtigen Namen nennen und es nicht mit irgendwelchen, altruistisch klingenden Namen, verbrämen.

Dem Arbeitnehmer, der doch dasselbe Recht zum Leben hat, wie ein Wirtschaftsführer, steht als einzige Einkommensquelle sein Arbeitslohn bzw. Gehalt zur Verfügung. Ist es sittlich, diesem Menschen — der wirtschaftlich von Natur aus schwach ist — zu verwehren, seine Profitrate, seinen Lohn bzw. Gehalt, zu erhöhen zu suchen? Wo man selbst für sich die Steigerung des Ertrags beansprucht! Infolgedessen sind die „allgemeinen Klagen" des Herrn Präsidenten der Industrie- und Handelskammer nichts anderes als nacktester Egoismus einer Interessentenschicht unseres Volkes, der sich zum Schaden der anderen, zahlenmäßig größeren Schichten auswirken muß.

Was aber die rein sachliche Seite dieser Klagen angeht, so muß zum wiederholten Male auf die Grundzüge der amerikanischen Wirtschaft verwiesen werden, deren Exponent Ford vor allem bewiesen hat,

daß Steigerung der Produktion und Steigerung des Lohnes auf der anderen Seite Steigerung der Kaufkraft, damit des Umsatzes und folglich des Ertrages bedeuten.

Deshalb wird es höchste Zeit, daß die deutschen Wirtschaftler zu dieser Einsicht gelangen. Zun sie es nicht, verschließen sie sich weiter kurzsichtig den Erfordernissen der Zeit, dann wird diese ihre Politik zwangläufig die Kräfte auslösen, die ihr, d. h. das kapitalistische Wirtschaftssystem, mit mehr oder weniger Gewalt angreifen und die Revolution auslösen, vor der sie am allermeisten Furcht haben.

Neben diesen unzeitgemäßen Ansichten der mitteldeutschen Wirtschaftler war dagegen bemerkenswert, daß Herr Steckner die Notwendigkeit der Hereinnahme langfristiger Auslandsdarlehen erkannte und daß er weiter feststellte, daß die innerdeutsche Konjunktur, unterstützt durch Einfuhrzölle und die darauf aufgebauten Kartellpreise, für die Wirtschaft den Anreiz bot, die internationalen Märkte weniger zu bearbeiten, wodurch die Passivität unserer Handelsbilanz erhöht wurde. Das ist immerhin eine bedeutungsvolle Feststellung, die zeigt,

wie abträglich in ihren Endwirkungen die verfehlte Schutzzollpolitik des Bürgerblocks ist.

Herr Steckner forderte in diesem Zusammenhang noch Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Da er das nicht näher präzisierte, wissen wir nicht, ob er damit Schutzzölle meinte, die die Wirtschaft doch ablehnen sollte, oder ob er technische Maßnahmen wünscht, die allerdings dringend notwendig sind.

Von Interesse war auch, daß sich der Referent, wie auch ein Redner aus der Versammlung, für endliche

Vereinheitlichungsmaßnahmen in der deutschen Staatsverwaltung

aussprach und mit der Enttäuschung über die berühmte Reichskonferenz nicht zurückhielt. Herr Steckner vertritt den Standpunkt, daß **diese zu fordernde Verwaltungsreform auch vor fühlbaren Eingriffen in Altgewohntes und zum Teil auch Bewährtes nicht zurückschreden dürfe.** In diesem Zusammenhang will die Industrie- und Handelskammer in Bälde in einer Sitzung zu den Fragen der mitteldeutschen Einheit Stellung nehmen, da sich namentlich von Magdeburg aus Bestrebungen geltend machen, Lokalinteressen mit den Provinzinteressen zu verquicken.

*

Von den sonstigen Verhandlungsgegenständen war noch ein Vortrag des Handelskammersyndikus Dr. Pfahl von Interesse, der über

die Grundlagen und die Aufgaben der Handelskammern

sich verbreitete. Er streifte dabei auch die schon lange erörterten Reformen der Kammern, deren Inangriffnahme er allerdings noch nicht in nächster Nähe sieht. Immerhin war beachtlich, daß er mit einem gewissen Gefühl der Abneigung die Möglichkeit streifte, daß die Kammern paritätisch zusammengesetzt werden sollen. Wir halten das allerdings für dringend geboten, daß die

Arbeiter- und Angestelltenschaft

sowohl in den Industrie- und Handelskammern, wie in den Landwirtschafts- und Handwerkskammern gleichberechtigt vertreten wird, denn auch sie ist ein Teil der Wirtschaft, sogar ein sehr wesentlicher, und ihre Mitwirkung in den Kammern würde sicherlich solche einseitige Beurteilungen der wirtschaftspolitischen Verhältnisse, wie sie oben gekennzeichnet wurden, unmöglich machen.

Die sonstigen Punkte der Tagesordnung betrafen rein formelle Angelegenheiten, so eine Satzungsänderung, derzufolge die Vizepräsidenten künftig alle gleichberechtigt sind, weiter die Vereidigung einiger Sachverständiger und Ausschuß- usw. Wahlen. Der Vorstand wurde wie folgt gewählt bzw. wiedergewählt. Präsident: Steckner, Vizepräsidenten: Werther (Großhandel), Freytag (Einzelhandel), Dr. Kraus (Industrie) und Wagener (Bergbau). Die Kassengeschäfte führt das Bankhaus Steckner.

Dem Vorstand wurde aufgegeben, bei den Beratungen des Arbeiterschutzgesetzes die Wirtschaftsinteressen wahrzunehmen und ebenso gegen die offensichtliche Begünstigung der Zigarettenindustrie zum Nachteil des Kleinhandels in der Frage der Steuerstundungen — die in die Millionen gehen — vorzugehen. Weiter soll die Aenderung des preußischen Regierungserlasses vom 5. März 1926 zur Aufwertung von Sparguthaben erstrebt werden, der eine Benachteiligung der Sparer zur Folge habe. ht.

Aus der mitteldeutschen Wirtschaft.

Der Braunkohlenbergbau im Dezember 1927.

Der Monat Dezember war durch einen langandauernden, außerordentlich harten Frost gekennzeichnet, der bis zum Feste in nahezu unverminderter Stärke anhielt. Die kalte Witterung hatte eine überaus starke Nachfrage nach Briketts und Rohkohle zur Folge. Auf der anderen Seite behinderte sie den Braunkohlenbergbau bei der Gewinnung, bei der Förderung und bei der Verarbeitung der Kohle im Nahdienst der Brikettfabrik. Es waren deshalb allenthalben Betriebsstörungen zu verzeichnen. Die durch die Witterung bedingte starke Nachfrage und die große Behinderung hatten zur Folge, daß stellenweise allen Anforderungen nicht in dem erforderlichen Umfang entsprochen werden konnte. Mit dem Umschlag der Witterung griffen wieder normale Verhältnisse Platz. Der Zu- und Abgang von Arbeitskräften hielt sich in normalen Grenzen. Vielfach war es nicht zu umgehen, Entlassungen in den Abraumbetrieben vorzunehmen, die infolge des starken Frostes erheblich und zum Teil gänzlich stillgelegt werden mußten.

Freude bei den Zucker-Aktionären. Die Generalversammlung der Zuckerraffinerie Halle AG., Halle, in der ein Aktienkapital von 4 226 880 Mk. vertreten war, setzte die Dividende auf 5 Prozent fest. Im Vorjahre gab es keine Dividende. Nach Angabe des Aufsichtsratsvorsitzenden, Oberamtmann Wentzel, hat die Berarbeitungsziffer des neuen Jahres die des Vorjahres bisher erreicht, die Zuckermenge reicht dagegen nicht ganz an die vorjährige heran. Der Abschluß besonderer Tarifverträge mit der einst hyperkommunistischen, heute gelben Belegschaft hat seine Früchte gezeitigt. Für die Aktionäre!

Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins zu Halle. Die Gewerkschaft wird diesmal ohne Verlust abschließen. Im Vorjahr ergab sich ein Verlust in Höhe von 1,67 Millionen Mark, der durch den Dammbruch bei der Grube „Alwine" mitverschuldet war.

Die Abstempelung der Kennzeichen der Kraftfahrzeuge.

Im November 1926 wurden die Befugnisse zur Aushändigung der Zulassungsbescheinigungen und zur Abstempelung der Kennzeichen der Kraftfahrzeuge in Landkreisen den Landräten übertragen. Diese Maßnahme hat sich im allgemeinen als zweckmäßig bewährt. In letzter Zeit sind jedoch auch Klagen darüber laut geworden, daß die Vorführung des Fahrzeugs in der Kreisstadt in solchen Fällen unbequem empfunden wird, in denen der Wohnsitz des Fahrzeughalters oder der Standort des Fahrzeugs sich in größerer Entfernung von der Kreisstadt befinden. Die Vorführung des Kraftfahrzeugs zwecks Abstempelung ist in vielen Fällen für den Besitzer des Kraftfahrzeugs mit Zeit- und Geldopfern verbunden, die ihm erspart bleiben, wenn die Aushändigung der Zulassungsbescheinigung und die Abstempelung der Kennzeichen wieder, wie es früher war, durch die für den Wohnsitz des Kraftfahrzeughalters zuständige Polizeiverwaltung erfolgt.

Um mehrfachen, in dieser Hinsicht hervorgetretenen Wünschen zu entsprechen, haben daher der Handelsminister und der Minister des Innern, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, in einem gemeinsamen Runderlaß die Regierungspräsidenten ermächtigt, dort, wo es die örtlichen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen, nach Anhörung der Landräte die in Betracht kommenden Ortspolizeiverwaltungen mit der Aushändigung der Zulassungsbescheinigungen und der Abstempelung der Kennzeichen zu betrauen.

Die Meldepflicht nach der Gewerbesteuerverordnung.

Vor einiger Zeit wurde die Frage aufgeworfen, wie gegen Gewerbetreibende vorzugehen sei, die den Meldepflichten der §§ 58/60 der Gewerbesteuerverordnung nicht genügen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bemerken der Finanzminister, der Minister des Innern und der Handelsminister in einem gemeinsamen Runderlaß zur Behebung von Zweifeln, daß es nicht angängig ist, zur Erzwingung einer Handlung Zwangsstrafen festzusetzen, wenn die Unterlassung dieser Handlung bereits mit Strafe bedroht ist. Für die Festsetzung der hiernach auf Grund des § 377 der Reichsabgabenordnung zu verhängenden Ordnungsstrafen, kommen nicht die Gemeinden, sondern allein die Vorsitzenden der zuständigen Gewerbesteuerausschüsse in Betracht.

Eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung findet am kommenden Montag zu gewohnter Stunde statt. Sie ist einberufen, um über den kommunistischen Agitations- und „Entlarvungs"-Antrag zu entscheiden, für dessen sofortige Erledigung in der letzten Sitzung die Dringlichkeit nicht anerkannt worden war.

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern sind gegenüber dem Stande der Vorwoche so gut wie unverändert geblieben. Der Index für die Gesamtlebenshaltung beträgt 1,46.

Das Beethoven-Konzert der Freien Schulgesellschaft. 50 Pfennig! Viel, wenn es fehlt, um Brot zu kaufen. Wen aber Wochenlohn und Monatsgeld vor dieser äußersten Not schützen, der möge sie dazu verwenden, ein Programm zum Beethoven-Abend am 27. Januar, 20 Uhr, im „Volkspark" zu ersehen. Der Vorverkauf findet statt: In allen Konsumverkaufsstellen, in der „Volksblatt"-Buchhandlung, im „Volkspark" und Gewerkschaftshaus, bei Albrecht, Lindenstr. 53, bei Mäder, Merseburger Straße 46, bei Müller, Harz 42/44, Pösche, Trothaer Straße 7, Beamten-Waren-Versorgung, Universitätsring 23.

Eine Bierjährige unterm Motorrad. Am Donnerstag gegen 9.30 Uhr wurde in der Glaucharer Straße ein vierjähriges Mädchen von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Das Kind trug eine Verletzung an der Stirn davon.

Volkshochschule. In den nächsten Tagen beginnen in der Volkshochschule folgende Kurse: Geh. Konsistorialrat Univ.-Prof. D. Eger „Gott?" (Freitag, 20 Uhr, im Hörsaal 9 der Universität) Oberstudiendirektor Dr. Röhrscheidt „Leben und Kultur der Griechen: Olympia-Athen" mit Lichtbildern (Freitag, 20 Uhr in dem Stadtgymnasium, Sophienstr. 37), Oberstudiendirektor Dr. Grüttner „Einführung in den Gedankenkreis der höheren Mathematik, Teil II" (Montag, 20 Uhr, Hörsaal 16 des Melanchthonianums der Universität.

Der Ofen an der Lehmmauer. Gestern gegen 13.15 Uhr rückte die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Bergstraße aus, wo in einer Wohnung das Fachwerk einer Lehmmauer infolge einer mangelnden Ofenlage in Brand geraten war. Nach etwa einstündiger Tätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0005

Der Wettiner „Landfriedensbruch"

Fortgang der Zeugenvernehmungen

Der gestrige (dritte) Verhandlungstag brachte die Vernehmung einer Reihe Be- und Entlastungszeugen; letztere aus dem Lager der Angeklagten mit einer Ausnahme vielleicht.

Der „Monika"-Besitzer **Wüstemann** bekundete, daß seine Fahrgäste bei **Salzmünde** vom Ufer her mit Steinen schon auf der Hinfahrt bombardiert worden seien. Das Kant- oder Rundholz von reichlich Meterlänge, das der Zeuge Niederberger bestimmt (!) bei der Abfahrt an der Peißnitz auf dem gegnerischen Schiff gesehen haben will und mit dem nach seiner Behauptung die Neugeborensche Haustür eingerammt (!) worden sei, hat W. nie gesehen. Er hat aber wiederum ein aufreizendes Gebaren auf der Heimfahrt beobachtet. An der Trothaer Schleuse wäre eine Bierflasche herübergeschleudert worden und beim Aussteigen der Tenoleute habe sich u. a. der verprügelte **Thieme** durch Schimpfen hervorgetan.

Dem Wilsdorf wurde von einer Frau bescheinigt, daß er keinerlei Verwundung nach dem „Kampf" gehabt hätte, was den Schluß auf Nichtbeteiligung zulasse. Eine Jungfrau will eine Messerattacke auf die N.sche Haustür beobachtet haben. Es soll auch neben Einstichen später eine Klingenspitze gefunden worden sein.

Marta Neugeboren, die sich schon am Vortage an den Polizeibeamten gerieben hatte, behauptete im Gegensatz zu dem Stadtpolizisten Weinholz, von ihm nicht **zum zweiten Anruf** des Ueberfallkommandos **in seinem Namen** aufgefordert worden zu sein, nachdem der hallische Abhörer beim ersten die Anforderung der Hilfe von Polizeiseite verlangt hatte. Neugeboren senior wollte gleich beim Strafgericht 500 Mk. Schmerzensgeld für seinen Ferdinand und die durch die Aufregung seiner Frau zugefügte Gesundheitsschädigung erwirken. Er wurde aber auf Eintreibung im Zivilklagewege hingewiesen. Bauernschlauheit hat ihn aber schon längst Ansprüche nach dem Tumultschädengesetz in Berlin und Merseburg anmelden heißen, wo man seine Wünsche prüft.

Ein **Stahlhelmer Otto Lorenz**, einst in Halle wohnhaft, wurde von Angeklagtenseite gewünscht. Der Staatsanwalt stellte mit Bedauern fest, daß diesen in Wettin **tätig** Gewesenen seine Behörde seit dem Tage der Gegenüberstellungen ohne Erfolg sucht. — Aus einer Bemerkung des „Monika"-Eigentümers ging endlich hervor, daß mit seiner Hilfe die Rot-Frontler an jenem „heißen Tag" Festsäle in Wettin erhielten, denn ihre Vergnügungsmacher hätten schon Wochen zuvor auf „Gut Glück" ihre Fahrt nach Wettin bewerkstelligen wollen, wo nach dem Schiffskalender dort alles besetzt war. Also: Zufall mit Unglück oder unglücklicher Zufall.

In der siebzehnten Stunde wurde die Verhandlung abgebrochen.

Verantwortlichkeit des Kraftwagenführers für die Anwesenheit des Bremsers auf dem Anhängewagen.

Die Sorgfaltspflicht des berufsmäßigen Kraftwagenführers umfaßt auch die Sorge dafür, daß auf Anhängern von Lastkraftwagen, deren Bremse nicht vom Motorwagen aus bedient werden kann, der Bremser seinen vorgeschriebenen Platz während der Fahrt inne hat. Ereignet sich ein Unfall, der auf die Nichtbedienung der Bremse durch den abwesenden Bremser herbeigeführt wird, handelt der Kraftwagenführer fahrlässig. Dagegen fällt ihm kein Verschulden zur Last, wenn der Unfall mit der Betätigung der Bremse in keinem Zusammenhang steht. Hierzu interessiert die folgende Reichsgerichtsentscheidung.

Auf der Landstraße Tannhausen—Ackenhausen bei Braunschweig ereignete sich am 5. März 1927 ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Möbeltransport-Lastkraftwagen mit Anhänger und einem ländlichen Düngerfuhrwerk. Der Führer des Lastkraftwagens, der Chauffeur **Grupe**, wollte den mit zwei Pferden bespannten Düngerwagen des Landwirts **Bünger** überholen. Als G. nach entsprechendem Signalgeben die Straße frei sah, ist er mit 12-Kilometer-Geschwindigkeit an dem Wagen des Bünger vorbeigefahren. Dabei gerieten die Räder des Düngerwagens in den Straßengraben und stießen gleich darauf an eine über den Graben führende Brücke. Durch den Anprall scheuten die Pferde. Der Gespannführer wurde vom Wagen geschleudert und vom Anhänger des Motorwagens tödlich überfahren. Der für diesen Unfall verantwortlich gemachte Kraftwagenführer G. ist vom Landgericht **Braunschweig** wegen fahrlässiger Tötung (§ 222 StrGB.) in Tateinheit mit Uebertretungen der Kraftfahrzeugverkehrsordnung zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt worden.

Dieses Urteil hob das **Reichsgericht** auf und verwies die Sache zu neuer Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Zur Begründung führte der 3. Strafsenat des Reichsgerichts folgendes aus: Zur Verurteilung aus § 222 Str.GB. ist erforderlich, daß der Täter bei Anwendung pflichtmäßiger Aufmerksamkeit die Möglichkeit des Todes eines Menschen **voraussehen** konnte. Hierüber enthält das angefochtene Urteil keine Feststellungen. Nach der Vorschrift des § 25 Abs. 2 Kraftfahrzeugverkehrsordnung muß, falls die Bremse eines Anhängers nicht vom Führersitz des Kraftwagens aus bedient werden kann, auf dem Anhänger ein Bremser mitfahren. Hieraus ergibt sich, daß die Anwesenheit des Bremsers auf dem Anhänger nur zur Bedienung der Bremse des Anhängers erfordert wird. Nicht auch deshalb, weil dem Kraftwagenführer infolge des Mitfahrens des Anhängers die Uebersicht erschwert wird. Nun ist der Unfall nicht darauf zurückzuführen, daß durch die Abwesenheit des Bremsers die Bremse des Anhängers nicht bedient werden konnte, sondern das Landgericht meint, der Bremser hätte die näheren Umstände, die dem Unfall vorausgingen, vom Anhänger beobachten und dem Führer ein Warnungszeichen geben können, wodurch der Unfall vermieden worden wäre. Würde man den Angeklagten in dieser Weise verantwortlich machen, so würde man ihm die Voraussehbarkeit nicht nur der Unfälle zumuten, die dadurch verursacht werden, daß der Bremser seiner Zweckbestimmung entzogen wird, sondern (rechtsirrigerweise) auch aller sonstigen Unfälle, die mit der Zweckbestimmung des Bremsers in keinem Zusammenhang stehen. Schon aus diesem Grunde mußte die Aufhebung des Urteils erfolgen.

Zwei unterm Himmelszelt.

C.T.-Lichtspiele, Riebeckplatz.

Wieder einmal ist ein Roman der „Berliner Illustrierten" vom Deutschen Licht pielsyndikat verfilmt worden und — rein filmtechnisch — ausgezeichnet gelungen. Der Problematiker wird natürlich an diesem und jenem Abschnitt der Handlung dieses und jenes auszusetzen haben, über das sich das Publikum kaum Gedanken macht. Das freut sich, wenn sich die beiden Hauptakteure zuletzt doch noch gekriegt haben, und das geschieht hier mit hundertprozentiger Genauigkeit. Was **uns** an diesem Filmwerk gefallen hat, sind die schönen klaren Photographien, die entzückenden Landschaften der Riviera. Sehr erschütternd und eindrucksvoll waren die Szenen wiedergegeben, die den Abtransport der nach den überseeischen französischen Strafkolonien deportierten Verurteilten zeigen. Diese gesellschaftskritischen Aufnahmen waren wohl das kulturell wertvollste an dem ganzen Film. Das übrige bewegte sich auf dem üblichen Niveau im Reiche der oberen Zehntausend, die weder mit ihrer Zeit noch mit ihrem Geld etwas rechtes anzufangen wissen. Immerhin erhob sich der Film bisweilen sogar dazu, die Lüge und Heuchelei des „heiligen Gutes" der bürgerlichen Ehe aufzuzeigen und so etwas Schatten in die schöne Fassade des Wohllebens hineinzutragen.

Die Rollenbesetzung zeigte Namen wie Ernst **Deutsch**, Margit **Barnay**, Margarete **Schlegel**, Jaro **Fürth**, Leo **Peukert**, Trude **Hesterberg** u. a., so daß für wirkungsvolles, abgerundetes Spiel Garantie gegeben ist. Seine Zugkraft wird dieser Film auf das hallische Publikum nicht verfehlen und weiterhin zur Beliebtheit des Riebeckplatz-Theaters beitragen. — Zumal auch das **Beiprogramm** neben einer ganz tollen „Gänsehaut"-Groteske bekannter Art einen interessanten Landschaftsfilm aus Aegypten, die Opel-Wochenschau und auf der Bühne reizvolle und farbenprächtige Tanzdarbietungen einer jungen, geschmeidigen Tänzerin Lu **Renard** bringt.

-lix.

Die Spielerin.

Aufführung: Schauburg.

Ein Film aus der romantischen Spielhölle Monte Carlo, die schon manchem den Dalles, aber nur wenigen Reichtum brachte. Ein Gesellschaftsfilm ersten Ranges (man hört beinahe die Frackhemden knistern und die Flitterkleider rauschen). Da wankt einer hinaus und jagt sich eine Kugel durch seinen Schädel, und da ist eine Lady, die Spielerin, die nach anfänglichem Glück im Spiel alles verliert, und, als sie rat- und drahtlos dasteht, kommt — **Harry Liedtke** zur rechten Zeit und verlobt sich mit ihr. Dafür muß es natürlich auch eine Belohnung geben. Also: die Spielerin macht eine große Erbschaft, eine größere sogar, als man zuerst gedacht hatte. **Agnes Esterhazy** stellte die Spielerin, die von einem Manne schwer betrogen wurde, sehr interessant dar, Liedtke machte seine Sache auch gut. Die anderen Gesichter waren aber ziemlich fade. Bemerkenswert waren noch einige Spielertypen am Roulettetisch. — Im Beiprogramm sah man eine saftige Groteske mit einigen neuen, herzerfrischenden Einfällen, die Opel-Wochenschau, die an einer Stelle mit englischem Text arbeitet u. a. m.

E. H.

Immer wieder: Gas! Mit Leuchtgas schwer vergiftet aufgefunden wurde auf dem Steinweg ein lebensmüder Bäckerlehrling. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt. Die Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

Selbst die Toten haben keine Ruhe. In der vergangenen Nacht hat ein ganz besonders pfiffig sein wollender Spitze auf dem Südfriedhofe einzubrechen versucht. Mit einem Bohrer hatte er den Fensterriegel des zur ebenen Erde gelegenen Geschäftszimmers erbohrt, um den Fensterriegel freizubekommen. Er wurde gestört und verduftete unverrichteter Sache.

Saalkreis

Ammendorf. Unglücksfall, kein Freitod. Wir und andere Zeitungen hatten mitgeteilt, daß der 23jährige Kinomusiker Kurt Giesecke aus unbekannten Gründen in der Wohnung in Ammendorf Selbstmord verübt hätte. Wie jetzt bekannt wird liegt aber Unglücksfall vor. Der junge Mann hatte etwas gezecht, zuhause sich dann, um auszuruhen, aufs Sofa gesetzt und war versehentlich dem Gaskocherhahn zu nahe gekommen Das ausströmende Gas tötete dann den jungen Menschen.

Ammendorf. Gefaßte Wilderer. Es erregte schon lange den Zorn der Jagdherren, daß sogenannte Unbefugte den Freuden der Jagd heimlich oblagen. Durch eine gestern nachmittag hier plötzlich vorgenommene Haussuchung wurden Flinten, Munition und anderes Jagdgerät sowie Hasenfelle gefunden. Zwei Männer wurden bestimmt als die erkannt, auf die der Revierförster von Burgliebenau kürzlich geschossen hatte. Sie wurden natürlich in Haft genommen, denn sie sind nach Begriffen unseres Strafgesetzbuches Wilddiebe.

Osmünde. Eine Zigeunergeschichte, die höchst seltsam klingt, soll sich hier kürzlich zugetragen haben. Es wird darüber berichtet: Vor Weihnachten wurde in Berlin ein etwa 7—8 Jahre altes **Mädchen vermißt**. Alle Nachforschungen waren erfolglos. Nun hat durch Zufall die Sache ihre Aufklärung gefunden. Seit einigen Tagen ist das braune Volk der Zigeuner wieder in unsere Umgebung eingezogen. Bettelnd ging es von Haus zu Haus. Doch den Kindern, die sich um das Zigeunervolk versammelt hatten, fiel ein Mädchen besonders auf, weil sie das Fechten, wie man sagt, nicht so „weg hatte" und auch mit ihrer weißen Hautfarbe abstach. Anderen Kindern, die es befragten, sagte die Kleine, daß sie aus Berlin sei. Die Tochter des hier wohnenden Landjägers erzählte zu Hause ihrem Vater diesen Vorfall, und dieser benachrichtigte sofort die in Gröbers anwesenden Landjäger und einen Geheimpolizisten aus Halle. Das Kind wurde, als es mit einem Zigeunerkind betteln ging, verhört, und dabei stellte sich tatsächlich heraus, daß es das verschwundene Mädchen aus Berlin ist. Die Zigeuner wurden sofort in Haft genommen und die Eltern des Kindes benachrichtigt, daß sie ihren verschwundenen Liebling wieder abholen können. Sofort angestellte Ermittelungen ergaben, daß das blaß aussehende Zigeunerkind nicht die vermißte Elli Rein sei ist. Die Zigeuner konnten schließlich durch Geburtsschein einwandfrei nachweisen, daß das hellfarbene kleine Mädchen ein echtes Zigeunerkind ist, wenigstens von der Mutter her. Ueber den Vater fanden sich keine Angaben Aber darauf kam es ja auch in diesem Falle nicht an.

Könnern. Verhaftet. Nach Unterschlagungen bei der Stadtkasse floh kürzlich der Registrator **Schöne** und gab ein letztes Lebenszeichen von Eisenach. Der Flüchtling konnte jetzt bei München verhaftet werden.

Merseburg-Querfurt

Merseburg (Stadt)

Pfarrer Bleier in Merseburg.

Die Ortsgruppe Merseburg der Deutschen Friedensgesellschaft hatte den Pfarrer **Bleier** zu einem Vortrag über das Thema „**Krieg und Religion**" gewonnen. Vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft zeigte der wegen seiner Ueberzeugung viel angefeindete und geachtete Redner, **wie unvereinbar Krieg und Religion sind**, und wie ungeheuerlich gerade im verflossenen Kriege von den Verkündern der christlichen Lehre derselben Gewalt angetan worden ist. Diese haben den Krieg als den Willen Gottes jahrelang hingestellt, das Völkermorden als eine herrliche Tat hingestellt, die Waffen gesegnet und selbst den Völkerhaß als heiligen Haß gepredigt. Daß da von der christlichen Religion und von christlichem Handeln nichts mehr übriggeblieben ist, ist nicht zu verwundern. Wenn nun die Verfechter des Krieges im Priesterrock wenigstens daraus gelernt hätten. Statt dessen **geht die Kriegsverherrlichung unentwegt weiter**, und es wird noch langer und zäher Arbeit bedürfen, ehe sich wahre Religion, wahre Gerechtigkeit und wahre Liebe durchgesetzt haben, so daß ein Krieg nicht mehr möglich ist. Daß der nächste Kriegswahnsinn die ganze Welt in eine Wüste verwandeln muß, dürfte ja nun so ziemlich vielen klar sein, und schon deshalb sind die Bestrebungen gegen denselben tatkräftigst zu unterstützen.

Den eingeladenen **Merseburger Geistlichen** müßte dies als Vertretern der christlichen Lehre eigentlich auch klar sein; sie **hatten vorgezogen, nicht zu erscheinen**, und eine lendenlahme ölige Ablehnung der Einladung geschickt. Dafür werden sie aber nach wie vor **die nächste Stahlhelmfahne segnen** und zur Gründungsfeier **des** Reiches gehen, das seine Kinder gerade durch den letzten Krieg in so namenloses Elend gebracht hat, unter Mißachtung der Religion. Einen Vertreter hatten die freundlichst ferngebliebenen Geistlichen in Herrn **Steindorf**, der nicht nur sich, sondern auch die, die er schützen wollte, der Lächerlichkeit preisgab, indem ihm gleich der nächste Redner seine doppelte Moral derart bescheinigte, daß ihm die Sprache wegblieb. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, dann wäre dieser Steindorf schon lange verschwunden; aber so wird er nach wie vor weiter in **alles** hineinreden, von dem er genau so wenig versteht wie vom Knappschaftsgesetz, über das er immer das schreibt, was ihm die Grubenverwaltung „nur im Interesse der lieben Bergarbeiter" erlaubt. Na, Glück auf!

Die übrigen Debatteredner bewegten sich aber auf einer höheren Linie, ein Beweis, daß auch in Merseburg die Bewegung gegen den Krieg Boden gewinnt und schon gewonnen hat, was alle merken, nur der größte Teil der vermeintlichen christlichen Pfarrer nicht. Aber auch sie werden die Bewegung nicht aufhalten. Der Kampf gegen den Krieg marschiert!

Arbeiterdichterabend des Kulturkartells.

Max Barthel liest aus eigenen Werken. — Johannes Schönherr spricht über proletarische Dichtung.

Max Barthel ist der Arbeiterschaft und auch dem Bürgertum kein Unbekannter. In der Arbeiterpresse sind oft kleinere oder größere Werke von ihm zu finden. Den Mitgliedern der proletarischen Buchgemeinschaften „Der Bücherkreis" und „Büchergilde Gutenberg" ist Max Barthel durch seine Werke „Der Mensch am Kreuz", „Der Putsch", „Das Spiel mit der Puppe", „Deutschland, Licht- und Schattenbilder einer Reise", „Botschaft und Befehl" bestens bekannt. Max Barthel ist einer der ersten Männer des Volkes, deren Dichtungen Widerhall in der bürgerlichen Literatur fanden. Sein Werdegang ist ganz aus der Tiefe des Proletariats zur Höhe. Laufbursche, Holzarbeiter, Fahrstuhlführer, Adressenschreiber, Markthelfer, Ziegelarbeiter, Kammschleifer, Obstpflücker, Lumpenhändler, Anstreicher und Landstreicher sind die Etappen in seinem Aufstieg. Der Krieg, die russische Revolution, Menschen der Arbeit und seine großen Wanderungen haben den Geist des Dichters geweitet. 1893 wurde er als Sohn eines Maurers bzw. Baumeisters zu Loschwitz bei Dresden geboren.

Der zweite Dichter, der an diesem Abend das Wort erhält, ist Johannes **Schönherr**, Lektor. Die Qual der Mietkasernen, der gehässige Kleinkrieg, in dem sich Menschen der Armut gegenseitig peinigen, die Ohnmacht und Demut der zu Boden Niedergeschlagenen bilden das Milieu seiner Jugend. Sein erstes Prosawerk „Befreiung, Geschichte eines jungen Menschen", erschien in der „Büchergilde Gutenberg" mit großem Erfolg. Den Wahnsinn des Weltkriegs, des Völkermordens, schildert er meisterhaft in seinem Versbuch „Herz der Zeit". Anfänglich für den Lehrerberuf bestimmt, ist er jetzt der stellvertretende Leiter der „Büchergilde Gutenberg".

Jeder Arbeiter sollte es sich nicht nehmen lassen, diese beiden Dichter und Schilderer ihrer Leiden zu hören. Eintrittskarten für diesen Abend, der am **28. Januar**, abends 7½ Uhr, im oberen Saal des „Herzog Christian" stattfindet, sind zum Preise von 50 Pf bei P. Kämpf, Seffnerstraße 4, und bei den Vorständen der dem Kulturkartell angeschlossenen Vereine zu haben.

Wie entsteht ein Druckbuchstabe? Ueber dieses Thema läßt die hiesige rührige Ortsgruppe des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker am kommenden Sonnabend, dem 21. Januar, im „Herzog Christian" einen Filmvortrag halten. Vortragender ist Herr **Wagener**, Vertreter der Bauerschen Gießerei in Leipzig.

Schüleranmeldungen. Meldungen von Knaben für die Knabenklasse VI und von Mädchen für die Mädchenklasse VI der Mittelschule werden am 30. und 31. Januar von 10 bis 13 Uhr im Rektorzimmer angenommen. Die Schüler und Schülerinnen müssen die Grundschule vier Jahre besucht haben. — Anmeldungen von Schülerinnen für die Sexta des Oberlyzeums in E. u Ostern 1928 werden am 21., 23. und 24. Januar in der Zeit von 12 bis 13 Uhr im Amtszimmer des Direktors, Pestalozzistr. 1, entgegengenommen

Mieterverein Merseburg. Die Mitglieder der Merseburger Mieterorganisation werden auf die ordentliche Generalversammlung hingewiesen. Neben Erledigung wichtiger Mieterangelegenheiten finden die Neuwahlen statt. Versammlungslokal „Tivoli"; Beginn 8 Uhr abends.

Stadtverordnetensitzung in Schkeuditz.

Die erste Sitzung im neuen Jahre artete durch Agitationsreden der KPD. und durch das Betragen des Ulkmachers Alfred Müller (Ordnungsblock) zu einer Dauersitzung aus. Die Tribüne war überfüllt. Der Vorsteher Genosse **Schulze** würdigte in längeren Ausführungen alle zur Ausführung gelangten größeren und wichtigen Projekte. Hauptsächlich viel Kommissionsarbeit war zu erledigen, um alles in richtige Bahnen zu leiten.

Als erster **Vorsteher** wurde mit den drei Stimmen der KPD. der Genosse **Schulze** mit 10 Stimmen **wiedergewählt**. Der Stadtverordnete **Herrmann** (Ordnungsblock) erhielt neun Stimmen. Mit diesen neun Stimmen wurde er zum zweiten Vorsteher gewählt. Als Schriftführer wurde die Stadtverordnete **Beyer** (KPD.) mit 11 Stimmen gewählt. Ein Ordnungsblockler hat ihr seine Stimme gegeben. Als Protokollführer wurde mit allen 19 Stimmen der Stadtsekretär **Roland** gewählt und zugleich vom Bürgermeister verpflichtet. Sämtliche Kommissionen behalten in der Hauptsache ihre Zusammensetzung.

Der Genosse **Petzold** hatte in einer der letzten Sitzungen beantragt, den **Licht- und Kraftstrompreis** um zirka 11 Prozent zu senken. Diese Senkung um 11 Prozent war gleichbedeutend mit der Summe, welche der Ordnungsblock aus den Kassen der städtischen Werke zur Senkung der Realsteuern verwenden wollte. Durch den abschnittweisen Umbau aus Gleichstrom zu Drehstrom entstehen alljährlich große Kosten. Bis zur Erledigung dieses Umbaues soll von einer Herabsetzung der Strompreise abgesehen werden.

Eine vorliegende Ortssatzung für die **Berufsschule** wurde zwecks Abänderung dem Magistrat zurückgegeben.

Der Uebernahme von **Bürgschaften** für die zweiten Hypotheken bezüglich der Neubauten der Siedler an der Glesiener Straße und Anlegung eines Bürgschaftssicherungsfonds wurde einstimmig zugestimmt.

In den **Sparkassenvorstand** wurden der Stadtverordnete **Becker** und der Genosse **Petzold** gewählt.

Durch die Neuregelung der Dienstbezüge der Staatsbeamten macht sich die Aufstellung einer neuen **Besoldungsordnung** für die städtischen Beamten und Angestellten notwendig. Der Genosse **Böhme** als Referent schlug vor, die vorliegende Vorlage, wonach der Stadtverordnetenversammlung nach Aufstellung durch Magistrat und Finanzkommission nur Kenntnis gegeben werden soll, abzulehnen. Zur Annahme empfahl er einen Antrag der Beamten und Angestellten, wonach in Gemeinschaft mit der Vertretung des freien Beamtenbundes der Magistrat und die Finanzkommission die Besoldungsordnung aufstellen und die Stadtverordnetenversammlung endgültig beschließt. Diesem Antrage wurde einstimmig zugestimmt.

Das **Wohnungsbauprogramm**, vertreten durch den Genossen **Oelsner**, brachte eine lange, zum Teil sehr erregte Aussprache hervor. Im ganzen sollen in diesem Jahre 34 neue Zwei- und Dreizimmerwohnungen gebaut werden. Durch die Gestaltung der Baumaterialpreise, die Herabsetzung der Hauszinssteuerhypotheken auf 3000 Mk. und den hohen Zinsfuß für die zweiten Hypotheken werden die Mieten sehr hoch. Sie schwanken zwischen 500 und 900 Mk. Aller Voraussicht nach werden sich aber die Mietpreise durch besondere Umstände bedeutend senken lassen, z. B. durch Nichtinrechnungstellung der Bauplätze, Erhöhung der Hauszinssteuerhypotheken, Herabsetzung des Zinsfußes und dergleichen mehr. Der Referent sowie seine Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß unter allen Umständen gebaut werden muß. Die große Wohnungsnot und der Arbeitsmarkt erfordern derartige Maßnahmen dringend. **Schubert** und **Rüdiger** (KPD.) schwadronierten das unsinnigste Zeug. Die SPD. und deren Führer seien auch an der Gestaltung der Preise auf dem Baumarkt schuld. Schubert fordert behelfsmäßige Bauten (Baracken), die aber von unseren Genossen entschieden abgelehnt werden. Auch der ärmste Arbeiter hat ein Anrecht auf eine menschenwürdige Wohnung. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der Bau der 34 Wohnungen, die nahezu 300 000 Mk. Baukosten verursachen, in eigener Regie beschlossen.

Acht Dringlichkeitsanträge waren noch zu erledigen.

Der Stadtverordnete **Schaefer** berichtete über den Ankauf eines **Motorspritzenzuges**. Der Kostenpunkt beträgt einschließlich der Schläuche 34 000 Mk. Durch Anbau am Feuerwehrdepot und durch Schaffung zweier Wohnungen für die Bedienungsmannschaften erhöht sich diese Summe auf 69 000 Mk. Wesentliche Beihilfen stehen zur Verfügung. Einstimmig wurde die Anschaffung beschlossen.

Die Fraktion der SPD. ersuchte den Magistrat, baldigst eine Vorlage den Stadtverordneten zu unterbreiten, die die Errichtung von Brause- und Wannenbädern im alten Wasserwerk vorsieht. Schkeuditz hat überhaupt (außer den reichen Leuten) keine Badegelegenheit. Hier schnellstens Abhilfe zu schaffen ist ein Gebot der Stunde.

Die meisten übrigen Anträge der KPD. hatten durch getroffene Maßnahmen ihre Erledigung gefunden.

Querfurt. Eingemeindung. Die Gemeindevertreter in Thaldorf haben einstimmig beschlossen, die Eingemeindung nach Querfurt zu beantragen. Die Querfurter Stadtverordneten werden darüber in ihrer nächsten Sitzung ebenfalls Beschluß fassen.

Naumburg. Lebensgefährlich verbrannt. Der vierjährige M. aus der Salzstraße hier, Sohn eines Leunaarbeiters, der sich mit seinem Brüderchen allein in der Stube befand, zog sich beim Versuche, aus dem Ofen gefallene glühende Kohlen, durch die die Dielen in Brand gerieten, durch Austreten unschädlich zu machen, schwere Brandwunden an den Beinen und am Unterkörper zu. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik G. Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend Felix Habicht, für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Druck und Verlag: Hallesche Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Halle, Große Märkerstr. 6/7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0006

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen (Stadt)

Kirchenbettel durch Kinderhilfe.

Besondere pädagogische Fähigkeiten scheint der Pastor Gudalke nicht zu besitzen, denn sonst würde er Kinder nicht zum Betteln und damit zur Gefährdung ihrer Charaktereigenschaften anhalten. Sangerhausen hat nach eifrigem Betteln und Sammeln das das Stadtpanorama beherrschende „Mutterhaus" bauen sehen; ein Stützpunkt des Glaubens soll es in dieser Zeit der Gottlosigkeit sein. Stadt, Kreis und Provinz haben erhebliche Summen, meist durch den Namen „Mutterhaus", dazu bewogen, hergegeben, und heute dient dieses Haus der Kulturreaktion. Keine öffentliche Körperschaft hat irgend ein Kontrollrecht. Nun ist der Hauptsammler, der oben erwähnte Pfarrer, nicht seinem Wunsche entsprechend Anstaltspfarrer geworden, um so mehr Ursache für ihn, beim Aufbau eines zweiten Kirchenwerbungsinstituts alle agitatorischen Register zu ziehen. Wir meinen den „Morungshof". Seit längerer Zeit bettelt der geschäftstüchtige Seelenhirt im Kreise umher, und ihm zur Seite stehen 50 freiwillige Ortsfeuerwehren, weil der Herr Pfarrer Wehrkamerad ist. (Es wäre vielleicht angebracht, in Orten mit linken Mehrheiten mit den Wehren einmal Fraktur zu reden.) Neuerdings fordert Gudalke sogar alle Kinder auf, sich dauernd von allen Erwachsenen die Kupfermünzen zu erbetteln, um sie dann gesammelt an ihn zu senden. Wir sind überzeugt, daß dieser sonderbare Kindererzieher, wenn ihm durch ein Schulgesetz die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in der Schule übertragen würde, er auch dort die Kinder zum Betteln anhalten würde. Für die Arbeiterschaft ist aber ein Beispiel gegeben, wie viele Wenig ein Viel machen. Sie wird bei der Stärkung des sozialdemokratischen Wahlfonds danach handeln.

Nehmen ist seliger denn Geben!

Aus Artern wird uns geschrieben:

In einer am 6. Januar abgehaltenen Belegschaftsversammlung des Louisenwerkes (Tonindustrie) in Voigtstedt wurde durch den Betriebsrat ein Vorschlag der Direktion an die Belegschaft übermittelt, und zwar handelte es sich um Beibehaltung des Neunstundentages, mit der Gewährung einer kleinen Lohnzulage, deren Höhe nicht genannt wurde. Trotzdem vor kurzem erst ein Teil der Arbeiter entlassen wurde, wurde dieses Ansinnen auf Arbeitszeitverlängerung von der Direktion gestellt. Die Belegschaft glaubte, in Anbetracht der Verhältnisse dieser Bitte zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß eine Lohnaufbesserung um 10 Prozent erfolge, und zwar für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März, bei weiteren eine abermalige zehnprozentige Erhöhung für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni. Da der jetzige Stundenlohn 53 Pf. beträgt, war das gewiß eine bescheidene Forderung. Trotzdem wurde dieser Gegenvorschlag der Belegschaft von der Direktion abgelehnt, mit dem Bemerken, er sei für das Werk unrentabel. Sofort erschien eine Bekanntmachung, welche besagte, daß ab Montag, den 9. Januar 1928, die Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags mit einer Pause von zwei Stunden festgesetzt sei, also wie bisher acht Stunden.

*

Der Fall ist interessant. Zuerst glaubt die Direktion, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig sei, trotzdem sie kurz vorher Arbeiter entlassen hat. Leider ging die Arbeiterschaft darauf ein, weil sie wohl glaubte, nur auf diesem Wege ihren Elendslohn erhöhen zu können. Der Weg ist aber — wie immer falsch. Die Praxis hat bewiesen, daß bei längerer Arbeitszeit der Lohn immer mehr gedrückt wird. Die Arbeiterschaft sollte sich restlos gewerkschaftlich organisieren, dann werden auch die Arbeitsbedingungen für sie besser gestaltet. Wenn die Arbeiterschaft allerdings nach dem servilen Geschreibsel eines „Ruch-Arbeiters" in der „Arterner Zeitung" vom 16. Januar handelt, dann mag sie sehen, wie weit sie damit kommt. Diese gelben Vogelchen sind den Arbeitgebern natürlich immer sehr willkommen, weil sie sich stets ihren Wünschen fügen. Wer sie aber kennengelernt hat, geht ihnen im Bogen aus dem Wege, denn Klassenbewußtsein und Solidarität kennen diese Leute nicht. Dafür genießen sie auch die allgemeine Verachtung der Arbeiterschaft. Red. „V."

Bornstedt. So eine Schweinerei. Ein auswärtiger Fleischer hatte das Pech, auf der Straße von Holdenstedt kurz vor dem Dorfe zwei fette Schweine zu verlieren. Zwei junge Burschen aus Bornstedt machten den Fleischer darauf aufmerksam, fingen die Schweine auf den aufgewichten Aeckern ein und erhielten die fürstliche Belohnung von — 50 Pfennig.

Mansfelder Kreise

Eisleben

Dem Andenken Ferdinand Reißers.

Ueber Ferdinand Reißer, dessen Tod in allen Kreisen schmerzlich empfunden wird, werden uns noch nachstehende Zeilen geschrieben:

Was den Verstorbenen in der breiten Masse der heimatlichen Bevölkerung ein Denkmal setzt, war sein vorbildliches Streben, die Werke der großen Meister aus dem Reiche der Töne dem Volke zugänglich zu machen, ihre Uebermittlung nicht nur als ein Vorrecht der „Gebildeten" anzusehen. Mehr als einmal, ja vielfach, ist Reißer unter großen persönlichen Opfern und ausnahmslos in uneigennütziger Weise diesem seinem Charakterzug gefolgt und hat sich damit eine gewisse Volkstümlichkeit erworben. Er gehörte zu jenen, die trotz der Ueberlegenheit durch hervorragende künstlerische Fähigkeiten die Verbindung mit dem Mutterboden nicht verloren und wie mancher Künstler freiheitlich dachten und handelten, der auch als Mensch die Not des Volkes auch dann noch zu lindern versuchte, als er selbst nicht auf Rosen gebettet war. Reißer war ein Künstler von Ruf, ein Dirigent von glänzender Begabung, der seinen Ruhm erntete in allen großen Konzertstädten des Reiches und auch des Auslandes. Die Kritik sprach sich in seiner Glanzzeit begeistert über ihn aus.

Seine Heimatstadt Eisleben verdankt ihm viel, wenn es auch nach unserer Meinung in den maßgebenden Kreisen nicht immer anerkannt wurde. Reißer war jedenfalls eine musikalische Größe und beschritt künstlerische Höhen, die in Eisleben trotz aller rühmenswerten Bestrebungen und trotz erfolgreichem Wirkens erst noch erstiegen werden müßten. Lediglich seinem Ruf in Künstlerkreisen und keinem anderen Umstand ist es zu danken, daß große Meister wie Burmeester und andere, um nur einen Namen von Weltruf zu nennen, nach Eisleben kamen und vor einem begeisterten Publikum ihre Kunst boten. Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an die Volkskonzerte des Arbeiterbildungsausschusses in Eisleben, die Tausende von Besuchern aufwiesen und von Reißer dirigiert wurden.

In den letzten Jahren hat der Verstorbene versucht, das Musikleben Eislebens auf breiter Basis einer beachtlichen Entwicklung zuzuführen. Seine Mission scheiterte an den Verhältnissen und an den Widerständen, die wir an der Bahre des Toten nicht erforschen wollen. Es konnte bei gutem Willen manches auch in musikalischer Hinsicht für die Lutherstadt besser stehen. Dem Toten, der einfachen Kreisen entstammt, durch Selbstbildung und Talent sich seine Geltung als Künstler schuf, danken wir für das Bestreben, dem Volke mit seiner Kunst zu dienen, auch über das Grab hinaus. Sein schweres Ohrenleiden, das ihm die letzte Zeit seines Lebens vergällte, setzte dem Wirken eines Mannes ein Ziel, von dem die Heimatstadt noch Wertvolles erwarten durfte.

*

Die Beerdigung des städtischen Musikdirektors Reißer findet morgen, Sonnabend, nachmittag 1/3 Uhr von der Friedhofskapelle in Eisleben aus statt.

Das Großlautsprecher-Auto der Siemens & Halske-AG. hielt in den gestrigen Mittagstunden ein verstärktes Grammophonkonzert, vom Auto aus veranstaltet, auf dem Marktplatz in Eisleben vor zahlreich versammeltem Publikum ab. Bei vielen Zuhörern war die Enttäuschung reichlich groß, weil die Darbietungen mit den Ankündigungen in der „Eisleber Zeitung", wonach der Riesenlautsprecher 4 bis 8 Kilometer weit zu hören sein würde, nicht in Einklang zu bringen waren. Es war eben gerade auf dem Marktplatz zu hören, und die da glaubten, in der Bannmeile von 4 Kilometer Konzertgenüsse vernehmen zu können, mußten enttäuscht die Fenster schließen.

Der Kleinkaliber-Schützenverein Republik nimmt am Sonntagnachmittag 2 Uhr sein Uebungs- und Preisschießen wieder auf.

Leutzschenthal Jugendfeier. Am Sonntag, dem 1. April, findet die Jugendfeier des Verbandes der Freidenker der Feuerbestattung in Leutzschenthal, Gasthof „Zum Würdenhof", statt. Der Vorbereitungsunterricht beginnt Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, in Gisdorf im „Deutschen Haus" und geht dann laufend jeden Sonntag. Auch die Kinder, die nächstes Jahr die Schule verlassen, können am Unterricht in diesem Jahre mit teilnehmen.

Gerbstedt. Republikaner heraus! In der am kommenden Sonntag im „Schützenhaus" stattfindenden Mitgliederversammlung wird Landrat Genosse Dr. Fitzner Gelegenheit nehmen, einen Vortrag zu halten. Reichsbannerkameraden und Republikaner haben Zutritt. (Siehe Vereinskalender!)

Helfta. Jugendweihe. Anmeldungen zur Jugendweihe aus den Ortschaften Helfta, Unterrißdorf und Bischofsroda nehmen bis 20. Januar entgegen die Genossen Fr. Kleber, Helfta, Gartenstraße 27, Herm. Hönniger, Konsum. Unkosten entstehen nicht.

In der eigenen Schlinge gefangen

Die KPD. stellt Anträge, die sie selbst noch nicht als geklärt betrachtet -- Sie stimmt aber trotzdem für deren Annahme

In unserm gestrigen Bericht über den Kreistag des Mansfelder Seekreises haben wir schon kurz über die von der KPD.-Fraktion gestellten Agitationsanträge berichtet. Wir lassen nun die Behandlung dieser Anträge, die, wie berichtet, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt wurden, nachstehend folgen.

Punkt 11: Antrag der kommunistischen Kreistagsmitglieder betreffend

Siedlungsgesellschaft „Mansfelder Land"

lautet folgendermaßen:

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Der Kreis tritt aus dem Verband der Siedlungsgesellschaft „Mansfelder Land" mit dem 31. März 1928 aus.
2. Alle Gelder der Hauszinssteuermittel des Kreisaufkommens werden, soweit sie bisher der Siedlungsgesellschaft „Mansfelder Land" zur Verfügung gestellt sind, entsprechend den erlassenen Richtlinien restlos für vom Kreis zu betreuende Bauvorhaben ausgegeben.
3. Die aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds von der Regierung zu Merseburg zur Verfügung gestellten Gelder werden gleichfalls nur noch wie zu 2 verwendet.
4. Um die zu 1 und 3 notwendigen sachlichen Arbeiten durchführen zu können, wird der Verwaltungsapparat des Kreishochbauamts unter weitgehendster Berücksichtigung der jetzigen Arbeitskräfte entsprechend vergrößert.

Landrat Dr. Fitzner führte dazu folgendes aus: Wenn ich auch zugebe, daß unter der alten Leitung der Siedlungsgesellschaft „Mansfelder Land" nicht alles so gewesen ist, wie es sein mußte, so bitte ich doch den Antrag der kommunistischen Partei abzulehnen. Die alte Leitung der Siedlungsgesellschaft ist von mir entfernt und der neuen, von der ich den besten Eindruck habe, muß Gelegenheit zur Beseitigung der behaupteten Uebelstände gegeben werden. Mit der Annahme des kommunistischen Antrages würde die Siedlung „Mansfelder Land" zusammenbrechen und

die Beseitigung der Wohnungsnot im Mansfelder Seekreis zur Unmöglichkeit werden.

Es ist unmöglich, daß die Tätigkeit der Siedlung „Mansfelder Land" vom Kreishochbauamt übernommen werden kann. Der staatliche Ausgleichsfonds gibt die zur Bautätigkeit im Kreise notwendigen Gelder aus der Hauszinssteuer an die Siedlung „Mansfelder Land" und kann in seinen Entschließungen von uns nicht beeinflußt werden. Bricht die Siedlung infolge der Annahme des kommunistischen Antrages zusammen, so

besteht die große Gefahr, daß die Gelder in Höhe von 200 000 Mk. jährlich der Mitteldeutschen Heimstätte überwiesen werden und dadurch dem Kreise zum Schaden seiner Einwohner verloren gehen.

Mit einer Ueberwachung der Tätigkeit der Siedlung „Mansfelder Land" bin ich gern einverstanden und verspreche in diesem Sinne tätig zu sein.

Abg. Otto König begründete den kommunistischen Antrag in längeren Ausführungen und warf der Siedlung „Mansfelder Land" Uebervorteilung der Siedler und Betrug vor.

Nachdem der jetzige Leiter der Siedlung „Mansfelder Land", Baumeister Schoof, in längeren Ausführungen zu den Behauptungen Königs Stellung genommen, kleine Differenzen mit den Siedlern zugegeben, im allgemeinen aber die Behauptungen Königs zurückgewiesen hatte, erklärte der Kreisbaumeister Sauerbier als Sachverständiger, daß er bei den ihm vorgelegenen Berechnungen der Siedlung „Mansfelder Land" nennenswerte Ueberschreitungen der üblichen Sätze nicht gefunden habe.

Abg. Wendenburg (Volksblock) lehnte den kommunistischen Antrag ab und bezeichnet ihn als Agitationsantrag.

Abg. Scholz (SPD.) erklärte, er wundere sich über das Vorgehen der kommunistischen Partei, sie hat entgegen der SPD.

die Siedlung „Mansfelder Land" immer verteidigt und heute verleugnet sie ihr eigenes Kind.

Ihr Vorgehen sei nur im Hinblick auf die kommenden Kreistagswahlen zu verstehen.

Abg. Böttge (SPD.) reichte, da die Angelegenheit durch den Kreistag nicht erschöpfend geprüft und erledigt werden könne, folgenden Antrag ein:

„Der Kreistag wolle beschließen, den Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses zu bitten, anläßlich des Herbstkreistages die Möglichkeit zu geben zur eingehenden Aussprache über die Siedlungsgesellschaft „Mansfelder Land". Die Unterzeichneten beantragen weiter, die

Einsetzung einer Untersuchungskommission,

die die gegen die Siedlungsgesellschaft erhobenen Beschwerden zu prüfen hat, und die dem Herbstkreistag Bericht erstattet."

Nachdem der kommunistische Antrag abgelehnt war, erfolgte einstimmige Annahme des Antrages der Sozialdemokratischen Partei. In die Prüfungskommission wurden für die SPD. der Abg. Scholz, für die KPD. Otto König und für den Volksblock ein von ihm noch zu bezeichnender Abgeordneter gewählt.

Ein weiterer Antrag der kommunistischen Kreistagsmitglieder lautete:

„Der Kreistag wolle beschließen:

Da bei der diesjährigen Hauszinssteuerverteilung aus Mangel an Mitteln Anträge von insgesamt ca. 400 000 Mk. zurückgewiesen werden mußten, beantragen wir, um diesen Anträgen stattgeben zu können, eine Anleihe von 400 000 aufzunehmen.

Die bisher gewährten Hauszinssteuerdarlehen werden mit 8 Prozent verzinst und mit 1 Prozent amortisiert. Wir beantragen, die aus Mitteln der aufzunehmenden Anleihe gewährten Darlehen zu den gleichen Bedingungen zu vergeben.

Da die Anleihe zu einem höheren Zinssatz dann 4 Prozent verzinst werden wird, beantragen wir, das fehlende Zinsaufkommen aus dem Hauszinssteuer-Zinsfonds aufzubringen."

Landrat Dr. Fitzner führte dazu aus: Die Annahme des kommunistischen Antrages ist unmöglich. Da die Steuerkraft der Einwohner des Kreises bis zum äußersten angespannt ist,

müßten die Gelder dem Wohlfahrtsetat entzogen und die Ausgaben für die sozialen Ausgaben des Kreises verringert werden.

Wenn der mit dem Antrag erstrebte Zweck erreicht werden soll, müssen für mindestens fünf Jahre, also fünfmal 400 000 Mk. = 2 000 000 Mk. bewilligt werden. Eine solche Belastung kann aber vom Kreise nicht getragen werden. Der Zinssatz für Anleihen beträgt zurzeit 10 Prozent, die Zinsverbilligung aus dem Hauszinssteuer-Zinsfonds kann nur für Hypotheken, die als Ausgleich für die verringerten Hauszinssteuermittel aufgenommen sind, durchgeführt werden. Abs. 4 des Antrages ist deshalb ungesetzlich. Der Zinssatz von 10 Prozent müßte vom Kreise voll getragen werden.

Abg. Wendenburg sprach sich gegen den kommunistischen Antrag aus und bezeichnete ihn als Agitationsantrag.

Abg. Böttge (SPD.) beantragte:

„Der Kreistag wolle beschließen, den Antrag der kommunistischen Partei dem Kreisausschuß als Material zu überweisen."

Wie sehr die Kommunisten selbst von der Undurchführbarkeit ihrer Anträge überzeugt sind, und daß sie

nur wegen der kommenden Kreistagswahlen gestellt wurden,

zeigen folgende Ausführungen des Abgeordneten König vor der Abstimmung. Abg. König: „Ich beantrage zuerst über unseren Antrag abstimmen zu lassen. Wenn über den Antrag Böttge zuerst abgestimmt wird, fällt unser Antrag, und dann wird behauptet, wir hätten ihn fallen lassen. **Wir müssen aber für den Antrag Böttge stimmen, da wir einsehen, daß eine nochmalige Prüfung notwendig ist."**

Da die Mehrheit des Kreistages jedoch nicht gewillt war, die Kommunisten aus der selbstgefertigten Schlinge zu befreien, wurde über den Antrag Böttge abgestimmt und die **Kommunisten stimmten trotz zugegebener Notwendigkeit näherer Prüfung dagegen.**

Die Tagesordnung des Kreistages war nach diesem Intermezzo erledigt.

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Der Stahlhelm und die künftigen Wahlen.

Nachdem die Deutschnationalen den Anfang mit der Vorbereitung ihrer Wähler zum Wahlkampf gemacht haben, ist ihnen der Stahlhelm in seiner Jahreshauptversammlung gefolgt. Eine lange Entschließung ist angenommen worden, die recht aufschlußreich ist. Darin steht, daß jedem politisch denkenden Menschen heute der Angriff der internationalen Mächte sichtbar sei gegen die Wehrmacht, das unbestreitbare deutsche Recht, die deutsche Landwirtschaft, den gewerblichen Mittelstand und die nationale Beamtenschaft. Liest man die Begründung zu diesen Feststellungen, faßt man sich an den Kopf und fragt sich, wie weit man innerhalb der Stahlhelmmitgliedschaft es mit politisch denkenden Menschen zu tun hat. Da wird als Angriff auf die Wehrmacht gerechnet: die Demütigung der Reichswehr in der Flaggenfrage. Gemeint ist der bekannte Erlaß Geßlers, daß neben der Kriegsflagge auch Schwarz-Rot-Gold zu hissen sei. Der Erlaß besteht noch und die „nationalen" Minister haben seine Aufhebung nicht beschlossen. Dem Stahlhelm scheint es aber richtig zu sein, wenn die Wehrmacht eines Staates die Farben dieses Staates mißachtet, sonst könnte er in dem Verbot keinen Angriff auf die Wehrmacht sehen. Den erblickt er auch in den Vorgängen bei der Ausreise des Kreuzers „Berlin". Phärysechnlich will er damit zum Ausdruck bringen, daß es besser gewesen wäre, den Kapitän Zolke zu entlassen, anstatt ihn zu befördern. Oder sollte er es anders meinen? — Angriff auf das Recht, was meint er damit? Der Einfluß politischer Hetze mache das heilige deutsche Recht zur Waffe gegen jede nationale Regierung. Wenn er die Freisprüche oder milden Urteile gegen „nationale" Angeklagte im Auge hat, stimmen wir ihm zu. Denn auch wir sind Feind jeder „Rechtsprechung". — Er redet weiter von finnloser Wucher-, Steuer- und Zollpolitik. Wer macht denn die entsprechenden Gesetze? Doch wohl Leute, die seiner Anschauung sehr nahe stehen. Oder sollte es uns entgangen sein, daß die Regierung des Besitzbürgerblocks beseitigt, die bürgerliche Mehrheit des Reichstages gebrochen ist? — Disziplinare Maßnahmen gegen Beamte, die ihre innere nationale Ueberzeugung offenbarten, sollen häufig vorkommen. Meint der Stahlhelm die Entlassung des Republikaners Brecht durch den Herrn v. Kerdell und die Beförderung des Bruders desselben Ministers zu einem hohen Staatsbeamten? Oder meint er die Anerkennung der Pensionsansprüche der Kapp-Rebellen Ehrhardt und Lüttwitz? Wen meint er aber wohl mit den „verkalkten Parlamentariern mit Knochenweiche, bei denen das Herz nicht am rechten Fleck, sondern in den Hosen sitzt"? Doch nicht etwa die deutschnationale Partei und ihre Minister, die das Reichsregiment jetzt so herrlich führen. Wir müssen gestehen, uns wird von der Menge des Fragwürdigen, die die Entschließung des Stahlhelms enthält, so dumm, als ging uns ein Mühlrad im Kopfe herum.

Auch mit der Kommunalpolitik hat sich die Versammlung beschäftigt. Dadurch steigt einem erst wieder ins Bewußtsein, daß sechs Stahlhelmgrößen im Stadtparlament sitzen, von deren Tätigkeit sonst nichts zu spüren ist. Die Bürgermeisterwahl ist es, die den Stahlhelm bewegt. Zwar will er zu dieser Frage weder „in befürwortender oder ablehnender Weise Stellung nehmen". Er malt aber der bürgerlichen Fraktion das Wunschbild eines Ersten Bürgermeisters, so wie er ihn sich vorstellt. Die dienstliche Eignung müsse im Vordergrund stehen, Delitzschs zukünftige Industrialisierung ins Auge gefaßt werden und deshalb der Bürgermeister ein Repräsentant (welch unteutsches Wort) und eine Persönlichkeit sein. Er müsse sich Ansehen verschaffen können innerhalb der Gemeinde und nach außen hin den Behörden gegenüber. Dies alles bittet der Stahlhelm die bürgerlichen Stadtverordneten zu beachten. (Früher forderte er, er ist also schon bescheidener geworden.) Der Herr Bürgermeister mag sich dies Bild eingehend betrachten und überlegen, wieweit er nach eigener Auffassung ihm entspricht. Unsere Fraktion wird es sich nicht nehmen lassen, etwaige Kandidaten der „vaterländischen Gemeinschaftsliste" mit demselben Maße zu messen.

Delitzscher Gerichtsbilder.

Wegen Unterschlagung hatte sich vor dem Einzelrichter die früher in Mocherwitz ansässige Ilse H. zu verantworten. Sie hatte bei der Firma Willibald Müller ein Fahrrad bei einer Anzahlung von 45 Mk. gekauft, wobei sich dieser das Eigentumsrecht bis zur Bezahlung der Schuld vorbehielt. Trotzdem verkaufte Ilse H. für 25 Mk. das Rad an den Arbeiter Georg L. weiter. Das Gericht zeigte Milde und verurteilte die Angeklagte zu 50 Mk. Geldstrafe bzw. zu 10 Tagen Gefängnis. Der ebenfalls angeklagte L. wurde mangels Beweises freigesprochen.

Wenig glaublich erschien die Aussage des Geschirrführers Paul W., der im Juli 1925 in Hohenleina bei seinem Weggange von dort einem Arbeitskollegen eine Uhr, einen Rasierapparat, Stiefel und Hose entwendet haben sollte. W. meinte, er habe die Gegenstände dem Kollegen nur aus „Schabernack" weggenommen. Das Gericht schenkte dieser Behauptung jedoch keinen Glauben und verurteilte W. wegen Diebstahls zu sechs Wochen Gefängnis.

Dreimal sollte der Landarbeiter Arnold H. zu Reinsdorf seine schulpflichtigen Kinder nicht „zum Nachsitzen" in die Schule geschickt haben. Er hatte deshalb einen Strafbefehl aufgebrummt bekommen, wogegen er Einspruch erhob, da die Kinder angeblich ohne sein Wissen die Nachsitzestunden geschwänzt hatten. Da ihm das Gegenteil nicht nachzuweisen war, mußte der Strafbefehl aufgehoben werden.

Im Oktober v. J. fand der Zigarrenmacher Rich. P. aus Delitzsch eine Leiter an seinem Garten. Er nahm sie an sich, ohne von dem Fund Anzeige zu erstatten. Als dann der Eigentümer der Leiter diese eines Tages bei P. entdeckte, zeigte er ihn wegen Diebstahls an. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Fundunterschlagung, die P. sehr teuer kommt, denn das Gericht verurteilte ihn zu 30 Mk. Geldstrafe bzw. zu 10 Tagen Haft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0007

Eilenburg

Gute Aussichten für den Wahlkampf.

In einer gutbesuchten Funktionärversammlung berichtete Genosse Stadtrat **Jentzsch** über die Arbeit der Stadtverordneten. Die zufällige Mehrheitsbildung der Stadtverordnetenversammlung — bekanntlich entschied im vergangenen Jahre bei der Wahl des Vorstehers das Los zugunsten der Linken —, dazu die recht unsicheren Kommunisten, erschwerten eine zielbewußte und erfolgreiche Kommunalpolitik. Bei vielen Angelegenheiten, so den Notstandsarbeiten für die Erwerbslosen, der Frage des Stadtbades, der Lehrmittelfreiheit und den Friedhofsangelegenheiten konnte nur Unbefriedigendes erreicht werden. Immerhin ist es unserem Einfluß zu danken, wenn der Krankenhauserweiterungsbau, die Anstellung zweier Aerzte und die Wasserleitung für Eilenburg-Ost verwirklicht werden konnten. Der Anschlag auf die städtischen Werke (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk sollten in gemischtwirtschaftliche Betriebe verwandelt werden) wurde vereitelt. Eine Ausdehnung der Eigenregie konnte freilich nicht erreicht werden, obwohl gerade dadurch der Stadt bei Hoch- und Tiefbauten erhebliche Summen gespart werden konnten. Der Wohnungsbau zur Beseitigung der Wohnungsnot in städtischer Regie mußte wegen Mangels an Mitteln unterbleiben. Gern hätte man uns die Schuld an dem erheblichen Defizit im Stadthaushalt in die Schuhe geschoben. Aber gerade in dieser Frage rächt sich die kurzsichtige und auf die Industrie Rücksicht nehmende Steuerpolitik der langjährigen bürgerlichen Mehrheit der Vorkriegszeit. Denn das niedrige Steuersoll der Vorkriegsjahre ist maßgebend für den Zuschuß aus Reichsmitteln. Seit 1919 bis 1927 sind der Stadt rund 600 000 Mk. verloren gegangen. Die kommenden Wahlen geben uns die Gelegenheit, die Wählermassen aufzuklären. Mit Sicherheit ist eine starke Linksmehrheit zu erwarten, wenn jeder seine Pflicht tut.

Nach einer regen Aussprache über den Vortrag des Genossen Jentzsch wurde dann eingehend die Aufstellung der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahlen, die sicher im Mai stattfinden, besprochen.

Die Einführung des „Volksblatt" macht sichtbare Fortschritte.

Der **Bildungsausschuß** legte seinen Veranstaltungsplan für 1928 der Versammlung vor. Der ungeheuren Bedeutung der kommenden Wahlen Rechnung tragend, soll ein systematischer Schulungskursus für alle an der Wahlarbeit beteiligten Genossinnen und Genossen stattfinden. Für den 18. März ist eine Märzfeier unter Mitwirkung der proletarischen Künstlertruppe „Die Wanderratten" vorgesehen. Ein Kinder- oder Sommerfest und eine Revolutionsfeier sollen dann die zwei nächsten größeren Parteifeiern bilden. Für den Herbst sind dann Kurse über theoretische und grundsätzliche Fragen in Vorbereitung. Am 29. Januar findet eine Gemeindevertreterkonferenz für Eilenburg und Umgebung statt, zu der die Genossen Oberpräsident Prof. Dr. **Waentig** (Magdeburg) und Landrat a. D. **Raute** (Eilenburg) als Referenten gewonnen wurden. Der Kreis Delitzsch umfaßt 155 Gemeinden mit etwa 400 Arbeitervertretern; davon sind 57 Orte mit 160 Gemeindevertretern von der Ortsgruppe Eilenburg erfaßt worden. Wegen den großen Entfernungen und schlechten Verbindungen sind allerdings nach Eilenburg zur Konferenz nur 24 Orte mit 120 Gemeindevertretern eingeladen.

Die Ortsgruppe Eilenburg ist jedenfalls mobil und rüstet sich für die kommenden schweren Wahlkämpfe.

Vorwärts auch im Konsumverein.

Die letzte Generalversammlung beschäftigte sich auch mit der Errichtung einer eigenen Fleischerei. Der Vorstand wurde damals ermächtigt, sobald sich eine günstige Gelegenheit ergibt, die Errichtung in Angriff zu nehmen. Es spricht für die Stärke und Gesundung unseres Konsumvereins, wenn nun in diesen Tagen mit dem Bau begonnen wurde. Die erforderlichen Bauarbeiten sind der Baufirma Enigk übertragen worden. Das alte Bäckereigebäude wird abgebrochen und an seiner Stelle wird sich eine moderne Schlächterei mit all den neuzeitlichen Maschinen und Einrichtungen erheben, die eine einwandfreie und saubere Verarbeitung der Fleischwaren ermöglichen. In der neuen Fleischerei sollen wöchentlich 25 bis 30 Schweine, 3 bis 5 Rinder und das dazugehörige Kleinvieh geschlachtet und verarbeitet werden. Die erforderlichen Baukosten mit der gesamten Einrichtung werden etwa 48 000 Mk. betragen.

Vom Amtsgericht.

Verhandlungen vor dem Einzelrichter.

Die Strafsache gegen einen Cospaer Gutsbesitzer wegen Uebertretung des Forstpolizeigesetzes mußte vertagt werden, da die Eigentums- und Wegeverhältnisse erst geklärt werden müssen.

Der Schlosser Karl P. aus Möritz hatte sich zu verantworten, weil er den ihm auferlegten Unterhaltungskosten für sein uneheliches Kind nicht nachgekommen war. Er bestritt die ihm zur Last gelegte Anklage nicht und gab auch zu, des öfteren seine Beschäftigung aufgegeben zu haben, um sich von der Alimentenzahlung zu drücken. Er wurde zu zwei Wochen Haft mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt.

Wegen Unterschlagung angeklagt war der Landwirt und Fuhrunternehmer Karl Kr. aus Eilenburg. Er wird beschuldigt, sich einen Kastenwagenschieber sich unrechtmäßig angeeignet zu haben. Nach seinen Aussagen hat ihm ein Unbekannter den Schieber auf seinen Wagen geworfen. Da er denselben über ein Jahr auf seinem Hofe verwahrt, ohne irgendwelche Mitteilung zu machen, sieht das Gericht hierin eine Unterschlagung und verurteilt den Angeklagten zu 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis.

Weil sie sich eines Vergehens gegen das Bullenkörgesetz schuldig machten, wurden die Gutsbesitzer Otto R. und Oswin B. aus Hainichen mit einem Strafmandat über je 25 Mk. bedacht. Sie erhoben nun gegen den Strafbefehl Einspruch und beantragten richterliche Entscheidung. Burkhardt hatte seine Kuh von einem ungekörten Bullen des R. decken lassen. Beide bestreiten zwar, sich des Vergehens schuldig gemacht zu haben, doch wird ihnen durch Zeugenaussagen das Gegenteil bewiesen. Das Gericht erhöht die Strafe auf je 50 Mk. oder je zehn Tage Haft. Bezeichnend ist, daß der eine dieser Landwirte auf dem Gericht sehr schwerhörig war, während der ihn vernehmende Oberlandjäger seinerseits nichts davon bemerkte. Dem schlauen Bäuerlein hat der Trick aber trotz Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts nicht genützt. Der Herr Rechtsanwalt versuchte andererseits den einen Zeugen, trotz seines Eides, als wenig glaubwürdig hinzustellen, weil er vor kurzem wegen Diebstahls, begangen bei R., bestraft wurde. Gegenüber den Aussagen des Landjägers freilich wagte er sich dies nicht; denn das Vernehmungsprotokoll mit dem Eingeständnis des Angeklagten trug die Unterschrift des Angeklagten, der freilich bei der Gerichtsverhandlung sich auf nichts besinnen konnte.

Wegen einer Lappalie einen Tag Gefängnis erhielt der Schlosser Max Sch. Er hatte im Scherz auf einem Tanzsaal einem jungen Mädchen aus deren Handtasche einen Taschenspiegel und eine Taschenlampe genommen. Nach seinen Angaben war die Sache schon zur Anzeige gebracht, ehe er die Gegenstände zurückgeben konnte. Das Gericht nahm nun die Sache nicht ganz so harmlos und verhängte obige Strafe, bewilligte aber in Anbetracht des geringen Wertobjekts und der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten zwei Jahre Bewährungsfrist. So endete eine Geschichte, die so lustig auf dem Tanzsaal begann, mit einer Verhandlung im Gerichtssaal. Darum Vorsicht bei solchen Scherzen.

Festgenommen. Weil er seinen Arbeitskollegen und Dienstherrn bestohlen hatte, wurde ein Kuhfütterer aus Pristäblich von der Polizei festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. Die Anzeige wurde erstattet, obwohl es sich nur um einen Gesamtwert von 6 Mk. handelt.

Kreis Liebenwerda

Frauenkonferenz im Bockwitzer Ländchen.

Eine Frauenkonferenz findet am 29. Januar für das Bockwitzer Ländchen in Bockwitz (Volkshaus) statt. Die Konferenz beginnt pünktlich um 2 Uhr nachmittags. Dazu eingeladen sind alle naheliegenden Ortsgruppen. Auch an unsere Genossen ist die Bitte gerichtet, erstens ihre Frauen und Töchter zu schicken, und zweitens sollen auch sie selbst teilnehmen, um zu hören, was wir Genossinnen wünschen und fordern.

Die Ortsgruppen Bockwitz, Grünewalde und Naundorf bieten ihr Bestes zur Verschönerung der Frauenkonferenz. Gesangverein und Jugend wirken mit.

Die Bezirksleitung der SPD.
Marie Wackwitz.

Die Unglücksfälle bei der Bubiag.

Die Unglücksfälle in den Betrieben der Bubiag häufen sich in auffälliger Weise. Erst gestern berichteten wir von einem tödlichen Unfall auf der Abraumkippe, dem der 30 Jahre alte und erst seit neun Wochen verheiratete Arbeiter Emil Schulz vom Grundhof zum Opfer fiel. Heute wird uns wieder ein Unfall aus einem Bubiag-Werk gemeldet. Dieser Unfall betraf einen im Ledigenheim der Bubiag wohnenden älteren Arbeiter in der Willy-Grube. Der Arbeiter war im Begriff, mit einer Stange einen Riemen auf die Transmission zu legen, als der Riemen zurückschlug und dem Verunglückten eine derartige Kopfverletzung beibrachte, daß er besinnungslos liegen blieb. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte mit dem Krankenauto dem Arzt zugeführt.

Bei dem ersterwähnten Unfall war es bezeichnend, daß das Blatt der Bubiag schon vor der amtlichen Untersuchung wußte, daß der Verunglückte selbst schuld ist an seinem Tode, da er entgegen den Vorschriften auf der Kippseite gestanden hätte. Ja, so ist es stets, die Bubiag hat niemals schuld. Aber ein ganz reines Gewissen scheint die Betriebsleitung doch nicht zu haben, denn aus Arbeiterkreisen wird uns folgendes mitgeteilt: Ein merkwürdiges Bild bot die Unglücksstelle kurz nach dem Unfall. Wo bisher an keine Lichtleitung gedacht wurde, sind jetzt Masten usw. gesetzt, damit die Prüfungskommission einen guten Eindruck von den Bubiagbetrieben erhalten soll. — Das muß man sagen, die Direktion versteht ihr Handwerk, aber die Arbeiter sind die Dummen und müssen ihre Knochen zu Markte tragen.

Wir erwarten jedoch, daß die zuständigen Gewerbeinspektionen resp. die Bergaufsichtsbehörde den wirklichen Ursachen der häufigen Betriebsunfälle bei der Bubiag nachforschen und sich nicht durch die Betriebsleitung auf eine falsche Fährte führen lassen.

Falkenberg. Generalversammlung des Siedlungsbauvereins. Die Generalversammlung des Siedlungsbauvereins war sehr gut besucht. Der Geschäftsbericht wurde erstattet und nach kurzer Diskussion gutgeheißen. Einstimmig wurde die Schluß- und Eröffnungsbilanz genehmigt. Die Entschädigung des Vorstandes wurde beschlossen. Die Klageentschädigungskosten Winzer wurden dem Vorstand ersetzt. Durch Los waren ausgeschieden: der Vorsitzende **Kubisch** und Aufsichtsratsmitglied **Puhlmann** und **Gräfe**. Anstelle Puhlmanns wurde **Dietrich** gewählt; die anderen wurden einstimmig wiedergewählt. Aus dem geschäftsführenden Vorstand schied durch Los **Funke** aus. Er wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit Schärfe gegen das frühere geschäftsführende Vorstandsmitglied Weser wendet, der durch sein Verhalten den Verein nur geschädigt hat. Die einstimmige Wiederwahl der alten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beweist, daß der Verein geschlossen hinter seiner Führung steht.

Falkenberg. Brennholzverkauf. Am Montag, dem 23. Januar, um 14½ Uhr, wird im Lokal „Goldener Anker" Brennholz öffentlich verkauft. Jedermann ist berechtigt, Holz in beliebigen Mengen zu kaufen. Zahlungsfrist bis zum 1. Februar 1928, mittags 12 Uhr.

Bockwitz. Der Umbau des Gemeindeamts geht nun bald seiner Vollendung entgegen. Die neuen Räume sollen bekanntlich zur Unterbringung der Gemeindespar- und Girokasse und der Amtsverwaltung, deren Verlegung von Lauchhammer nach hier beschlossen worden ist, dienen.

Dewolf-van Kempen siegen in Dortmund.

van Kempen.
(Originalzeichnung des „Deutschen Rundfunk".)

Berlin, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Das Dortmunder Sechstagerennen ist am Donnerstagabend nach einem verhältnismäßig ruhigen Verlauf beendet worden. Sieger blieb die belgische Mannschaft Dewolf-van Kempen, die auch das letzte Berliner Sechstagerennen gewonnen hat. Den zweiten Platz nahm die deutsche Mannschaft Hürtgen-Rausch mit 93 Punkten ein. Die als Favoriten geltenden und von vornherein als Sieger betrachteten Italiener Binda-Linari mußten mit dem dritten Platz bei 536 Punkten vorlieb nehmen. Die Berliner Mannschaft Ehmer-Kroschel erhielt den vierten Platz.

*

Die letzte Nacht zum Donnerstag brachte nach einer Reihe großer Jagden die in diesem Rennen so seltenen Ueberrundungen. Binda-Linari und Wambst-Lacquehay versuchten unermüdlich ihre Verlustrunde zurückzugewinnen und sahen ihre Bemühungen auch von Erfolg gekrönt. Am Morgen befanden sich also wieder neun Paare in der Spitzengruppe. Scharfe Kämpfe gab es auch in der Nachmittagswertung. Goebel mußte wegen Sitzbeschwerden das Rennen aufgeben. Diesem Beispiele folgte auch sein Partner Stockelynck. Einen Vorstoß von Kroll-Miethe führten die Franzosen fort und überrundeten schließlich das ganze Feld. Später ging Hürtgen davon, dem sich Lacquehay anschloß und beide Mannschaften überrundeten wieder das Feld. Wambst-Lacquehay wurde diese Runde wegen unkorrekten Verhaltens Lacquehays nicht anerkannt und ehe der Protest der Franzosen entschieden war, stellten beide die Weiterfahrt ein.

Wie aus Paris gemeldet wird, beschloß das Sekretariat der Internationalen Box-Union, den belgischen Meister Leon **Darton** an Stelle des Italieners Bosisio zum **Europameister** im Weltergewicht zu erklären.

Im Rahmen eines Schwimmwerbeabends in Ruhrort gelang der deutschen Freistilmeisterin Reni **Erkens** (Oberhausen), über 200-Meter-Freistil mit 2:47,9 Minuten einen neuen **deutschen Rekord** aufzustellen, der gegenüber dem bisherigen Rekord von 2:50,4 Minuten eine wesentliche Verbesserung bedeutet.

Mitteldeutschland am Start

Schwimmsportlicher Großkampftag. – Die ersten Vereine des Kreises in Halle.

Der hallischen Schwimmgemeinde steht am Sonntag, dem 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Stadtbad ein schwimmsportliches Ereignis bevor, das in großzügiger Weise die diesjährige Schwimmsaison einleiten soll. Der junge, rührige **Regatta-Klub e. V.** hat es sich angelegen sein lassen, zu einem **Vereins-Bierkampf** die ersten und führenden Vereine des 2. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund an den Start zu bringen, um den hallischen Schwimmsportinteressenten einen Großkampftag im besten Sinne des Wortes zu bieten. Die abgegebenen Meldungen geben Gewähr für äußerst spannende Kämpfe. Es wird heiß um die Palme des Sieges gerungen und in ehrlichen Wettkämpfen in überzeugender Weise die Leistungsfähigkeit unserer **Schwimmerinnen** und Schwimmer unter Beweis gestellt werden.

Mit **Schwimmverein „Vorwärts" Dessau** erscheint der führende Verein des 2. Kreises am Start. Er wird mit seinen besten Leuten aufwarten. Er besitzt vor allem in seiner Wasserballmannschaft eine hervorragende Vertretung, die sich unter keinen Umständen den Sieg nehmen lassen dürfte. Die **Magdeburg-Altstädter** als zahlenmäßig stärkster Verein des Kreises haben in sorgfältiger Auswahl eine Kampfmannschaft zusammengestellt, die mit dem Willen zum Sieg nach Halle kommt und die sich erfahrungsgemäß mit Bravour zu schlagen versteht. **Schwimmverein „Delphin" 1897 Braunschweig,** der älteste Verein des Kreises, wird gleichfalls alles daransetzen, hier gut abzuschneiden und seine „Altersehre" zu wahren verstehen.

Gegenüber dieser starken Konkurrenz muß sich der hallische **Regatta-Klub e. V.** als jüngster Sproß in der Schwimmerfamilie tüchtig strecken, um ehrenvoll aus den Kämpfen herauszugehen. Seit Wochen liegen die Hallenser scharf im Training und sind mit Feuereifer am Werke. Für sie gilt es zu zeigen, daß auch ein junger Verein sein Können an schweren Gegnern erproben kann, wenn in ernsthaften Vorbereitungen und systematischem Training die geeigneten Kräfte für den Wettkampf herausgestellt werden. Jedenfalls darf sich am 5. Februar kein Schwimmfreund die Gelegenheit entgehen lassen, dem Vereins-Bierkampf im Stadtbad beizuwohnen.

Der **Vorverkauf** ist bereits eröffnet. Karten zum Einheitspreis von 50 Pf. sind bei allen Mitgliedern des Regatta-Klubs und in der Volksblattbuchhandlung, Große Ulrichstraße 27, zu haben.

Sportpolitische Rundschau.

Das neue Zentralorgan der Arbeitersportbewegung.

In einer hochmodernen und sehr geschmackvollen, von dem Münchener Künstler Jan **Tschichold** stammenden Aufmachung ist Nr. 1 der Monatsschrift „**Sportpolitische Rundschau**" erschienen, die die Fortsetzung des bisherigen Organs der **Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege**, der „**DASZ**", bildet. Das neue Blatt will nach den einleitenden Worten seines Herausgebers Friedrich **Wildung** „die Beziehungen der Arbeitersportbewegung zu allen großen Erscheinungen des öffentlichen Lebens, besonders auf dem Gebiete der Gesamtarbeiterbewegung" aufdecken und klarstellen. Es erhofft davon „eine weit über unser enges Arbeitsgebiet hinausgehende Aufklärung" der Mitglieder und Funktionäre, „die der allgemeinen Arbeiterbewegung von Nutzen sein wird". Alle Fragen der Politik und Wirtschaft, die mit dem Sport Berührung haben, sollen erörtert werden; dieser Absicht verdankt das Blatt seinen Namen."

Mit folgenden Worten appelliert die Zentralkommission an die **Sportkartelle**:

„Zu dem allen erbitten wir die Unterstützung unserer Sportgenossen. Die Kartelle müssen für weiteste Verbreitung unter den Funktionären sorgen. In keinem Arbeitersportverein darf unser Blatt fehlen; die Verbände müssen uns darin unterstützen. Den geringen Betrag von drei Reichsmark im Jahre kann jeder Verein dafür aufbringen. Da die „Sportpolitische Rundschau" der Gesamtarbeitersportbewegung dienen soll, sind die Kartelle in erster Linie verpflichtet, das Blatt als Organ zu betrachten und für seine Weiterverbreitung zu sorgen. Jeder Kartelldelegierte muß Abonnent der „Sportpolitischen Rundschau" sein, und die Kartelle müssen die Bestellung des Blattes für alle Funktionäre in die Hand nehmen."

Diese Ausführungen mögen überall beherzigt werden. Das neue Organ wird aber nicht nur innerhalb der Bewegung von Nutzen sein, sondern auch nach außen hin bietet sein Inhalt und seine Aufmachung Gewähr für eine achtungsvolle Aufnahme, die der Arbeitersportbewegung dringend nötig ist. ht.

Tagung des Fußballspartenausschusses.

Der Fußballspartenausschuß des Arbeiter-Turn- und Sportbundes tagte in **Leipzig** im Beisein des Bundesvorsitzenden **Gellert**. Der Spartenleiter **Riedel** gab ausführliche Berichte über die Tagungen des Bundesschiedsrichterausschusses, des internationalen Fachausschusses für Fußball und seines Schiedsgerichtes. Am Tagesordnungspunkt „Spartenfragen" wurde zu den Auseinandersetzungen der letzten Zeit Stellung genommen. In einer einstimmig zur Annahme gelangten Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Eintreten für eine Entfaltung der besonders gearteten Kräfte in den Sparten unter dem gemeinsamen Dach des Bundes, der in den großen taktischen und organisatorischen Fragen richtunggebend bleiben muß, keine Bundesschädigung oder Zerstörung der Bundeseinheit bedeutet. Zur Finanzierung der Sparten wurde der Standpunkt vertreten, daß darunter gemeint sind die von der Sparte selbstbeschlossenen außerordentlichen Finanzierungen, wie sie heute schon bestehen. Von der Kreisvertreterkonferenz wird erwartet, daß sie der für den technischen Ausbau der Fußballbewegung so wichtigen Anstellung eines Technikers zustimmt. Die **Meisterschaftsspiele** sollen nach dem alten Modus durchgeführt werden. Die Bundesmeisterschaftsspiele sollen nach Möglichkeit in der Vorrunde zwischen Süddeutschland — Nordwestdeutschland und Mitteldeutschland — Ostdeutschland durchgeführt werden. Der **internationale Spielkalender** sieht vor: Länderspiele Deutschlands in **Finnland** und **Lettland**. Das Rückspiel gegen **Oesterreich** in Deutschland. In Aussicht sind weiter genommen Spiele repräsentativer Mannschaften **Belgiens** und **Ungarns**.

Gruppentag der 6. Gruppe (Merseburg).

Der am 8. Januar in Merseburg tagende **Gruppentag** hatte folgende Tagesordnung zu erledigen. 1. Eingänge. 2. Bericht des Gesamtvorstandes. 3. Anträge. 4. Neuwahl. 5. Veranstaltungen der Gruppe 1928. 6. Verschiedenes. Anwesend waren **sämtliche** Vereine mit 14 Delegierten. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht des Gesamtvorstandes, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Die Wahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Furkhart, 1. Kassierer Paul Horn, 1. Schriftführer Boskugel, 1. Turnwart Otto Horn, 1. Frauenturnwart Paul Horn, 1. Kinderturnwart Furkhart, 1. Spielleiter Otto Niederhaußen, Berichterstatter Boskugel (Möckerling). An Veranstaltungen der Gruppe in 1928 wurden festgelegt: Das 30. Gründungsfest des Turn-Sportvereins „Jahn" Merseburg am 12. bis 12. Mai, das Bezirksfest in Schkeuditz am 7. bis 8. Juni und der Reichsarbeitersporttag. Auch Gruppen-Werbeabende sollen in diesem Jahre mehrere stattfinden. Sämtlichen Vereinsvorständen zur Kenntnis, daß alle Zuschriften an Paul Furkhart, Merseburg, Lauchstätter Str. 18 zu richten sind.

Streikende Spielleute des Bezirks Halle.

Alle streikenden Spielleute treffen sich morgen, Sonnabend, früh ½9 Uhr, mit ihren Instrumenten auf dem Paradeplatz. Hauptsächlich Flötisten. Anzug Zivil. Um starkes Erscheinen ersucht J. A. P. Hennicke.

Germania-Felsenfest, Halle. Beginn unserer Generalversammlung am Sonntag, dem 22. Januar, im Vereinslokal. Charlottenstraße 19, nachmittags 3 Uhr. 378

Minerva Halle — F. C. Brachstedt: Die Spiele Zörbig I und II gegen Askania I und II am Sonntag, dem 22. Januar, fallen aus. Dies den Schiedsrichtern zur Kenntnis. 377

Fichte Halle. Handball. Treffpunkt der I. Mannschaft ½14 Uhr Artilleriekaserne. 375

Touristenverein „Die Naturfreunde" Ortsgruppe Halle e. V. Die am Sonntag angesetzte Besichtigung muß umständehalber auf später verschoben werden. Dafür Sonntag früh Treffen ½9 Uhr auf dem Hallmarkt zur Wanderung durch die Heide nach Neu-Ragoczy. Dortselbst Sporten. Bälle usw. sind mitzubringen. Dienstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in dem Burschenheim Klosterstraße Zusammenkunft mit dem Thema: „Jugend und Religion". Allseitiger Besuch wird erwartet. 384

Arbeiter-Sportvereinigung „Ludwig Jahn" Eisleben. Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet in der Turnhalle eine Spielersitzung statt. Erscheinen sämtlicher Spieler ist Pflicht. 376

Letzte Nachrichten.

Hochofenunglück.

Berlin, 20. Januar. (Radiomeldung.)

Bei der „Phönix" in Hörde brannte ein Hochofen durch, so daß sich das glühende Eisen über die umstehenden Arbeiter ergoß. Vier Arbeiter wurden fürchterlich zugerichtet und in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus überführt.

Bei einem Ringkampf zwischen zwei Mitgliedern des Athletenklubs „Boß" in Stettin kam der Ringer Bernhard Wesendorf so unglücklich zu Boden, daß er einen Bruch der Wirbelsäule erlitt. Im Kreiskrankenhaus ist er nach eintägigem Krankenlager an dieser schweren Verletzung gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0008
DFG

Zum Metallarbeiterstreik

Schaumschlägereien.

Der „Klassenkampf" ist wütend, daß der kommunistischen Presse auf der Metallarbeiterkonferenz in Köthen so derb auf die Finger geklopft wurde. Er schimpft nun über „Betrug", „Fälschung" und sonst noch was. Dabei ist es unbestreitbar, daß die angenommene Entschließung auch in ihrer später veränderten Fassung sich nur gegen die kommunistische Presse richtet. Es ist doch auch nicht das erstemal, daß im Streik befindliche Berufsgruppen sich die Einmischung der KPD. verbitten mußten.

Der „Klassenkampf" spricht nun von einem „gemeinen Betrug reformistischer Führer", mit denen er nach dem Streik abrechnen will, weil unsere Presse zuerst die unveränderte, viel deutlichere Resolution veröffentlicht hatte. Warum diese Rücksicht und erst nach dem Streik abrechnen?

Famos ist ja der Brief „eines sozialdemokratischen Metallarbeiters", den der „Klassenkampf" abdruckt. Der Briefschreiber sitzt in der Lerchenfeldstraße, in der Redaktion des Stalin-Blattes. Deshalb kann man es glauben, daß er „mit der Linie des „Klassenkampf" während des Streiks vollständig einverstanden" ist. Denn wer schlägt sich bewußt selbst ins Gesicht? Wenn der „Klassenkampf" also von Fälschern und Betrügern spricht, soll er sich an seine Nase fassen. Was sozialdemokratische Arbeiter über die Köthener Resolution zu sagen haben, steht in dem folgenden Artikel.

SPD.-Metallarbeiter und Köthener Resolution.

Die SPD.-Fraktion der Metallarbeiter erklärt zu den zwei Fassungen der Resolution, daß beide dasselbe besagen. Die Resolution ist in ihrer ersten Fassung von der Gesamtfraktion in Köthen eingebracht und richtet sich nur gegen die kommunistische Presse. Die kommunistischen Vertreter von Staßfurt und Weißenfels waren bereit, für die unveränderte Resolution zu stimmen. Drescher und Lütticb aus Halle konnten sich dazu nicht entschließen, trotzdem sie die Schreibweise des „Klassenkampf" verurteilten. Nach unserer Auffassung befürchteten sie in diesem Falle ein Parteigericht. Um auch diesen beiden die Zustimmung zu ermöglichen, wurde auf ihren Wunsch die für sie mildere Fassung gewählt. Die Resolution ist daraufhin einstimmig angenommen worden, also mit Einschluß der kommunistischen Vertreter. Hätte die SPD.-Fraktion die Winkelzüge der kommunistischen Presse geahnt, die den Sinn der Resolution verfälschen will, so hätte sie unter allen Umständen an der ursprünglichen Fassung festgehalten, wie auch die hallische SPD.-Fraktion hinter dieser Fassung steht. Das ergab die Aussprache in ihrer Sitzung vom Mittwoch.

Der Fraktionsvorstand.

Aus der Funktionärsitzung der Metallarbeiter.

Die Versammlung der hallischen Funktionäre am gestrigen Donnerstag beschäftigte sich in der Hauptsache mit der technischen Seite des Streiks. Es wurden Stempelstellen für die im Ausstand stehenden Mitglieder festgelegt. Es sind das die folgenden:

„Thüringer Schlößchen", Merseburger Straße 148, für den Süden,

„Goldene Kette", Alter Markt, für die Stadtmitte,

„Volkspark", Burgstraße, für den Norden der Stadt.

An diesen Stellen werden die Streikenden auch stets über den Verlauf des Streiks Nachrichten erhalten, auch wenn keine Versammlungen stattfinden.

Streikunterstützung gibt es natürlich vom ersten Tage an. Die erste Auszahlung erfolgt im Laufe der nächsten Woche.

Streikposten sollen unter allen Umständen ausgestellt werden, auch dort, wo es die einzelnen Belegschaften nicht für notwendig halten.

Ueber die Verhandlungen in Berlin wurde nichts berichtet, da sie noch zu keinem greifbaren Resultat geführt hatten. Einwendungen dagegen wurden noch nicht einmal durch einen Zwischenruf erhoben, so einig ist man über die Führung des Streiks.

Die Köthener Resolution wurde auch von kommunistischer Seite angeschnitten, da das „Volksblatt" den ursprünglichen und nicht den späteren Wortlaut derselben gebracht hatte. Berger wollte deshalb eine Protestentschließung gegen die Bezirksleitung ver—lesen, auf Einbringung derselben wollte er von vornherein verzichten, selbst die Verlesung unterblieb, da aus der Mitte der Funktionäre Protestrufe laut wurden. So verlief die Sitzung, trotz der niedrigen Angriffe der kommunistischen Presse auf die Streikführung, in völliger Einheit.

SPD.-Fraktion der Metallarbeiter.

Morgen, Sonnabend, 19½ Uhr findet eine Fraktionssitzung im Gewerkschaftshaus statt. Zahlreicher Besuch notwendig. Tagesordnung: Die Streiklage. Referenten: Becker und Emmerich.

Der Fraktionsvorstand.

Schiedsspruch für die Landwirtschaft Mitteldeutschlands.

2 Betiefpfennige mehr.

Nachdem die vom Deutschen Landarbeiterverband und den beteiligten Organisationen gestellten Lohnforderungen für das mitteldeutsche Tarifgebiet, die Provinz Sachsen, den Freistaaten Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig, Kurhessen und Südhannover, in der Verhandlung am 6. Januar in Weimar von der Arbeitgeberseite abgelehnt worden waren, nahmen die Verhandlungen am 19. Januar in Halle ihren Fortgang unter Vorsitz des Oberregierungsrates Dr. Cäsar. Die Arbeitgeber hielten ihren ablehnenden Standpunkt aufrecht. Auch in der Spruchkammer kam keine Einigung zustande. Der Vorsitzende machte den Parteien einen Einigungsvorschlag wie folgt:

1. Mit Wirkung vom 1. März 1928 erhöht sich der Spitzenlohn für Männer sowie für Frauen um je 2 Pf. die Stunde. Ferner werden im Jahre 192 8 Erntezulagen in derselben Höhe und für dieselbe Zeit wie im Jahre 1927 gewährt.

2. Die übrigen Barlohnsätze erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis wie die Spitzenberlöhne.

3. Soweit im Jahre 1927 Altersvereinbarungen getroffen waren, bleiben sie für das Jahr 1928 bestehen.

4. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1928.

Dieser Vorschlag wurde von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite abgelehnt und somit vom Vorsitzenden zum Schiedsspruch erhoben. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 31. Januar 1928.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband und die beteiligten Organisationen werden am Sonntag, dem 29. Januar, im gesamten Tarifgebiet zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen.

Hallisches Gewerkschaftsleben

Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer.

Am Sonntag, dem 15. Januar, tagte die Generalversammlung der Zahlstelle Halle des Zentralverbandes der Zimmerer, nachdem eine Woche vorher die Funktionäre der Organisation zu allen organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen Stellung genommen und somit schon eine gewisse Vorarbeit selbst geleistet hatten. Zur Tagesordnung standen der Geschäfts- und Kassenbericht, Vorstandswahlen und Verbandsangelegenheiten. Aus dem Bericht, den der Geschäftsführer Förster gab, war zu entnehmen, daß man aus dem Jahre 1926 die Hoffnung auf eine Belebung des Baumarktes mit hinübernehmen konnte. Die umfangreichen Kohlenverflüssigungsanlagen im Leunawerk im Winter 1926/27 erforderten alle gelernten Kräfte, dazu kamen noch größere Notstandsarbeiten der Stadt Halle, bei denen eine größere Anzahl Zimmerer Beschäftigung fand. Die relative Stabilisierung war aber doch nur scheinbar vorhanden, denn bereits im Herbst brach die Konjunktur allzu jäh ab. Die Maßnahmen der Reichsbank und der Rechtsregierung, durch ihre Auslandskreditpolitik in Verbindung mit der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, indem man der öffentlichen Hand den Weg zum Kapitalmarkt verschloß, wirkten sich besonders auf dem Baumarkte aus, da im Baugewerbe die Mittel- und Kleinbetriebe vorherrschend sind und die großen Konzerne und privaten Betriebe sich hinreichend eindecken konnten. Das Reichsarbeitsministerium hat eine Denkschrift herausgegeben und die Zahl der Fehlwohnungen mit 600 000 angegeben, in Wirklichkeit dürften es mindestens noch einmal soviel sein. Mit Rücksicht auf die fehlenden Wohnungen müßte die Regierung ein einheitliches Bauprogramm aufstellen. Diese glaubt natürlich, auf ein derartiges Programm verzichten zu müssen aus recht fadenscheinigen Gründen. Die Aussichten sind also im kommenden Jahre recht trübe bei der Sabotage der Regierung, die allerlei Vorwände benutzt und Auslandsanleihen für den Wohnungsbau aus dem Wege gehen will.

Das Jahr 1927 war aber auch in anderer Beziehung ereignisreich. Die Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag waren im März beendet, ein außerordentlicher Verbandstag, der in Leipzig stattfand, nahm diesen mit großer Mehrheit an. Die bezirklichen Verhandlungen gestalteten sich teilweise recht schwierig, wurden dann aber im April zum Abschluß gebracht. Die Bestimmungen des Reichs- und Bezirks-Tarifvertrages befriedigten die Arbeiter des Baugewerbes bei weitem nicht, trotzdem mußten auch die Unternehmer manches übernehmen, und mancher Standpunkt wurde gebrochen, der in der tariflosen Zeit bereits wieder bei ihnen Grundsatz geworden war. Hinsichtlich der Annahme des Reichstarifvertrags wirkten der Großkampf 1925 und das Krisenjahr 1926 noch etwas nach. Das gesamte Lohnbewegungsbild als Ganzes gesehen war entschieden besser als im Vorjahre. Unter keinen Umständen dürfen die Lohnabschlüsse auf halbjährige Dauer vereinbart werden.

In sozialpolitischer Hinsicht sind zwei arbeitsrechtliche Gesetzeswerke erstanden, so mangelhaft und unvollkommen diese sind, doch eine Etappe zum Kollektivismus, d. h. zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung darstellen. Die Verordnung der Reichsanstalt vom 12. 12. 1927, die die Arbeiter des Baugewerbes minderen Rechts herabdrückt, muß in ihrer ganzen Beschaffenheit wieder verschwinden.

Da die Unternehmer die Entschädigungssätze der Lehrlinge, die im Tarifvertrag prozentual zum Gesellenlohn mit festgesetzt wurden, nicht zahlen, mußte das Arbeitsgericht und später das Landesarbeitsgericht zur Entscheidung angerufen werden. In beiden Instanzen sind die Unternehmer unterlegen und Tarifrecht hat Innungsrecht gebrochen. Alle Lehrlinge müssen die ihnen zustehenden Löhne und auch die Ferien fordern, im Weigerungsfalle sofort Klage durch die Organisation erheben lassen. Je mehr die Lehrlinge ihre Rechte zur Geltung bringen, je weniger kann der Unternehmer die Lehrlinge ausspielen.

Die Bau- und Platzdelegierten haben im Geschäftsjahr stärker als früher gewirkt. Zur Beschaffung des geistigen Rüstzeuges wurde ein fünfwöchentlicher Kursus durchgeführt. Auch im neuen Jahr darf auf keiner Arbeitsstelle der Delegierte im eigenen Interesse der Belegschaften fehlen. Die im Vorjahre hier und da vorgekommenen Ueberstunden müssen entschieden abgelehnt werden, zumal mit einem Arbeitszeitkampf in nächster Zeit gerechnet werden muß.

Der alte Vorstand wurde bis auf drei Mitglieder, die amtsmüde waren, wiedergewählt. Die Mitgliederzahl hat sich günstig entwickelt, sie beträgt am Jahresschluß 760. Der Bestand der Lokalkasse betrug rund 3000 Mk. Die Lehrlingsgruppe hält ihre Kursusabende jeden Sonnabend in der Zeit von ½8 bis ½10 Uhr im Gesellenheim, Klosterstraße, ab.

Gummi-Hosenträger, -Bänder, Turnschuhe, Dauerwäsche Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße, Nähe Markt

Kauft auf Kredit bei Franz Mettner
Spezialhaus für moderne Herren- und Burschen-Bekleidung
Merseburg, Weißenfelser Str. 7

J. Oppel Nachf.
Merseburg Gotthardtstr. 35
Emaille - Glas und Porzellan
Niedrigste Preise

Adler-Drogerie
Wilhelm Kieslich, Inh. Anna Atzel
jetzt Markt 17
Erstes Photo-Spezial-Haus am Platze

OTTO WIRTH
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Damenwäsche
Gardinen und sämtl. Aussteuer-Bedarfsartikel
Telefon 549 Merseburg Burgstr. 9

Marken-Fahrräder
Kleine Ratenzahlung
wöchentl. 2,50 Mark
Friedrich Engel vorm. Gustav Engel Söhne
Merseburg, Nulandtstr. 2
Gegründet 1888 — Telefon 203

Wilhelm Borsdorff
Merseburg - Schmalestr. 6
Möbel ∴ Wohn- und Schlafzimmer, Küchen

Carl Stürzebecher
Merseburg
Strumpfwaren :: Wäsche
Herren-Artikel

ATLAS
Markt 18 MERSEBURG Markt 18
Herren- und Burschen-Konfektion
Berufskleidung u. Wäsche jeder Art
Eigene Konfektions-Anfertigung

B Merseburg

Fritz Baulcid
Merseburg
Gotthardtstr. 1 Gotthardtstr. 8
Kolonialwaren- und Kaffee - Spezialhaus

GEBR. GOLDMANN
Merseburg, Kl. Ritterstraße 4
Grösstes Spezial-Geschäft am Platze
Täglich Eingang neuester Schuhmodelle!
Allein-Verkauf der Mercedes-Schuhe

M&W
Luckenauer Briketts und Preßsteine
Grudekoks, Brennholz, Kohlen- und Grudeanzünder • Baumaterialien
EDUARD KLAUSS
Inhaber: Dipl. agr. K. Zander
Windberg 3 Merseburg Fernsprecher 27

Ernst Hoffmann
Gotthardtstraße 14
Spezial-Geschäft für Kakao, Schokolade und Zuckerwaren
Sämtliche Reichardt-Fabrikate

Bernhard Oeltzschner
Merseburg Mücheln
Spezialhaus für
Weine und Schaumweine
Weinbrand - Rum - Nordhäuser - div. Liköre

Bernh. Reiche, Merseburg
Entenplan 3, Telefon 354
Größtes Spezialgeschäft für
Damen- und Herren-Stoffe / Leinen und Baumwollwaren / Bettfedern / Gardinen
Wäsche / Strümpfe

Hermann Schladitz
Merseburg
Kleine Ritterstr. 11
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Tafelbestecke
Gelegenheitsgeschenke

Gustav Godehardt
Ammendorf
Hüte - Mützen - Herren-Artikel - Berufs-Kleidung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0009

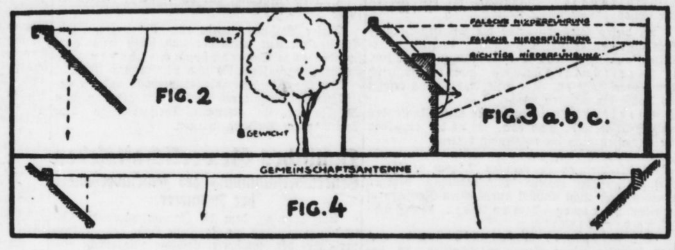
Rundfunk

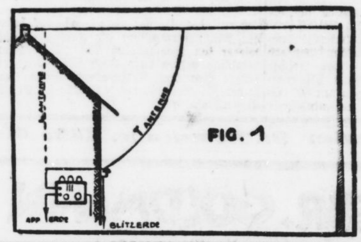
Praktischer Antennenbau

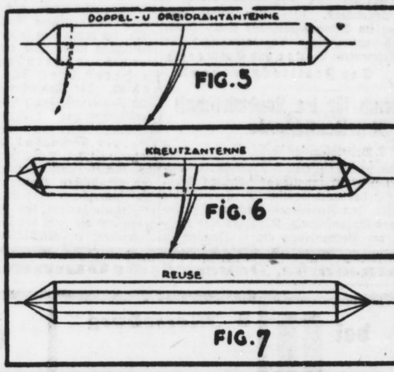
Die immer häufiger aus Bastlerkreisen kommenden Anfragen lassen es angebracht erscheinen, einmal ausführlich den Bau und die Einrichtung von Antennen zu schildern. Zunächst kommt wohl die Hoch- oder Freiantenne in Frage. Sie hat ihren Namen von der Art ihrer Anbringung erhalten, ist also stets im Freien und hoch aufgehängt. **Figur 1** zeigt eine solche Antenne. Als Stützpunkt haben wir einen Schornstein bzw. einen Holzmast angenommen. Wir sehen beiderseits die Eierketten, dazwischen ausgespannt den Luftdraht, in der Mitte die Niederführung, die nach einem automatischen Blitzschalter führt. Dieser automatische Schalter, bei dem eine Hebelbetätigung mit der Hand nicht mehr in Frage kommt, setzt sich mehr und mehr durch. Man sieht, daß die Niederführung durch die Blitzpatrone sofort zum Apparat geht, während unten an der Patrone die Blitz-Erde abgeht. Für Blitz-Erde und Apparat-Erde sind zwei getrennte Erdleitungen erforderlich, weil bei einem gemeinsamen Erdleiter der Apparat nicht gegen die statischen Entladungen der Antennen-Erde geschützt ist. Da man meist die Apparat-Erde an die Wasserleitung legt, geht man mit der Blitz-Erde gern an die Regenrinne, sofern sie an die Kanalisation angeschlossen ist. Andernfalls stellt man sich durch Vergraben eines mit Wasser gefüllten Eisenrohrs selbst eine Verbindung her. Eine **Eindraht-Antenne** läßt sich überall anwenden. Auf dem Lande kann man sich einen Holzmast setzen oder einen Baum benutzen. Dabei muß man mit der Abspannung so weit hinausgehen, daß die Antenne frei von den Blättern bleibt, weil sonst bei Regenwetter die ganze Anlage kurzgeschlossen und dadurch der Empfang unterbrochen wäre. Zweckmäßig verwendet man in diesem Falle eine Rolle mit Gewicht, damit die Antenne immer durchgeholt ist. Geht nämlich der Baum hin und her, so gibt die Rolle nach, und die Antenne hat immer den gleichen Durchgang und reißt nicht. Als Gewicht kann man einen nicht zu schweren Pflasterstein mit gutem Erfolge verwenden (**Figur 2**). Bei zwei Bäumen als Festpunkten gilt das Gleiche.

In allen Fällen, in denen die **T-Antenne** angeführt ist, kann man mit gleichem Erfolge auch die L-Antenne verwenden, nur muß man sich hüten, scharfe Winkel in die Niederführung zu bringen. **Figur 3a** zeigt die richtige Anordnung der Niederführung. Der Draht bildet dabei einen kleinen Wassersack. **Figur 3b** zeigt durch Anbringung der Stützstange mit Isolator eine scharfe Doppelwinkelanordnung, die stark dämpfend wirkt. Im Falle von **Figur 3c** würde sich eine Mittelanzapfung glänzend bewährt haben. **Figur 4** endlich zeigt die Anordnung einer Doppelantenne, bei der zwei Nachbarn eine gemeinsame Antenne spannen, deren Abzweigungen in der Mitte durch möglichst zwei Eierketten getrennt sind. Die Niederführung geschieht dann von der Mitte aus nach beiden Seiten. Die gestrichelten Linien deuten die Niederführung bei der L-Antenne an.

Alles dies gilt in gleichem Maße für die **Doppelantenne**, deren Anfertigung **Figur 5** zeigt. Die Spreizen oder Naaen sollen eine Spannweite von mindestens 1 Meter besitzen. Die Niederführung kann man einige Meter unterhalb der Antenne zusammenschalten. Die gestrichelten Linien bedeuten auch hier wieder die Form der L-Antenne. Zu den Mehrfach-Antennen gehören auch die Dreidraht-, Kreuz- und Reusen-Antennen. Bei der Dreidraht-Antenne ist in einer Doppelantenne noch ein dritter Draht in genügendem Abstande angebracht (**Figur 5**). Der Abstand von Draht zu Draht soll mindestens 75 Zentimeter betragen. Bei der Kreuz-Antenne bilden die Endstücke ein Lattenkreuz, an dessen Enden die Eierketten der Drahte sitzen (**Figur 6**). Bei der Reuse sind die Enden Eisenringe, an denen die einzelnen Drahte nicht isoliert sind, sondern die ganze Reuse sitzt in Isolierketten (**Figur 7**). In der Praxis bewährt sind ein Durchmesser der Ringe von 40 bis 60 Zentimeter (Kinderreifen), eine Anzahl von 12 Drahten, eine Länge von 15 Meter zwischen den Ringen, ein Abspanndreieck von 1 Meter, so daß die ganze Antenne mit Eierketten ungefähr 18 Meter lang wird. Steht so viel Raum nicht zur Verfügung, dann kann man die Länge auch ruhig bis auf 12 Meter beschränken.







Jahrbuch der Deutschen Welle.

In vornehmer Ausführung auf Kunstdruckpapier, mit zahlreichen Abbildungen versehen, gibt die Berliner Sendegesellschaft „Die Deutsche Welle", die den Deutschland-Sender in Königswusterhausen-Zeesen betreibt, ein Jahrbuch heraus, in dem Rechenschaft über die Tätigkeit der Gesellschaft im verflossenen Jahre gegeben wird. Die führenden Leute der Gesellschaft wie hervorragende Mitwirkende an ihrem Sendebetrieb haben Abhandlungen über die Organisation und die Aufgabengebiete der Sendegesellschaft beigesteuert. Von ihnen erwähnen wir namentlich die Abhandlungen des sozialistischen Oberregierungsrats Richard **Woldt**, in denen er neben einer Umreißung des regelmäßigen Arbeiterfunks des Deutschlandsenders auch sehr beachtliche Hinweise auf die Psychologie der Arbeiterschaft gibt. Im allgemeinen können wir zur Arbeit der „Deutschen Welle" feststellen, daß ihre Hörerschaft wohl mit den Vorträgen einverstanden ist, da uns Klagen bisher nicht zu Ohren gekommen sind. Es ist natürlich bei der Struktur der heutigen Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland verständlich, wenn die rein bürgerlichen Disziplinen mehr zur Geltung kommen, als beispielsweise die Ideenwelt des Sozialismus. Das zu andern wird Aufgabe der Arbeiterschaft selbst sein müssen, indem sie sich mehr und mehr Geltung auch im Rundfunk verschafft.

Einen Wunsch hätten wir aber an die „Deutsche Welle", der auch der Wunsch weiter Hörerkreise in Mitteldeutschland ist: Es kommt bisweilen vor, daß auf den Deutschland-Sender Abend-Darbietungen irgendeines deutschen Senders übertragen werden, die gleichzeitig auch von den übrigen benachbarten Sendern verbreitet werden. Das sollte vermieden werden, damit Hörer, die mit diesem oder jenem Programm nicht einverstanden sind, ein anderes, in der Nähe erreichbares aufnehmen können. Ueberhaupt sollte dahin gestrebt werden, daß auch die Art der Abendübertragungen von Königswusterhausen immer so gewählt wird, daß sie von dem der benachbarten Sender verschieden sind. Etwa so, daß, wenn beispielsweise Leipzig Hör- bzw. Sendespiele überträgt, Königswusterhausen dann von einem anderen Sender leichte Musik übermittelt und umgekehrt. Es ist [illegible] es allen Hörern nicht recht [illegible] solche Organisation der Abendprogramme ließen sich aber viele Klagen abstellen, [illegible] Deutschland überall neben dem Bezirkssender mit [illegible] Geräten aufzunehmen ist. [illegible]

Gleiwitz. Die Verhandlungen mit Polen wegen der Behebung der Rundfunkstörungen, die durch den Kattowitzer Rundfunksender in Deutsch-Oberschlesien verursacht werden, haben dazu geführt, daß in Gleiwitz ein entsprechend starker Sender mit einer mittleren Telephonieleistung von etwa 12 Kilowatt errichtet wird.

Kaiserslautern. Laut Entscheid des Reichspostministers wird der neue pfälzische Rundfunksender die amtliche Bezeichnung „Rundfunksender Kaiserslautern" führen.

Leipzig-Dresdener Wochenschau.

Die Vortragsprogramme sind gegenwärtig mit verschwindenden Ausnahmen recht belanglos. In unserer, sozial und politisch immerhin etwas bewegten Zeit dürften historische Abhandlungen über Schweinehaltung und dergleichen schöne Dinge wirkliche Zeitfragen darstellen. Aber der Rundfunk muß „neutral" sein! — Und er hat eine große „Kulturmission!" Das beweisen die Abendprogramme. Wir können auch heute wieder mehrfache Kritik üben, beschränken uns aber auf die Programmwiedergabe: **Sonntag**: 17 Uhr „Rienzi". 20.15 Uhr: Bunter Abend (So kann man es hinnehmen!). **Montag**: Hörspiel: „So ist es — wie sie meinen". **Dienstag**: „Das Lied der Völker (Pyrenäen) — Volkstänze. **Mittwoch**: „Musikalische Akademie". **Donnerstag**: Legenden-Orchesterkonzert. **Freitag**: „Tönende Operngeschichte". **Sonnabend**: „Wiener Laune". Die Mirag sollte sich an Hamburg ein Beispiel nehmen, das kürzlich einen interessanten Musikabend: „Walzer-Jazz" brachte. Sie könnte auch in **dieser** Richtung einmal etwas erfinderisch sein.

Kt.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 365,8).

Sonnabend: 11.50 bis 12.50 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert. 18 bis 18.30 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 18.30 bis 18.45 Uhr: Funkbastelstunde. 18.45 bis 19 Uhr: Steuerrundfunk. 19 bis 19.30 Uhr: „Volkskunde". Prof. Dr. Adolf Spamer: „Märchen". 19.30 bis 20 Uhr: Prof. Dr. H. Halm-Irkutsk: „Unter den Bekennern des gelben und schwarzen Glaubens am Baikalsee". 20 Uhr: Wetterdienst, Schneeberichte. 20.15 Uhr: Militärkonzert. 22 Uhr: Presse- und Sportdienst. 22.15 bis 24 Uhr: Funkbrettl.

Königswusterhausen (Welle 1250).

Sonnabend: 11.50 bis 12.50 Uhr: Künstlerische Darbietungen für die Schule: „Tanzmusik des Rokoko. 14.30 bis 15 Uhr: Kinderstube: Bastelstunde. 15 bis 15.30 Uhr: Prof. Dr. Lampe: Aus dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht: „Literaturbericht". 15.35 bis 15.40 Uhr: Wetter- und Börsenbericht. 16 bis 16.30 Uhr: Aus dem Kultusministerium. 16.30 bis 17 Uhr: Dr. Alexander Richardt: „Der Beamte im Entwurf des allgem. deutschen Strafgesetzbuches". 17 bis 17.55 Uhr: Uebertragung von Hamburg: Konzert. 18 bis 18.30 Uhr: H. Goldbach: „Hauskultur in der Arbeiterwohnung". 18.30 bis 18.55 Uhr: Französisch für Fortgeschrittene. 18.55 bis 19.20 Uhr: Dr. Edgar Groß: „Der vorgoethische Faust". 19.20 bis 19.45 Uhr: Dr. Alfred Einstein: „Die vorbachische Zeit". 20.30 Uhr: „Ein Roman in der Waschküche". Schwank von Dr. Erich Fischer. Musik von Ditters von Ditterdorf. 21 Uhr: „Kunterbunt". 22.30 Uhr: Funk-Tanzstunde. Tanzmusik.

Die Geheimnisse des Mädchenhandels

Roman-Skizzen von Albert Londres

(Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Lilly Radermacher.)

3 (Nachdruck verboten.)

„Was ist das für eine Stadt, mein Junge? La Pallice?"

„Das ist Bilbao!"

Ich hatte immerhin drei Tage geschlafen!

Ich befand mich auf einem Platz in Bilbao und spazierte an der Haltestellen für Autodroschken vorbei. Es gibt bestimmt in Bilbao andere Dinge zu besichtigen, aber das war nun einmal mein Geschmack zu dieser Tageszeit. Ein Pärchen ging auf einen Chauffeur zu, und der Mann erklärte ihm auf spanisch, daß er zu dem französischen Dampfer wolle. Die kleine Frau hatte mit sichtlichem Vergnügen den Mann untergefaßt.

„Zur ‚Malta'?" fragte ich sie. „Ich auch! Man könnte das Auto zusammen nehmen. Sind Sie Franzosen?"

Sie bejahten.

„Fahren Sie nach Buenos Aires?"

Sie fuhren hin.

Ich hatte zwei!

Der Mann war um die Mitte dreißig herum. Das junge Mädchen ungefähr neunzehn. Er war braun, hatte schöne, unschuldig blaue Augen. Ich hätte gern seinen grauen Anzug gegen meinen getauscht. Er machte einen netten Eindruck. Das junge Mädchen färbte sich schon. Ihr Haar war von jener blonden Farbe, die nur Braune haben. Sie hatte winzige Sommersprossen auf ihrer kleinen Nase, einer kleinen graden Nase, in einem kleinen Gesicht, das nicht übel war. Durchschnittliche Größe und keineswegs unsympathischer Eindruck. Man hätte sie ebenso gern wie jede andere umarmt.

„Wir haben Zeit," sagte ich, „der Dampfer fährt erst um sechs Uhr ab."

„Der Hafen ist acht Kilometer entfernt," erwiderte der Herr.

„Ich weiß. Ich reise mit dem Dampfer."

Das junge Mädchen fragte mich, ob das Schiff schaukle. Ich konnte es ihr nicht sagen, weil ich geschlafen hatte. Sie wollte wissen, ob ich krank sei. Ich antwortete ihr, daß ich doch wohl nicht danach aussähe. Sie erzählte mir, daß sie auf jeden Fall nicht schlafen werde, denn es sei ihre erste Reise. Ich fragte sie, ob es ihre Hochzeitsreise sei. Sie wußte nicht, was sie antworten sollte, aber sie sah ihren Gefährten mit offensichtlicher Befriedigung an.

„Ja, es ist ihre erste Reise. Sie würde mit keiner anderen tauschen!"

Sie erzählte mir, daß sie von San Sebastian kämen, wo sie drei Tage gewesen waren, und daß es dort wunderschön sei. Ich hätte sie fragen können, warum sie sich in Bilbao einschifften, aber ich wußte es: sie taten es, um die französische Polizei zu umgehen. Wir gingen in ihr Hotel, die Koffer holen. Es war das schönste Hotel der Stadt. Das junge Mädchen betrachtete es voll Erkenntlichkeit. Wer hätte ihr früher wohl gesagt, daß sie einmal Gast in einem solchen Haus sein würde? Daß die Kellner sie grüßen würden, anstatt sie zu duzen? Sie war in Spanien. Sie fuhr nach Buenos Aires. Sie wußte nicht, wo Buenos Aires lag, aber sie vertraute mir an, daß ihr Freund es wisse.

Das Auto setzte sich in Bewegung. Wir waren wie alle Passagiere des gleichen Dampfers, die sich zwar nicht kennen, sich aber nicht mehr voneinander trennen. Er erzählte ihr, daß sie Glück habe, daß sie nicht bloß Spanien sähe, sondern daß im Augenblick sogar Revolution dort herrsche. „Da habe ich also," fragte sie, „auch eine Revolution gesehen?" Ich bestätigte ihr, daß sie eine Revolution gesehen habe. Sie fand unterwegs alles schön: die Bäume, die Steinhaufen, die Kühe. Sie war sehr niedlich.

Der Dampfer lag auf der Reede. Sie freute sich, ihn zu sehen. Sie hätte nicht sagen können, ob er schön, häßlich, groß oder klein sei. Sie hatte nie einen anderen gesehen. Man nahm einen Kahn. Die Kleine war zum erstenmal auf der See. Sie war etwas ängstlich. Als sie die vierhundertfünfzig Auswanderer im Zwischendeck wimmeln sah, rief sie: „Gibt es denn soviel Menschen?"

„Hast du vielleicht geglaubt, ich hätte eine Privatjacht bestellt?" sagte der Mann mit den schönen blauen Augen.

Und er half ihr an Bord.

Das Schiff lichtete den Anker zu einer vierundzwanzigtägigen Reise.

Man sah sie auf Deck, über den Auswanderern, unter der ersten Klasse. Sie war sehr still. Er war korrekt. Während er sich nachmittags in einem Liegestuhl ausruhte, pflegte sie seine Nägel. Nachher nähte sie. Sie spielte auch mit den kleinen Kindern. Man hatte ihr einen Spitznamen gegeben: die „Galline" (aus dem lateinischen: gallina = Huhn). Die Kinder nannten sie ganz offenherzig „mamita": kleine Mama. In Porto hätten sie beinahe das Schiff nicht mehr erreicht. Hatten sie die alte Stadt bewundert, die sich wie ein sich bäumendes Pferd erhebt? Hatten sie zu viel topasenen Wein getrunken? Sie machten Zeichen von einem kleinen Kahn aus, der sich beeilte, während die „Malta" schon in Bewegung war. Die Malta stoppte. Und es war ein hübscher Anblick, das französische Schiff seinen Lauf unterbrechen zu sehen, weil es die Galline und ihren Liebhaber vergessen hatte.

Er hieß Lucien Carlet. In seinem Paß stand: Kaufmann. Sie hieß Blanche Tuman, ihr Paß lautete auf: Näherin. Die Näherin war mit ihrem Kaufmann wirklich zufrieden. Am Abend, wenn alle ihre Kabinen erreicht hatten, spazierten sie vom Backbord zum Steuerbord, wie ein junges Liebespaar. Offiziell reisten sie nicht zusammen. Sie war in ihrer Kabine, er in einer anderen. Daher dehnten sie die Abende so lange wie möglich aus. Sie neigte sich, um ihn auf den Mund zu küssen. Er neigte sich niemals.

Er versagte ihr jedoch keinen Wunsch.

Auf den Kanarischen Inseln bot er ihr Malvasierwein an. Sie fand ihn köstlich. Er kaufte ihr sechs Flaschen. Sie gab ihn den kleinen Auswandererkindern zu trinken, denn sie war gutmütig. In Dakar litt sie unter der Wärme. Ich mußte Lucien Carlet zu Hilfe eilen. Sie saßen im Metropol-Café, als ich vorbeikam. Er rief mich an. „Sie glaubt", sagte er, „daß es immer wärmer wird, je mehr wir nach unten kommen." „Hören Sie mal zu, Sie hübsches junges Mädchen, stellen Sie sich vor, daß dort ein Ofen ist. Na, also! Wir stehen davor, und wenn wir uns entfernen, merken wir ihn weniger." Sie verstand das ganz genau. Und ich konnte meinen Geschäften wieder nachgehen. Drei Tage später passierten wir den Aequator. Die arme Galline mußte erfahren, was es heißt, nur eine kleine Hure zu sein. Die Matrosen, in ihrer Feststimmung, ergriffen sie, um sie zu taufen. Da das Bassin für diesen Zweck „Heizkessel" (frz. „chaudière", bedeutet auch Dirne) heißt, zogen sie meine kleine Näherin über das ganze Schiff und schrien: zum Heizkessel! Zum Heizkessel! Sie tauchten sie ganz angekleidet in das schmutzige Wasser.

Er führte sie in Rio de Janeiro spazieren.

Am nächsten Abend sah ich sie auf Deck, sie weinte.

Bei der Abfahrt von Santos kaufte ich mir Lucien Carlet.

„Hören Sie", sagte ich, „aber kommen Sie in die Bar, da sind wir ungestörter."

Wir gingen in die Bar der dritten Klasse. „Hören Sie. Sie sind ein Mann aus dem „Milieu". Ich ...."

„Ja, ich weiß. Sie fahren nach Argentinien, um den Mädchenhandel zu studieren. Die Kellner aus Ihrem Speisesaal haben mich unterrichtet."

„Dann ist die Sache also abgemacht. Ich brauche Sie."

„Ich stehe Ihnen zur Verfügung, aber ich bin ein ruhiger Mensch."

„Das heißt?"

„Ich kümmere mich um nichts. Ich gehe in Buenos Aires nirgendwo hin. Ich brauchte nicht einmal dahin zu gehen. Meine Frau verlangt es."

„Die Kleine, die auf dem Schiff ist?"

„Aber nein! Das ist nur ein Mädchen. Ich spreche von meiner Frau, meiner wirklichen Frau, die mir schon über eine Million Francs eingebracht hat."

„Wie alt ist sie denn?"

„Vierundzwanzig Jahre. Noch ein Jahr, dann gebe ich sie frei. Dann hat sie ihre Tressen verdient. Wir sind nicht ehrgeizig. Wir wollen in Marseille eine Bar kaufen und ein bürgerliches Leben führen. Ich werde Sie in Buenos-Aires mit ihr bekannt machen."

Es war an einem jener Abende, wo selbst das Meer unter der brüllenden Hitze stöhnt.

„Geh, hol in der Zweiten eine Flasche Champagner," sagte der Millionär zu dem anamitischen Boy. „Man muß sich etwas ankurbeln."

„Na, und die Kleine, was ist mit der?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280120-17/fragment/page=0010